

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 rochenlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Multiplikatoren Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Annon-
 zelle oder deren Raum 50 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gebührte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Abdruck:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 7. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Am Vorabend der italienischen Wahlen.

Rom, den 5. März. (Fig. Ver.)

An diesem Sonntag ist die italienische Wählerchaft be-
 rufen, ihre parlamentarische Vertretung zu wählen, in deren
 Händen für ein Jahr die gesetzgeberische Tätigkeit der
 Nation liegen soll. Abrechnung halten für vergangenes Un-
 recht soll an diesem Tage das Proletariat und Waffen-
 schmieden, um künftigen Unrecht wirksam entgegenzutreten.
 Obwohl keine dringenden großen Fragen ihre Lösung durch
 die Wahlen erwarten, ist der Wahlkampf in den letzten
 Wochen heiß und erbittert geworden. Weiß doch das Pro-
 letariat, daß sein Konflikt mit der Bourgeoisie, auch wo es ihm
 die Schlaffheit dieser unmöglich macht, in Einzelfragen zu
 tipfeln, keinen Waffenstillstand zuläßt, und daß gerade gegen-
 über dem leistungsfähigen Opportunismus und der Kompromiß-
 politik der herrschenden Klassen der höchste Kraftaufwand der
 Arbeiterklasse am Platze ist.

Jeder Wahltag hat bis jetzt Fortschritte unserer Partei
 bezeugt. Im Jahre 1882 wurde der erste Sozialist, Genosse
 Costa, in das italienische Parlament gewählt. Zwei Sozial-
 listen entkamen die Wahlen von 1886, drei die vom Jahre
 1890. Dann geht es schnell vorwärts: 1892 sieben Mandate,
 1895 fünfzehn, 1897 sechzehn und 1900 dreißig. Diese
 letzten 33 Mandate repräsentieren aber mehr als den isolierten
 Kraftaufwand der Sozialisten; sie waren das Resultat eines
 Bündnisses der Sozialparteien, das sich bei den Wahlen des
 Jahres 1904 nicht wiederholte. So bezeichnen diese Wahlen, die
 29 Mandate brachten, keinen Rückschritt, sondern vielmehr
 den stetigen Aufstieg der Partei, der in dem Wahlergebnis
 von 1900 nicht ziffernmäßig zum Ausdruck kam. Die Zahl
 der für die sozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen
 beweist am besten die Steigerung des Fortschritts: im Jahre
 1892 waren es 27 000, 1895 stiegen sie auf 76 359, bei den
 Wahlen von 1897 auf 108 086, um im Jahre 1900 rund
 165 000 und bei den letzten Wahlen 326 016 zu betragen.
 Das in allen Ländern beobachtete Mißverhältnis zwischen
 sozialistischer Stimmengahl und sozialistischem Mandaten erreicht
 bei diesen letzten Wahlen seinen Höhepunkt für Italien:
 21 Proz. aller abgegebenen Stimmen waren sozialistisch und
 nur 5,2 Proz. der Mandate fielen unserer Partei zu. Für
 jedes von Ordnungskandidaten eroberte Mandat wurden im
 Durchschnitt — bei Division aller konstitutionellen Stimmen
 durch die Zahl der konstitutionellen Mandate — 2363 Stimmen
 abgegeben, für jeden Republikaner 3134, für jeden Radikalen
 3458, während auf jedes sozialistische Mandat 11 241 Stimmen
 kommen.

Von den 26 Mandaten, die unsere Partei am Schlusse
 der Legislaturperiode innehatte, fielen 7 auf Wahlkreise der
 Emilia und Romagna, 8 auf die Lombardei, 4
 auf Piemont, 2 auf Toskana, ebenso viel auf
 Venetien und auf Sizilien und endlich 1 auf Marken
 und Umbrien. Zum festen Bestand der Partei sind alle
 Mandate der Emilia und Romagna zu rechnen, die die Ge-
 nossen Costa, G. Ferri, Vertesi, Agnini,
 Perinini, Sichel und Borciani innehaben. An
 Stelle Borciani wird, wie wir schon berichteten, bei den
 Neuwahlen Genosse Tibordi treten. Mit Bestimmtheit
 rechnet man auf die Gewinnung von vier neuen Mandaten.
 Reggio wird sicher der Partei zurückgewonnen und wieder
 durch Prampolini im Parlament vertreten werden; der bisher
 in republikanischen Händen befindliche Wahlkreis Lugo wird
 dem Genossen Brunelli zufallen. Sudrio, das bei den
 letzten Erziehungswahlen mit Castelmaggiore zusammen ver-
 loren ging, wird ebenso wie dieser auf den Namen von
 Podrecca und Bertini zurückeroberet werden. Weiter
 hofft man Bologna II und Portomaggiore,
 wo unsere Partei schon zur Stichwahl kam, dies-
 mal zu erobern. Das die Stimmengahl der Emilia
 und Romagna betrifft, so waren bei den letzten
 Wahlen von 135 000 rechtmäßig abgegebenen Stimmen 50 000
 sozialistische.

Die acht Mandate der Lombardei, die in den Händen
 der Genossen Turati, Treves, Dissolati, Monte-
 martini, Marazzani, Enrico Ferri, Gatti und
 Aroldi sind, werden alle von der Partei behauptet werden;
 nur die Wiederwahl Aroldis kann zu Befürchtungen Anlaß
 geben. Genosse Gatti tritt aus Verunsicherungen, er ist
 ein viel geschäftiger Chirurg, von der Kandidatur zurück.
 An seine Stelle tritt Genosse Zanardi. Lediglich
 Wahlausichten bieten die Wahlkreise von Monza,
 Gaverate, Varese und Casalmaggiore. Mit
 über 60 000 Stimmen, beinahe einem Viertel der
 überhaupt abgegebenen Stimmen, rangiert die Lombardei der
 absoluten sozialistischen Stimmengahl nach an zweiter Stelle.
 Die sozialistischen Wahlkreise des Piemonts sind
 Alexandrien, Turin II, Cossato und Biandrate.
 Biandrate ist vor kurzem auf den Namen Campanozzi
 erobert worden, aber seine Behauptung bei den neuen Wahlen
 ist sehr zweifelhaft. Die Vertreter der übrigen Wahlkreise
 Zerbolio, Morgari und Rondani sind der Wieder-
 wahl gewiß. Weiter hoffen die Genossen des Piemonts

die zurückzuerobern, das italienische Manchester, das bei
 den Erziehungswahlen von 1906 verloren ging, ebenso den bei den
 letzten Hauptwahlen eingebühten Wahlkreis Turin IV. Mit
 Hoffnung sieht man auch auf den Wahlkampf in Vignale, wo
 unsere Partei schon 3000 Stimmen erzielte. Der absoluten
 Stimmengahl nach kommt der Piemont mit 75 000 Stimmen
 an erster Stelle, der relativen Stimmengahl nach rangiert
 er gleich nach der Emilia, da fast ein Drittel der rechtmäßig
 abgegebenen Stimmen in Piemont sozialistisch ist.

Die toskanischen Mitglieder der sozialistischen
 Parlamentsfraktion, Genossen Pescetti und Masini sind
 in uneinnehmbarer Stellung. Als sicher gilt weiter die Er-
 oberung von Florenz II, wo Genosse Pieraccini
 kandidiert. Als vielversprechend Siena, Volterra,
 Collo Val d'Elza, Massa und Campo Visenzio.
 Mit über 30 000 Stimmen bringt die sozialistische Partei
 in Toskana es auf ein Fünftel der gesamten Stimmengahl
 der Region.

Von den zwei Parteimandaten Venetiens ist das des
 Genossen Badaloni so sicher, daß die Gegner nicht einmal
 einen Kandidaten aufstellen. In Zweifel kann man dagegen
 über die Behauptung von Verona II sein, wo an Stelle
 des Genossen Todeschini Genosse Zanella kandidiert,
 während Todeschini seinen alten Wahlkreis von
 Verona I wieder übernimmt, wo aber seine Wahl auch
 nicht sicher erscheint. Dafür sind die Wahlausichten aus-
 gezeichnet in Lendinara (Genosse Vonomi) und in
 Vegnago (Cabrini), leidlich in Treviso. Der
 Stimmengahl nach steht Venetien etwas ungünstiger da als
 Toskana. Es erreicht nicht 30 000 Stimmen und kommt nicht
 ganz auf ein Fünftel der gesamten Stimmengahl.

Sizilien verfügt über zwei sozialistische Mandate, von
 denen das von De Felice, Catania II, unbedingt
 sicher ist. Der ländliche Wahlkreis Sciacca, den bisher
 Genosse Tasca vertrat, geht unserer Partei verloren.
 Tasca hat es überhaupt abgelehnt, angesichts der freien Re-
 gierungspressionen, den Kampf auch nur zu versuchen, so daß
 die Wahl eines Sozialisten, die hier mehr auf persönlichem
 Anhang als sozialistischer Ueberzeugung beruhte, in Sciacca
 ausgeschlossen ist. Kein sizilianischer Wahlkreis ermächtigt
 unsere Partei zu Hoffnungen. Sizilien bringt es mit etwas
 über 10 000 Stimmen nur auf ein Elftel der überhaupt
 abgegebenen.

Die Marken und Umbrien werden ihren bisherigen
 Vertreter im Parlament, den Genossen Antolisei für den
 Wahlkreis Macerata weiter ins Parlament senden; ferner
 hoffen die Genossen Spoleto zu erobern, dessen Stadt-
 verwaltung seit mehreren Jahren in Händen unserer Partei
 liegt. Bei einer Gesamtheit von 77 000 Stimmen zählen
 die Marken und Umbrien 16 000, die für Parteikandidaten
 abgegeben wurden.

Von den Landschaften, die über kein sozialistisches Mandat
 im Parlament verfügen — Ligurien, Latium, Abru-
 zzen und Molise, Kampanien, Apulien, Basilicata, Kalabrien und Sardinien — ver-
 dient nur Ligurien und Latium hier Berücksichtigung. In
 ganz Süditalien und Sardinien hat unsere Partei leider nichts
 zu hoffen. Das ganze süditalienische Festland bringt nicht ein-
 mal 20 000 sozialistische Stimmen auf, ein Sechstel der über-
 haupt abgegebenen Stimmen dieses Landstriches. Es besteht auch
 diesmal keine Aussicht, in irgendeinem der Wahlkreise dieses
 verelendeten und rückständigen Landesteiles Fuß zu fassen;
 völlig aussichtslos ist auch die Wahlfrage in Sardinien, wo
 auf 25 000 Wähler nicht ganz 1500 Sozialisten kommen.
 Hier wie in Süditalien ist das Gros der Arbeiterschaft an-
 alphabetisch, die Organisation liegt darnieder, und soweit die
 unbemittelten Schichten überhaupt zum Wahlergebnis bei-
 tragen, werden sie durch Verführung oder Einschüchterung zu
 Werkzeugen der Interessen der herrschenden Clique gemacht.

Ligurien, die einzige norditalienische Region, die im
 letzten Parlament keinen sozialistischen Abgeordneten zählte,
 hat diesmal Aussicht, den Genossen Chieja in Genua I
 durchzubringen. Der Stimmengahl nach ist Ligurien nicht die
 letzte der italienischen Regionen; von 70 000 Stimmen wurden
 16 000 für Parteikandidaten abgegeben, aber in Ligurien bietet
 in den städtischen Bezirken die kleine und mittlere Bourgeoisie
 den Sozialisten einen energischen Widerstand, während in den
 ländlichen das liberale Landvolk des Gebirges die industriellen
 Arbeiter der Riviera überstimmt. Wenn man in Genua auf
 den Sieg Chiejas hoffen darf, so ist es einzig, weil dort ein
 Verband der Volksparteien für diese Wahl zustande gekommen
 ist, so daß Radikale und Republikaner für unseren Genossen
 stimmen werden, während die Sozialisten in Genua II und III
 einem Republikaner und einem Radikalen ihre Stimme
 geben werden. Von den Wahlkreisen der westlichen Riviera,
 die in höchstem Maße industriell sind, bieten Sanpie-
 darena und Voltri eine entfernte Möglichkeit des
 Sieges.

Von den Wahlkreisen des Latium brauchen wir nur
 die Rom I in Betracht zu ziehen. Ohne Industrie, mit einer
 vorwiegend aus Kleinbürgern und Beamten bestehenden Be-
 völkerung, hat Rom keine nennenswerte sozialistische und
 proletarische Bewegung. Von seinen fünf Wahlkreisen war
 zuletzt einer in Händen der Republikaner, während in allen
 übrigen Ministerielle gewählt wurden. Diesmal, wo eine
 Einigung der Volksparteien erzielt wurde, hofft man,
 im zweiten Wahlkreise an Stelle eines Merikalen und

Ministeriellen Genossen Dissolati durchzubringen und den
 dritten Wahlkreis dem Republikaner Marazza zurückzuerobern.
 Aber man wird gut tun, sich über die Wahlsituation unserer
 Partei in Rom nicht allzu großen Hoffnungen hinzugeben.

Im ganzen aber scheint der Wahlkampf nicht unter un-
 günstigem Stern zu stehen. 22 von 26 Mandaten sind uns
 sicher; auf die Eroberung oder Zurückeroberung von Lugo,
 Reggio Emilia, Florenz IV, Turin IV, Sudrio und Castel-
 maggiore rechnet man mit Bestimmtheit. Für weitere 15 bis
 20 Wahlkreise besteht einige Aussicht sozialistischen Sieges.
 Wenn hier und da diese Aussichten mehr auf einer Vereinbarung
 mit den sogenannten verwandten Parteien als auf der
 effektiven Kraft unserer Partei beruhen, so sehen wir doch in
 der großen Mehrzahl der lombardischen und piemontesischen
 Wahlkreise sowie in der Emilia und Romagna die Partei allein
 und ohne Bündnisse den Kampf aufnehmen. Vorwiegend ist
 die Bündnispolitik nur in den Großstädten, wie Rom, Genua,
 Florenz; in den kleineren Städten und auf dem flachen Lande
 sind nur selten Wahlbündnisse zustande gekommen. Befan-
 tlich liegt die Stärke der italienischen Partei gerade hier und
 nicht in den Großstädten, von Mailand und Turin abgesehen,
 wo die Partei diesmal ganz ohne Wahlbündnisse vorgeht.

Die letzte Kammer verfügte über eine ungeheure
 ministerielle Mehrheit, 362 aller Abgeordneten waren mini-
 steriell, 76 gehörten der konstitutionellen Opposition an,
 3 waren reine Katholiken, 41 Republikaner und Radikale,
 26 Sozialisten. Man mag nun Siotittis Kunstfertigkeit in
 Wahlsachen so hoch anschlagen wie man will, immer bleibt
 es wahrscheinlich, daß die äußerste Linke diesmal eine
 tüchtige Verstärkung erfährt. Von einer Verschiebung
 der Mehrheit in der neuen Kammer kann natürlich
 nicht die Rede sein. Aber das italienische Proletariat dürfte
 doch am 7. und 14. März dafür Sorge tragen, dem Ministerium
 einige Hochte mehr in seinen Karpfenteich zu setzen. Diese
 Aussicht spornet den Kampfeifer an; die italienische Arbeiter-
 schaft, die schon in manchem Kampfe gefanden hat, wird trotz
 Lockung und Drohung am nächsten Sonntag sich um die
 Fahne der Partei scharen, die als einzige für ideale Ziele und
 große soziale Interessen in den Kampf tritt.

Rom, 6. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Wahlkampf in Rom wird voraussichtlich außerst
 heftig und erbittert werden. Die römische Diözese-
 leitung beschwört in riesigen Manifesten die katholischen
 Wähler, am Wahlkampf teilzunehmen.

Endgültig bietet die Situation vor dem morgigen Wahltag
 das folgende Bild: Es sind als Kandidaten aufgestellt: So-
 zialdemokraten 218, Katholiken 29, Ministerielle 350,
 konstitutionelle Opposition 224, Radikale 112, Republikaner 56,
 Christliche Demokraten 3, Syndikalisten 11.

Eine Spottgeburt.

Das freisinnig-liberal-konservative Steuerkompromiß, diese selbst
 von der zünftigen „Köln. Ztg.“ als „Schwefelbalm mit Wasser-
 kopf und Weichselzopf“ bezeichnete Spottgeburt des Blo-
 konkubinats, findet, je mehr die liberalen Steuerpolitiker sich in die
 einzelnen Bestimmungen vertiefen, desto schärfere Verurteilung.

Halbwegs zwischen mit dem Resultat, das die Subfinanz-
 kommission in heikem Schaffensdrange ausgebrütet hat, fällt sich
 nur das Wort der großen Staatsmänner Wiemer, Müller
 und Kopsch, die „Freisinnige Zeitung“; fast alle anderen
 freisinnigen Blätter verpöhlen schwere geistige Verbauungsförderung,
 selbst Blätter von der Art der Königsberger „Hartungischen Zeitung“,
 die sonst für die reaktionärsten Streiche der freisinnigen General-
 stäbeler die schönsten Entschuldigungen finden. Sogar dieses Blatt
 erklärt das Kompromiß „in dieser Gestalt“ für unan-
 nehmbar und fordert, daß bei der zweiten Lesung der Stand-
 punkt des Liberalismus „um so energischer und nach-
 drücklicher“ zum Ausdruck komme; denn die letzten Tage hätten
 wie ein schwerer Druck auf der liberalen Bevölkerung gelastet und eine
 tiefgehende Unruhe in weiten Kreisen hervorgerufen. Noch einen
 Schritt weiter geht die ebenfalls nicht an Radikalismus krankende
 ehrfame „Voss. Ztg.“. Sie stellt die Behauptung auf, daß, wenn
 das Kompromiß unverändert an das Plenum des Reichstages käme,
 auch nicht ein einziges Mitglied der freisinnigen
 Fraktionsgemeinschaft dafür stimmen würde.

Unbegreiflich ist nur, wie dann die freisinnigen Mitglieder
 der Finanzkommission sich darauf einlassen konnten, für
 das Kompromiß einzutreten, sei es auch nur vorläufig“ und
 unter dem bekannten Vorbehalt, sich später anders entscheiden zu
 dürfen; denn diese „vorläufige“ Zustimmung hat sicherlich
 nicht die Position der Freisinnigen gegenüber den Ansprüchen der
 Agrarkonservativen verbessert, sondern vielmehr den letzteren ermög-
 licht, ihren Willen durchzusetzen, daß die Beratung der indirekten
 Steuern vor der Erörterung der direkten Steuern erledigt werde.
 Noch wenige Tage vor dem Kompromißschluß verkündete potteifisch
 Herr Müller-Meininger, daß die Freisinnigen unter keinen Umständen
 indirekte Steuern beraten und bewilligen würden, bevor nicht die
 Konservativen die für sie verbindliche Erklärung abgegeben hätten,
 daß sie später für eine den großen Völkern treffende direkte
 Steuer eintreten würden. Die Agrarkonservativen wiesen diese
 Zustimmung zurück und wollten freie Hand behalten, am dann, wenn
 die indirekten Steuern beraten sein würden, sich um die Bewilligung
 einer den landwirtschaftlichen Besitz belastenden Steuer herumdrücken
 zu können.

Durch das Kompromiß haben die Agrarier ihren Willen in allen Punkten durchgesetzt. Die Frage der direkten Besteuerung der großen Vermögen ist vorläufig in der Finanzkommission von der Tagesordnung abgesetzt und die Beratung der Verbrauchssteuern in Angriff genommen worden, ohne daß die Konservativen irgend welche Verpflichtung in Bezug auf die Bewilligung irgend welcher direkten Steuern übernommen hätten, denn ihre vorläufige Zustimmung zum Kompromißantrag bindet sie nicht im geringsten. Kommen sie später zu der Ansicht, durch indirekte Steuern könnte die Reichsfinanznot zur Genüge gedeckt werden, so ist sie nicht, irgend eine direkte Steuer zu bewilligen.

Die Konservativen haben also durch das „vorläufige“ Kompromiß erreicht, was sie wollten. Von ihrem Standpunkt aus war die Zustimmung zum Kompromiß ein schlaues taktisches Manöver. Um so heftiger erstarrt aber die politische Einstellung der freisinnigen Strategen in der Finanzkommission, die sich auf das Kompromiß einließen. Sie haben dadurch nur den Konservativen gestattet, auf einem kleinen Umweg ihren Willen durchzusetzen.

Aber nicht nur die Freisinnigen haben allerlei Bedenken gegen das Kompromiß, auch die Konservativen lassen erklären, daß sie sich nicht für gebunden erachten und völlig freie Hand behalten wollen. So bringt in ihrer letzten Nummer die parteilose „Konst. Korresp.“ folgende öffentliche Erklärung in auffallendem Deut:

„In der Steuerkommission des Reichstags ist ein vorläufiger Beschluß über Aufhebung sogenannter „Vogel“-Steuern zustande gekommen, dem auch die konservativen Mitglieder zugestimmt haben.

Diese Zustimmung hat sich indes nur auf die erste Lesung der Vorlage bezogen und muß um so mehr als eine durchaus bedingte angesehen werden, als jener oben erwähnte Beschluß zweifellos Eingriffe in die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten enthält, denen kaum die Mehrheit, keinesfalls aber die gesamte konservative Fraktion wird zustimmen können.

Dieses haben auch die konservativen Kommissionsmitglieder bei Abstimmung ihrer Abstimmung erklärt und man wird deshalb jener Zustimmung nur eine taktische Bedeutung behufs Ermöglichung der Weiterberatung der gesamten Vorlage beimessen dürfen. In der Sache selbst hat die konservative Fraktion völlig freie Hand.“

Der letzte Absatz ist besonders interessant, da er bestätigt, daß die konservativen Mitglieder dem Kompromiß nur aus taktischen Gründen zugestimmt haben, nämlich um die Weiterberatung der indirekten Steuern, d. h. der Verbrauchssteuern zu ermöglichen.

Schwerer noch als alle diese Widerstände im freisinnigen und konservativen Lager kommt jedoch die Proteste im Bundesrat in Betracht. Nicht nur Bayern, auch Sachsen und Württemberg wollen von dem Eingriff in ihre Finanzhoheit, der in dem § 5 des Kompromisses liegen soll, nichts wissen; und ihnen schließen sich mehrere der kleinen thüringischen Staaten an. Als am Mittwoch in der Finanzkommission der Kompromißantrag zur Annahme gelangte, hielt sich der bayerische Bundesratsvertreter Herr v. Barchardt zurück und erklärte nur, noch nichts über die Stellung seiner Regierung zum Kompromiß sagen zu können. Inzwischen ist ihm von München aus das Rücktraten gestiftet worden und zugleich hat die sächsische Regierung wissen lassen, daß sie das Kompromiß nicht zu akzeptieren vermag.

Das Kompromiß kann also demnach von vorne beginnen. Zugleich aber haben infolge der taktischen Stupidität der freisinnigen Kompromißler die Konservativen erreicht, was sie wollten; die Beratung der indirekten Steuern kommt zuerst an die Reihe. Auch ein Erfolg!

Zwischen Krieg und Frieden.

Wohl in keinem Momente dieser lang dauernden und wechselreichen Krise, die mit der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und der Annexion Bosniens begonnen hatte, war die Gefahr für die Erhaltung des Friedens größer als in dem gegenwärtigen. Der Verdacht, daß Serbien ein hinterlistiges Doppelspiel treibe, hat sich bestätigt und heute weiß man, daß es so als sei sein selbständiges Vorgehen in Belgrad nur gewählt hat, um statt der von den Weltmächten und Deutschland beabsichtigten Lösung seinem österreichischen Gegner neue Schwierigkeiten zu bereiten. Die Belgrader Antwort, die nur mündlich gegeben wurde, war ein abgekartetes Falschspiel zwischen Serbien und Rußland und statt auf seine Forderungen zu verzichten, hat Serbien sie auf Rußland, als seinen Anwalt überwältigt, der sie vor einer europäischen Konferenz vertreten soll. Diese Stellungnahme der serbischen Regierung schildert ein Belgrader Telegramm des offiziellen Wiener Telegraphenbureaus folgendermaßen:

Der Inhalt der serbischen Note wird in Belgrader politischen Kreisen dahin ausgelegt, daß Serbien zwar von Oesterreich-Ungarn die bekannten Kompensationen weder fordert noch fordert wird, daß es aber die Gewährung dieser Kompensationen mit Sicherheit von der Gerechtigkeit Europas erwartet, da nach dem Verzicht der Türkei auf Bosnien und die Herzegowina nur die Signatarmächte des Berliner Vertrages, welche Oesterreich-Ungarn das Mandat zur Okkupation erteilt hätten, über das weitere Schicksal dieser beiden Länder entscheiden könnten. Durch das selbständige Einschreiten habe sich Rußland selbst als Anwalt Serbiens angeboten, durch die serbische Antwort sei der Schwerpunkt der schwebenden Fragen von Belgrad nach Petersburg verlegt. Gleichzeitig habe die serbische Regierung auch die Verantwortung von dem serbischen Volk und von sich auf Rußland übertragen, daß nun die Annexion nicht eher anerkennen könne, als bis die serbischen Forderungen befriedigt seien. Sollte Rußland aber die Annexion anerkennen, ohne daß die serbischen Forderungen Berücksichtigung gefunden, so würde es Serbien aller Verpflichtungen gegen Rußland und den europäischen Frieden entbinden. Der Erfolg der serbischen Antwort liege demnach darin, daß die serbischen Forderungen nun durch Vermittelung Rußlands den europäischen Großmächten unterbreitet werden sollen, wodurch Serbien von der Sorge befreit würde, es selbst zu tun.

Ist diese Darstellung richtig, so bedeutet sie, daß Serbien auf keine seiner Forderungen verzichtet und ausdrücklich den Krieg androht, wenn sein Verlangen nicht erfüllt wird.

Für diese Auffassung aber spricht ein heute vormittag verlaubliches serbisches offizielles Communiqué, in dem es heißt:

„Die serbische Regierung hat beschlossen, innerhalb der Grenzen, die ihr die Mächten gegenüber den serbischen nationalen Interessen gestatten, den fremdschicksaligen Ansprüchen des Auslandes zu entsprechen, denen sich nachträglich England, Frankreich und Italien, und zwar jedes für sich und auf eigene Veranlassung angeschlossen haben, wodurch sie einen neuen Beweis ihrer Friedensliebe und ihres aufrichtigen Wunsches gab, in voller Harmonie mit den Anschauungen und Bestrebungen der Mächte zu bleiben. Die serbische Regierung, die daran nicht einmal denken kann, den

serbischen Aspirationen in irgendeinem Sinne zu entsagen, bekräftigt neuerlich, daß in ihren Augen die bosnisch-herzegowinische Frage europäischen Charakteres ist. Sie versichert kategorisch, daß sie treu der Initiative folgen werde, welche die Großmächte im Verlaufe der weiteren Entwicklung dieser Fragen ergreifen werden, sowie daß sie jede Veranlassung zu Konflikten während der Dauer dieser schweren Kräfte vermeiden werde.“

Als auch in diesem Communiqué wird offen erklärt, daß die Regierung nicht einmal daran denken kann, den serbischen Aspirationen in irgend einem Sinne zu entsagen, und das nennt dann die serbische Regierung eine Befestigung ihrer friedlichen Bestimmungen! Aber dieses Communiqué hat ein eigenartiges Schicksal erfahren. Es ist nämlich, als im Laufe des Vormittags die Antwort Rußlands auf die Erklärung der serbischen Regierung eintraf, wieder zurückgezogen worden. An seiner Stelle wird eine ausführliche offizielle Darlegung der russischen Vorstellung und der serbischen Antwort veröffentlicht werden.

Ran darf vielleicht in dieser Zurückziehung ein Zeichen erblicken, daß Serbien und Rußland noch davor zurückschrecken, den Vogen zu überspannen. Daß aber Serbien mit seiner Weigerung, seine Forderungen zurückzugeben, bereits an die Grenze des mit der Erhaltung des Friedens noch Möglichen gelangt ist, unterliegt keinem Zweifel und ebensowenig, daß die Größe der Spannung zu einer Entscheidung drängt. Diese soll auch in den nächsten Tagen fallen. Die österreichische Regierung hat sich zu einem vielleicht folgen-schwereren Schritt entschlossen, um über die serbischen Absichten Klarheit zu gewinnen. Ein Telegramm aus Wien meldet:

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad Graf Jorgach hat den Auftrag erhalten, der serbischen Regierung mitzutellen, daß die beiden Regierungen der habsburgischen Monarchie infolge der Haltung Serbiens während der letzten Monate zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sind, den Handelsvertrag mit Serbien der parlamentarischen Erledigung zuzuführen. Anknüpfend hieran wird Graf Jorgach die weitere Mitteilung machen, die österreichisch-ungarische Regierung hege die bestimmte Hoffnung, daß Serbien, das, wie allgemein bekannt, den Räte der Mächte folgend, seine Politik in betreff Bosniens und der Herzegowina zu ändern entschlossen sei, diesen seinen Entschluß sowie seine Absicht, mit Oesterreich-Ungarn friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, der österreichisch-ungarischen Regierung zur Kenntnis bringen werde. Sobald die österreichisch-ungarische Regierung hiervon verständigt sein wird, wäre sie bereit, über die Handels- und Verkehrsfragen zwischen der habsburgischen Monarchie und Serbien in Verhandlung zu treten.

Diese Note bedeutet sicher noch nicht das Ultimatum, aber sie ist von einem solchen nicht mehr weit entfernt. Oesterreich spricht die „bestimmte Hoffnung“ auf die serbische Nachgiebigkeit aus und verlangt direkten Bescheid. Es stellt damit Serbien vor die Zwangslage der Entscheidung und der Angst, dem die serbische Regierung durch ihre Antwort an Rußland zu entriemen hoffte, bleibt ihr nicht erspart. Er wird nur dadurch geringer, daß Oesterreich gleichzeitig seine Bereitwilligkeit, wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen, zuerst und offiziell auspricht. Wenn aber die „bestimmte Hoffnung“ sich nicht erfüllt, Serbien bei seiner Haltung beharrt? Dann ist der nächste Schritt das Ultimatum, das die Abweisung fordert und der zweite der — Krieg.

In dieser gefährlichen Situation hat es die deutsche Regierung für angezeigt gehalten, mit Erklärungen hervorzutreten, die das Deutsche Reich, dessen Politik gerade jetzt frei und unabhängig bleiben müßte, auf das stärkste für die Politik Oesterreichs engagiert und so das Schicksal des deutschen Volkes in die Balkanwirren verstrickt. Halbamtlich legt die „Nordd. Allg. Ztg.“ dar, daß die Forderung Oesterreichs mit Serbien nur direkt zu verhandeln, selbstverständlich sei. Das Verlangen, Oesterreich solle bei seinen Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen die Mächte als Mandatäre Serbiens zulassen sollte, von niemandem aufgestellt werden, der eine friedliche und billige Beilegung der bisherigen Gegensätze ernstlich wünscht. Der Schluß der Erklärung aber bildet eine unbedingte Solidaritätserklärung, die lautet: „Um einen Versuch der Einschüchterung und Demütigung Oesterreich-Ungarns kann es sich nicht handeln, da im voraus feststeht, daß ein solcher Versuch an der Ablehnung der von Deutschland unterzogenen Doppelmonarchie scheitern müßte.“

Gleichzeitig erklärt eine offiziöse Artikel der „Allg. Ztg.“ mit der Ueberschrift „Kalttes Blut“, daß in der Forderung, Oesterreich solle sich den Beschlüssen einer europäischen Konferenz unterwerfen, eine „ungeheure Gefahr“ liege. Dann fährt der Artikel fort:

„So ichener die Dinge einer Krise zuzutreiben, wie sie geschähe in ihren Folgen sich nicht denken läßt, aber sie scheinen es auch nur. Denn niemand wird glauben wollen, daß wirklich eine Macht oder eine Gruppe von ihnen wegen der Frage der völlerrechtlichen Legalisierung einer Tatsache, die an Jahrzehnte lang bestehenden Verhältnissen gar nichts ändert, die Kriegsglocke entzünden will. Ein Zusammenstoß Serbiens mit Oesterreich-Ungarns kam mit Verdrüßlichkeit in drüßlich enge Grenzen eingeschränkt werden, erst das Einschreiten einer Großmacht würde den Brand ermöglichen, sich unabsehbar auszuweiten. Die einzige Macht, die in Frage kommt, ist Rußland; aber Rußland leidet noch auf schwerste an den Folgen des unglücklichen Krieges mit Japan und der großen inneren Umwälzung. Sein Heer hat seit dem Frieden kaum Fortschritte gemacht, die Finanzwirtschaft wird mit Hilfe von Anleihen aufrecht erhalten und die revolutionären Kräfte sind zwar niedergehalten, aber nicht erstickt. Bei der ersten Niederlage würden sie mit neuer Kraft an die Oberfläche kommen und ihren Vernichtungskampf gegen die Staatsgebäude wiederum beginnen. Und in diesen Abgrund sollte sich Rußland stürzen, nur der panlawistische Bewegung willen, nur um den alten Roman in Anspruch, Vormacht der Balkanstaaten zu sein, aufrechtzuerhalten?“

Deshalb fordert der Artikel — dessen Zugeständnis, daß es die Angst vor der Revolution ist, die die Friedensbereitschaft Rußlands in erster Linie verbürgt, man sich merken muß — vor allem „kaltblütige Ruhe“, besonders auch von der österreichischen Presse.

Wir können nur bedauern, daß die deutsche Regierung mit ihren offiziellen Erklärungen dieser Forderung, kaltblütig und befonnen zu bleiben, nicht selbst entsprochen hat. Was nottut, ist keine Stärkung der Unnahsichtigkeit Oesterreichs und keine Herausforderung der panlawistischen Strömungen in Rußland, sondern die feste Entschlossenheit, im Einverständnis mit Frankreich, Italien und England, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten. Damit wird schließlich auch den wahren Interessen der österreichischen Völker viel besser gedient, als durch romantisch anmutende Treu-

betuerungen. Die Situation, die das zweideutige Spiel Serbiens und Rußlands heraufgeführt hat, ist gewiß äußerst gefährlich. Aber sie darf nicht hoffnungslos werden durch den Fehler der deutschen Regierung, sich in Abhängigkeit von der österreichischen Politik zu begeben; und das Einvernehmen mit den Weltmächten zu stören, das bisher das schlimmste verhütet hat.

Die Probe aufs Exempel.

Die bayerische Regierung verweigert den Sozialdemokraten die durch die Verfassung gewährte staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Das ist das Ergebnis des zweiten Falles Hoffmann, der Nachregelung des Genossen Hoffmann-Kaiserslautern als Fortbildungsschullehrer. Nach zweimonatlicher Ueberlegung hat der bayerische Kultusminister v. Wehner endlich Bescheid erteilt auf die Beschwerde Hoffmanns gegen seine Amtserhebung durch die pfälzische Kreisregierung. Er weist die Beschwerde ab. Eine lange Begründung ist beigegeben. Sie lautet im wesentlichen:

„Nachgehend war vor allem die Erwägung, daß mit Rücksicht auf den Charakter und die Aufgabe der gewerblichen Fortbildungsschule Kaiserslautern ein Mann, der sich öffentlich zu den Grundfragen der sozialdemokratischen Partei bekennt und für diese eintritt, als Lehrer an dieser Schule nicht weiter wirken kann. Diese Auffassung, in der der Schwerpunkt der Regierungsentscheidung liegt, findet die Billigung des Hgl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.“

Wie bereits die Hgl. Regierung, Kammer des Innern, in ihrer Entscheidung vom 18. Dezember vorher Jahres betont hat, ist die gewerbliche Fortbildungsschule Kaiserslautern eine öffentliche, die Sonntagsschule in weitem Umfange erziehende Unterrichts- und Erziehungsanstalt, deren Besuch für alle sonntagschulpflichtigen Knaben und für bestimmte Kategorien von sonntagschulpflichtigen Mädchen obligatorisch ist. Demgemäß unterrichten die Lehrer der Fortbildungsschule in Kaiserslautern wie die Lehrer an der eigentlichen Volksschule der staatlichen Schulpflicht, die auch bei der Entlassung, wie bei der Entlassung der Lehrer gemäß § 46 der Fortbildungsverordnung vom 17. Dezember 1895 zur Geltung zu kommen hat. Ob die Lehrer der Fortbildungsschule die Eigenschaft öffentlicher Beamten besitzen oder nicht, ob sie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten durch einen besonderen Dienstverpflichtet sind oder nicht, ist hier weniger von Belang. Ausschlaggebend für die Stellung der Schulpflicht zu dem vorliegenden Falle ist die Aufgabe der Schule, die den Schülern nicht nur ein gewisses Maß von Kenntnissen, sondern auch eine religiös-sittliche und eine entsprechende staatsbürgerliche Erziehung zu vermitteln hat. Dieser Zweck der Schule steht bei den zu vertretenden Lehrern eine gewisse Bürgerpflicht für die richtige Erfüllung nicht nur der unterrichtlichen, sondern auch der erzieherischen Aufgaben nach Maßgabe der gesetzlich und verordnungsmäßig festgelegten Grundzüge voraus. Im Hinblick auf die in Bayern geltende Staatsordnung erscheint aber zur Mitwirkung bei der Erziehungsansgabe einer solchen öffentlichen Schule ein Lehrer nicht geeignet, der offen im Sinne einer politischen Partei wirkt, die die Grundfragen der verfassungsmäßig festgelegten Staats- und Gesellschaftsordnung negiert. Solche parteipolitische Bestrebungen stehen zu der Aufgabe der gewerblichen Fortbildungsschulen, die in staatsbürgerlicher Hinsicht gerade auf die Pflege der monarchischen Gesinnung und die Nahrung vor der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ist, im Gegensatz.

Wenn Hoffmann eine Gefahr der Beeinflussung der Schüler im Sinne seiner politischen Ueberzeugung mit Rücksicht auf die von ihm vertretenen Unterrichtsfächer — Buchführung und kaufmännisches Rechnen — für ausgeschlossen erachtet und es als selbstverständlich erklärt, daß die Politik von der Schule fernzubehalten habe, so ist dem entgegenzusetzen, daß das Erziehungsverk der Lehrer sich nicht in der Unterrichtsämterlichkeit erschöpft, daß vielmehr seine ganze Persönlichkeit bei der erzieherischen Wirksamkeit von wesentlichem Einfluß auf die Schüler ist und daß auch sein Verhalten außerhalb der Schule vermöge der erzieherischen Kraft des Beispiels geeignet ist, auf die Schüler einzuwirken. Dieser Gesichtspunkt ist von der größten Bedeutung bei Schülern in der für die Entwicklung des Charakters besonders wichtigen Altersstufe der Fortbildungsschule.

Hoffmann erblickt in dem Vorgehen der Hgl. Regierung nur eine Nachregelung wegen seiner politischen Gesinnung und eine Verletzung staatsbürgerlicher Rechte, die den Anhängern der Sozialdemokratie in gleichem Maße zustünden wie den Anhängern anderer politischen Parteien.

Von Verletzung staatsbürgerlicher Rechte kann hier schon deshalb nicht die Rede sein, weil es sich bei der Anstellung der Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule in Kaiserslautern nach § 23 der für sie geltenden Schulvorschriften nur um Uebertragung einer widerrechtlichen Funktion handelt und niemandem ein Recht auf Besetzung in einer bloß widerruflichen Funktion zusteht. Die Enthebung von einer solchen Funktion liegt im Erwehnen der Schulaufsichtsbehörde und ist auch nicht von einem disziplinarischen Einschreiten abhängig. Sie trägt deshalb namentlich auch im gegebenen Falle nicht den Charakter einer persönlichen Nachregelung an sich, stellt sich vielmehr nur als eine durch die Rücksicht auf die Aufgabe und das Interesse der Schule objektiv gebotene Maßnahme dar.

Die Beschwerde des Hoffmann gegen den Regierungsbescheid vom 21. November und 18. Dezember 1908 erweist sich hiernach als unbegründet und wird abgewiesen.

geg. Dr. v. Wehner.“

Inser südbayerisches Parteiorgan, die „Münchener Post“, sagt dazu:

Dieser Entscheid des Kultusministeriums geht über den „Fall Hoffmann“ hinaus. Er ist prinzipieller Natur. Zur Reben-folge wird der Umstand, ob die Ausschließung oder Entlassung der Lehrer gemäß § 46 der Fortbildungsverordnung vom 7. Dezember 1895 oder nach einer anderen förmlichen Bestimmung aus der Embenanenzeit der bayerischen Monarchie erfolgt. Er bedeutet nichts weniger wie die Verletzung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Staatsbürger zugunsten der Sozialdemokratie.

Wie unterlassen bedauern auch die Untersuchung, ob es eine doppelte Staatsmoral für die Regierung gibt, eine für das „offene“ und eine andere für das nicht offene Wicken für die Sozialdemokratie und stellen fest, daß das besondere Staatsrecht des Ministeriums Wehner — denn der gibt doch den Ton an — sich ein Ausnahmerecht gegen die Sozialdemokratie konstruiert. Ob die Nachregelung in eine „objektiv gebotene Maßnahme“ umgetauft wird, oder ob es sich um Uebernahme widerruflicher oder unwiderruflicher Funktionen handelt, der Entscheid verleiht die staatsbürgerlichen Rechte einer nach Hunderttausenden zählenden politischen Partei in Bayern.

Dehnegen ist der Hinweis auf die „erzieherische Kraft des Beispiels“ in dem langatmigen Stabotat des Herrn Wehner auch nicht weiter wie ein Versuch, dieses Ausnahmerecht mit einem Schwall von Worten zu verhüllen. Denn bei Nichtsozialdemokraten steht Herr Anton v. Wehner den Zufall um dieses erzieherische Beispiel und läßt Hochschullehrer, die Weib und Kind hungern lassen, die wortbrüchtig sind, die sich von betrogenen Liebhabern auf öffentlicher Straße Ohrfeigen annehmen lassen und ihre Schüler empumpen, ruhig weiter im Amte als erzieherisches Beispiel.

Aber auch den Zweck der Abschreckung wird dieser Entscheid nicht erreichen; denn was zur Zeit des offenen Ausnahmeregels gegenüber der kleinen sozialdemokratischen Partei mißglückte, das wird dem ministeriellen Ausnahmewort gegenüber der groß gewordenen Sozialdemokratie erst recht schlagend.

Die weitere und entscheidende Erörterung dieser Ange-

legenheit, die von der größten staatsrechtlichen Bedeutung ist, hat natürlich im Landtag zu erfolgen, und daß das ausgiebig geschehen wird, dafür wird die sozialdemokratische Fraktion wohl zu sorgen wissen.

Soweit unser Münchener Parteiblatt. Wir können nicht umhin, hinzuzufügen, daß die auf dem Nürnberger Parteitag veränderte Legende von der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern endgültig gestört ist, auch für die, die vom ersten Fall Hoffmann, der angeblichen Maßregelung des Volksschullehrers, der durch den freiwilligen Rücktritt vorgebeugt wurde, nichts erfahren haben. Die Position jener bayerischen Genossen, die die Bewilligung des Budgets mit der angeblich staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokraten in Bayern rechtfertigen wollten, ist jetzt ganz unhaltbar geworden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März 1909.

Die Postunterbeamten.

Aus dem Reichstage (6. März.) Genosse Jubel erörterte bei Weiterberatung des Postetats hauptsächlich die wenig erfreuliche Lage der Postunterbeamten, wofür er die Beispiele den Zuständen in einigen Berliner Postämtern entnahm. Er gab der Postverwaltung anheim, anstatt die Unterbeamten durch Traktationen zu behelligen, ihnen lieber Gelegenheit zur Fortbildung in Unterrichtsursachen zu geben. Wie Jubel ferner darlegte, ist die Resolution des Reichstags auf Abschaffung der Bestellung von Geldbriefen an Sonntagen in einer wenig erfreulichen Weise ausgelegt worden. Man hat nämlich die Geldbriefträger nunmehr zur Vertretung ihrer anderen Kollegen an Sonntagen herangezogen, und zwar ohne Entschädigung, trotzdem doch die Verlegung der Geldbriefbestellung vom Sonntag auf den Montag die Arbeit der Geldbriefträger in keiner Weise verringert hat. Für die Rechte und Bedürfnisse der unteren Beamten besteht aber in den oberen Behörden offenbar wenig Sympathie. Ist es doch sogar vorgekommen, wie Jubel mitteilte, daß ein Briefträger in Uniform am Sonntag Einladungen zur Kirchenwahl hat austragen müssen, und als der Prinz August Wilhelm Hochzeit machen wollte, mußten 40 Postkötter für dieses postliche jedenfalls völlig belanglose Ereignis in ihren dienstfreien Stunden das Lied emsingen: „Wir wünschen Dir den Jungfernkranz!“ Offenbar werden die zu solchen Zwecken mißbrauchten Postkötter von den Vorgesetzten nur als kostümierte Lakaien sogenannter hoher Herrschaften angesehen.

Aus der weiteren Debatte ist noch hervorzuheben, daß der freimüthige Abg. Kopsch ein Wahlmandat der Nationalliberalen im Wahlkreis Bingen-Alzey zur Sprache brachte. Er wollte Auskunft darüber haben, wie es käme, daß eine Aufforderung der Nationalliberalen, in der Stichwahl für den Zentrumsmann Hebel zu stimmen, auf amtlichen Depeschenformularen angeheftet worden sei. Herr Kraetzke erwiderte, ein Recht zu solcher Auskunft hätten nur Absender und Adressaten der fraglichen Depesche, so daß die Sache wohl im Dunkel bleiben wird.

Der Abg. Gothein (fr. Bg.) kam auf die Kieler Wahlrechtsknifferei zurück. Er verteidigte den Abg. Strube gegen Herrn Kraetzkes unbedeutende Angriffe und stellte die bedauerliche Tatsache fest, daß eine Anzahl Abgeordneter der Rechten so wenig Solidaritätsgefühl mit einem in seinen Abgeordnetenrechten von einem Minister gekränkten Kollegen bewiesen, daß sie Herrn Kraetzke durch Beifall unterstützen. Die Gotheinsche Klage war durchaus berechtigt. Es ist nur schade, daß die Freimüthigen nicht merken, wie sehr sie sich durch die Bundesgenossenschaft mit solchen serbischen Bloßbrüdern selbst diskreditieren.

Schließlich wurde die Generaldebatte geschlossen und dem Staatssekretär sein Gehalt bewilligt. Bei der Erörterung der einzelnen Titel erlebte der Berichterstatter Ved. Heibelberg (natl.) eine böse Viertelstunde. Er hatte es nämlich für gut befunden, mit dem konservativen Abg. Dröschner zusammen Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in zwei Fällen zu stellen, in denen die Budgetkommission, um Ersparnisse zu machen, Abstriche vorgenommen hatte. Als Berichterstatter mit der Verpflichtung zu mündlichem Bericht, hätte er zunächst wenigstens als Berichterstatter die Kommissionsbeschlüsse vertreten müssen. Das fiel ihm aber gar nicht ein. Er erbot sich vielmehr sofort als Abgeordneter das Wort, um die Kommissionsbeschlüsse anzugreifen und seine Anträge zu verteidigen. Der Abg. Erzberger (Z.) wies dies sonderbare Verfahren zurück, indem er mitteilte, daß der Kommissionsbeschluss, bei dem es sich um die Verminderung der Postdirektorenstellen handelt, sogar einstimmig gefaßt worden war. Genosse Eumel wies sogar noch nach, daß die Antragsteller in ihrem regierungstreuen Ueberseher übersehen hatten, ihre Anträge dadurch zu ergänzen, daß sie bei dem folgenden Titel die Wiederherstellung der Regierungsvorlage gleichfalls forderten, da — entsprechend dem Abstrich der Postdirektorenstellen — die Kommission die Vermehrung der Postmeisterstellen vorgesehn hatte. Die Abstimmung über alle diese Titel wurde ausgesetzt.

Dann vertagte sich das Haus auf Montag.

Das Junkerparlament gegen die Sozialpolitik.

Wenn im Reichstage einmal Fragen angeschnitten werden, die zur Kompetenz Preußens gehören, pflegen sich die Regierungsvertreter und die Rechte stets über diese Uebergriffe bitterlich zu beschweren. Im preussischen Junkerparlament dagegen ist es gerade die Rechte, die jede Gelegenheit wahrnimmt, über Dinge zu reden, die zur Kompetenz des Reiches gehören. Das geschieht stets da, wo die Herren Agrarier eine allzugroße Nachgiebigkeit der Reichsregierung den Forderungen des Reichstages gegenüber befürchten. Die reaktionäre Mehrheit des Dreiklassenhauses benützt solche Gelegenheiten dazu, die Regierung gegen alle fortschrittlichen Bestrebungen, namentlich auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik, scharfzumachen.

So geschah es auch am Sonnabend, wo die Konservativen Herrn Rallewicz vorschickten, der die Beratung der Handels- und Gewerbeverwaltung aus mißbrauchte, die Zollwauerpolitik des Reiches des laun und breiten zu verberlichen und vor allen Dingen ein Drem en auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu verlan en. Als er von anderer Seite darauf festgenagelt wurde, verließ er sich damit herauszureden, daß er sich nur gegen die zweite Belastung der Unternehmer durch die Sozialpolitik ausgesprochen habe, gegen die Uebernahme neuer sozialpolitischer Lasten durch das Reich habe er nichts. Das heißt nichts anderes, als daß die nichtbesitzende Klasse durch indirekte Steuern für die Fortführung der sozialen Gesetzgebung aufkommen soll!

Kach gegen eine Durchführung der bereits erlassenen Bestimmungen des Arbeitergesetzes wandte sich der konservativ Redner: Man solle sich, so empfahl er, mit der Durchführung der Bestimmungen der Wäckerleiordnung möglichst fest nehmen. So luden unsere Dreiklassenmänner die sozialpolitische Reichsregierung zu durchkreuzen, und bei ihrem Einfluß bedeutet ihr Vorgehen tatsächlich die bedenklichste Gefährdung des Arbeitergesetzes. Schon allein um diesen unheilvollen Einfluß der Junker und Schlotbarone auf die preussische und die Reichsregierung zu brechen, gibt es kein dringenderes Erfordernis, als die Einführung des gleichen Wahlrechts für Preußen!

Zum Kieler Wahlrechtsraub.

Kiel, 6. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Heute abend fand eine gemeinsame Sitzung der städtischen Kollegien statt. Vor Beginn der Sitzung interbellierte der sozialdemokratische Stadtverordnete Rindfleisch den Magistrat, was die zum Minister nach Berlin gesandte Deputation ausgerichtet habe. Es verlautete, daß die Deputation sich ein Schweigegebot auferlegt habe. Das sei unerhört. Die Stadtverordneten und die Bürgerschaft können verlangen, daß sie Auskunft erhalten, sonst würde der Eindruck erweckt, als sei eine Ueberrumpelung geplant. Redner stellt den Dringlichkeitsantrag, daß die Kollegien beschließen mögen die Deputation solle über das Resultat ihrer Verhandlungen Auskunft geben. Der Bürgermeister Lindemann, der in Vertretung des mit Krankheit entschuldigten Oberbürgermeisters Fuß den Vorsitz führt, erklärte, eine Ueberrumpelung sei nicht geplant. Die Stadtverordneten würden in der Sitzung am Dienstag Auskunft erhalten. Die übrigen Magistratsmitglieder seien über das Resultat der Verhandlungen ebensowenig wie die Stadtverordneten unterrichtet. Die Stadtverordneten stimmten mit allen gegen eine Stimme für den Dringlichkeitsantrag, der Magistrat mit allen gegen eine Stimme dagegen. Der Antrag war damit gefallen! Der Stadtverordnete Rindfleisch wollte darauf eine scharfe Mißtrauensklärung gegen den Magistrat verlesen, wurde aber vom Vorsitzenden daran gehindert, weil diese Erklärung nicht auf der Tagesordnung stehe. Als dann auch noch eine Intervention der Sozialdemokraten über das Aufsichtsrecht der städtischen Betriebe durch die Stadtverordneten in ungenügender Weise vom Magistrat beantwortet wurde, griffen die Sozialdemokraten zur Obstruktion. Auf Grund der Geschäftsordnung muß eine Vorlage von der Tagesordnung abgejagt werden, wenn mindestens 10 Stadtverordnete dies beantragen. Um dem Mißtrauen gegen den Magistrat in scharfer Weise Ausdruck zu geben, beantragten sie, von den 16 auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen 13 abzusehen, unter diesen auch die neue Luftbarkeitssteuerordnung, die eine bedeutende Erhöhung der Luftbarkeitssteuer vorsteht und die der Magistrat noch in der Stadtratung, die am Dienstag stattfinden soll, fertig haben wollte. Die Sitzung fand so ein schnelles Ende.

Die nicht zur Verlesung gelangte sozialdemokratische Erklärung lautet:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten erklären hiermit, daß sie nach den fortgesetzten Versuchen des Magistrats, seine Macht zu vergrößern, aber die der Stadtverordneten und das Wahlrecht der Bürger zu beschneiden, keinen Grund haben, vor oder nach Abschluß der Wahlrechtsfrage dem Oberbürgermeister und dem Magistrat in irgendeiner Hinsicht Vertrauen zu schenken. Sie werden es daher sich zum Ziele setzen, den Plak des Oberbürgermeisters, so bald als es möglich ist, für einen Nachfolger, dem man Vertrauen schenken kann, freizumachen.“

Schulkinder im Dienste staatsverhaltender Politik!

Am Freitagvormittag verbreiteten in Grünigen (Westphalen) Schulkinder im Auftrage ihres Lehrers Einladungen zu einer öffentlichen Versammlung, in denen der nationalliberale Abgeordnete Dr. Gärke einen politischen Vortrag ankündigte. Die Versammlung sollte am nächstfolgenden Tage in Gärke stattfinden.

Der neue Kultusminister.

Ueber bevorstehende Veränderungen im Kultusministerium weiß der „Reichsbote“, das Blatt der evangelischen Pastoren, das sich bisher meist als gut unterrichtet über die Vorgänge im Ressort des Herrn Holle erwiesen hat, zu berichten:

„Was die Lage der Dinge im Kultusministerium anlangt, so rechnet man nicht auf eine dauernde Nüchternheit des Herrn Dr. Holle. Als seine Nachfolger sollen vor einiger Zeit die Herren Professor Dr. Dornau und Direktor Schwarzlopp in Betracht gekommen sein; das sei aber eine überwundene Phase, und beide Herren kämen nicht mehr in Betracht, sondern man habe andere Personen ins Auge gefaßt, so den Oberpräsidenten v. Jagow. Die „Mogelb. Zig.“ berichtet heute zwar, Herr Schwarzlopp sei in Aussicht genommen, seine Ernennung werde aber im jetzigen Augenblick nicht für opportun gehalten, sondern werde erst nach Erledigung der Finanzreform erfolgen. So liegt nach unseren Informationen die Sache nicht.“

Von einem halboffiziösen Blatt wird diese Meldung bestritten, doch hat sie sehr viel Wahrscheinliches; denn Herr v. Jagow gehörte zu den ehemaligen länderlichen Kanakrebeln; er hat sich also große Verdienste um den preussischen Junkerstaat erworben.

Russischer Geheimbund und deutsches Briefgeheimnis?

Sie ist wieder einmal sehr rührig, unsere alte Aemubin, die siebente Abteilung des Polizeipräsidentiums zu Berlin. Will sie das Lob verdienen, das ihr dieser Tage der Minister des Innern im Abgeordnetenhause gesendet hat, handelt sie aus edlem Tatendrange, der vor keinem Ungescheh — pardon Mißgeschick — zurückbebt oder folgt sie gar den guten Willen von Genossen aus der Agewilbe? Jedenfalls erwarten wir, nächstens wieder von einer großen Verhöhnung gegen den heimlichen Chef der Polizei-Internationale, Nikolai den Selbstherrscher, von einem aber ganz Deutschland ausgebreiteten Geheimbunde zu hören, der Rußland umstürzen und das Deutsche Reich in den Abgrund mit hineinziehen wollte, an dem schändlichen Vorhaben aber durch die allzeit wachsame siebente Abteilung noch gerade rechtzeitig gehindert worden ist.

In Berlin hat die Sache angefangen. Am 26. Februar ist hier ein russischer Schriftsteller verhaftet worden. Man fand bei ihm einige Briefe, die ihm Landolente aus Dresden, Mittweida, Cöthen, Braunschwitz geschrieben hatten und worin sie ihn einluden, ihnen einen Vortrag über den russischen Dichter Leonid Andrejew zu halten. Seit Königsdorf hat die preussische Polizei einen starken Widerwillen gegen die russische Literatur, der sie hindert, ihre literarischen Kenntnisse zu verwirklichen. Also hielt sie Andrejew offenbar für einen

„Terroristen“, telegraphisch sofort an die Polizeibehörden der Städte, woher die Briefe gekommen waren, und ließ auch dort Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und, wir wissen nicht, was sonst noch vornehmen. Inzwischen blieb der in Berlin erhaltene Ender im Polizeigefängnis. Das entsprach zwar nicht dem Gesetz, aber der Minister des Innern hat ja erst in dieser Woche der Berliner Polizei befohlen, daß es weniger auf Gesetz, als auf die „Zweckmäßigkeit“ ankomme. Erst nach mehr als 24 Stunden wurde der Verhaftete entlassen und selbstverständlich zugleich aus Preußen ausgewiesen. Also liegt am Ende keine strafbare Handlung, kein „Geheimbund“ vor; denn wie hätte die siebente Abteilung den „Verdächtigen“ sonst ausweisen können, anstatt ihn dem Richter zuzuführen? Zum großen Erstaunen des Publikums befand sich aber der mit ihm verhandelnde Beamte plötzlich im Besitz noch anderer an ihn (den Verhafteten) gerichteter Briefe, die angelangt waren, während er in Haft saß. Die aber in seiner Wohnung nicht abgegeben worden waren. Die Polizei ist bekanntlich stets hilfsbereit; sollte sie die Freundlichkeit soweit getrieben haben, daß sie dem Briefträger die Wärme des Treppentiegels und zugleich auch die Briefe abgenommen hat? Das können wir uns kaum vorstellen. Vielleicht aber steht sich Herr Kraetzke mit Herrn v. Politz über die Grenzen zwischen dem rechtsgesetzlichen Schutz des Briefgeheimnisses und der landespolizeilichen „Zweckmäßigkeit“ auseinander.

Die Wemeler Nachwahl und ihre Folgen.

Die Wemeler Nationalliberalen veranstalteten im vorigen Herbst während der Wahlbewegung Versammlungen, in denen der Parteisekretär Dr. Rupper nach Kräften die Sozialdemokratie verächtigte, ohne daß die Sozialdemokraten zum Wort kamen, was natürlich große Erbitterung erregte. Als am 10. September wiederum in einer Versammlung, der zahlreiche Genossen beimohnten, die Sozialdemokratie heruntergerissen wurde, kam es zu heftigen Ausbrüchen zwischen einer Anzahl Versammlungsbesuchern und dem zum Schutze der Nationalliberalen erschienenen Polizisten. Die Folge war die Einleitung eines Strafverfahrens wegen — Landfriedensbruchs. Doch daraus wurde nichts, und da das Strafgesetzbuch viele Paragrafen hat, so leitete man gegen 18 Versammlungsbesucher ein Verfahren ein wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, wegen gewalttätiger Widerstandes, tätlichen Angriffs, öffentlicher Verleumdung und vorläufiger Körperverletzung. Es sind 36 Beschuldigte in der Anklageschrift des Staatsanwalts bezeichnet.

Staatsverbrechen.

Eine bemerkenswerte Flucht in die Öffentlichkeit unternahm am Freitag der Breslauer Oberbürgermeister Bender. Breslau steht, ähnlich wie 1903, da es millionenfachen Schaden hatte, vor einer ganz gewaltigen Hochwassergefahr. Trotzdem weig die Stadt nicht und erachtet auch nicht, ob und was für die Minderung dieser Gefahr staatsbürgerlich getan wird. In der Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister, die Stadt befände sich in einer trübseligen Lage; sie sei vom Hochwasser am meisten gefährdet, habe aber nichts zu sagen. Von einem Hochwasserprojekt erfahre sie erst dann etwas, wenn es — fertig sei und bezahlt werden solle! Von den Maßnahmen des Staates höre die Stadt nichts, und wenn sie Einwendungen erhebt, dann gelten sie nichts. Zur Zahlen, zahlen! Das sei das einzige „Recht“ der Stadt. Der Oberbürgermeister kompromietete in scharfen Worten das Gebahren der Regierung und wies nach, daß ihre bürokratischen Maßnahmen beim letzten Hochwasser völlig bankrott gemacht und vor allem die Reichverbände sich als durchaus unzulänglich erwiesen haben. So nahe auch jetzt wieder die Gefahr sei, man wolle trotzdem nicht, ob gehalten werde und ob gehalten werden könne und solle. Man sei da ganz auf das „Ermessen“ des Ministers und der Reichskammer angewiesen! Eine Verringerung der Reichsregierung zum Schutze der Städte sei eine dringende Notwendigkeit. Es sei ein entsetzlicher Zustand, eine Großstadt mit 60000 Einwohnern bei Hochwasser einem ohnmächtigen kleinen Verbands zu überliefern, der mit geringen und ungenügenden Mitteln arbeite und obendrein der Stadt das Recht nehme, selbst etwas zur Verteidigung zu tun! Es werde, da das bevorstehende Hochwasser weit schlimmer sein werde als alle vorhergegangenen, der Stadt wohl nichts anderes übrig bleiben, als Hunderttausende von Soldaten zu kaufen und damit dem Eindringen des Wassers in die Stadt vorzubeugen. Aber selbst dabei habe die Stadt nichts zu sagen, weil das alles Ende der Reichskammer sei und niemand wisse, ob die etwas täten oder nicht. Während man die Stadt mit ihren reichen Mitteln zur Untätigkeit verdamme und sie den größtmöglichen Hochwassergefahren preisgebe! Eine vom letzten Hochwasser diktierte Veränderung des Verhältnisses, das wenigstens etwas Hilfe gebracht hätte, habe der Minister abgelehnt. Was hat? Die Stadt habe es und könne es nie erfahren! Da sei es schließlich sogar noch besser, im neuen Obergesetze zu bestimmen, daß die Stadt für ihre Verteidigung selbst zu sorgen habe. Da wählte man doch wenigstens, woran man wäre.

Der Vorgang charakterisiert die Unfähigkeit der Junkerregierung in scharfer Weise. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie Hunderttausenden von Oberbewohnern unermesslichen Schaden zufügt, ehe noch die Druckrohre dieser Reiten trocken ist. Denn schon erlassen die schmerzlichen Landräte öffentliche Warnungen, da Hochwasser in Sicht sei. Die Ueberheblichkeit dieses fürstlichen Schandens, die aller Kulturarbeit abholden preussischen Junker, geben Strafrecht aus!

Deutscher Staatsbahnwagenverband.

Das württembergische Staatsministerium hat nunmehr die in der Generaldebatte zum Etat vom Ministerpräsidenten angelegte Denkschrift über den deutschen Staatsbahnwagenverband der Zweiten Kammer übergeben. Die Denkschrift hebt hervor, daß die württembergische Regierung von politischen, finanziellen und nicht zuletzt von nationalen Gesichtspunkten aus die Erfolglosigkeit der Verhandlungen über Schaffung einer Betriebsmittelgemeinschaft bedauere, jedoch geglaubt habe, bei der Beratung der Schaffung eines deutschen Staatsbahnwagenverbandes mitarbeiten zu müssen. Die württembergische Regierung begrüße das Zustandekommen des Verbandes mit Freude und sei der Überzeugung, daß der auf diesem Einzelgebiete des Eisenbahnwesens erzielte Fortschritt zu einer weiteren, überaus wünschenswerten Annäherung der deutschen Staatsbahnverwaltungen auch auf anderer Gebieten führen werde.

Kein sozialdemokratisches Amtsblatt.

Wir berichten neulich von dem Beschluß des Gemeindefollegiums in Hof, der „Oberfränkischen Volkszeitung“, unserem Parteiorgan zu Hof, das vom Magistrat herangezogene Amtsblatt als Beilage beizugeben. Der Magistrat hat diesen Beschluß nicht sanktioniert mit der Begründung, daß der Beschluß des Gemeindefollegiums ungesetzlich sei, weil die Mitglieder der städtischen Kollegien an jeder Abstimmung teilnehmen müßten (in diesem Falle hatten 16 für, 13 gegen den Antrag gestimmt und sechs sich der Stimme enthalten). Jetzt muß das Kollegium nochmals zu der Sache Stellung nehmen.

Hof ist also offenbar einer großen Gefahr entgangen.

Herr Rosenfeld teilt uns mit, daß er sich dem Staatsanwalt zum Strafantritt zur Verfügung gestellt hat. Seine Abreise nach Paris erfolgte, um einer etwaigen sofortigen Verhaftung auszuweichen, da er noch eine Reihe unauflöslicher privater Angelegenheiten zu ordnen hatte.

England.

Eine zerstörte Mission.

London, 6. März. Der Chefsekretär für Irland, Birrell, führte in einer gestern gehaltenen Rede aus, die Erklärungen des

Präsidenten List über die Hoffnungen der Vereinigten Staaten hätten einige der besten Hoffnungen der Menschheit erschüttert, denn sie zeigen, daß sogar Amerika sich den Reichen der Welt affizieren und eine große Flotte und ein mächtiges Heer erhalten solle. England habe daher ebenfalls darauf zu achten, seine Küsten unversehrt zu erhalten und für ihre Verteidigung große Summen auszugeben.

Eine Radwahl.

London, 6. März. Im Wahlkreis Hottel (Schottland), der auch bisher im Unterhause liberal vertreten war, wurde Barran (liberal) mit 3028 Stimmen gegen Mac Kender (Unionist) gewählt, der 2508 Stimmen erhielt. Die Liberalen haben in diesem für sie sehr günstigen Kreis die letzte Wahl circa 100 Stimmen eingebüßt.

Rußland.

Unvereinbar mit Recht und Geseh.

Petersburg, 5. März. In der Reichsduma hielt heute während der Finanzdebatte der Vizepräsident Baron Wendenborff (Dobrobr) eine Rede, in der er ausführte, die erste Bedingung des russischen Staatskredits sei die Unerschütterlichkeit der russischen Grundgesetze. Unter fürstlichen Zwischenrufen der äußersten Rechten behauptete der Redner, ein großer Teil der neuen Gesetze führe nur ein Scheinleben, da die Behörden, die der Regierung bei der Durchführung der Gesetze beistehen müßten, die Grundgesetze in tiefster Seele hielten und unfähig seien, sich ihnen unterzuordnen. Als Abgeordneter und treuer Untertan sei es seine Pflicht darauf hinzuwirken, daß der Rechtsinn, der den Staat aufrechterhalte, dadurch untergraben, und daß durch ständige Mißachtung des Gesetzes der Boden für einen idealistischen Anarchismus, wie Tolstoi ihn lehre, vorbereitet werde. Als Beispiel führte der Redner die russische Politik gegenüber Finnland an, die er für unvereinbar mit den Grundsätzen von Rechtlichkeit und Gesehlichkeit erklärte.

Perfien.

Der Kampf um Tabris.

Teheran, 5. März. Bei Tabris finden täglich größere Kämpfe statt. Gestern besetzten die Anhänger des Schahs die Vorstädte, worauf sie von den Revolutionären heftig angegriffen und vertrieben wurden. Die Revolutionäre machten viele Gefangene und erbeuteten ein Geschütz. Die Truppen des Schahs wurden mehrere Meilen zurückgeworfen, halten aber die Einschließung der Stadt aufrecht, in der empfindlicher Mangel herrscht.

Soziales.

Gegen die Sonntagsruhe der Innenschiffer

wendete sich der Zentralverein für deutsche Innenschiffahrt in seiner am Mittwoch abend abgehaltenen Versammlung. Der Zentralverein beschäftigte sich mit der Frage der gesetzlichen Einführung der Sonntagsruhe im Innenschiffahrtverkehr, insbesondere vom Standpunkt der Interessen der Warenverladener und Warenempfänger, worüber Generalkonsul Otto Meyer-Königsberg und Expeditur B. Warenkamp-Franfurt a. M. referierten, sowie mit der Frage der allgemeinen Arbeitsruhe im Innenschiffahrtsgewerbe, worüber Redirektor Hees-Hamburg das Referat erstattete. Der erste Referent Generalkonsul Meyer führte aus, daß die Innenschiffahrt 4-5 Monate wegen Eis und Hochwasser überhaupt unmöglich sei. Es bleibe für die Schiffahrt im Jahre demnach nur etwa 240 Tage; von diesen werden 90 Tage gefahren, 50 Tage wird an Land zur Verladung zugebracht und an 100 Tagen wird auf die Ladung gewartet. Es sei deshalb nicht zu verstehen, daß diese 90 Tage noch weiter durch die Sonntagsruhe geschnitten werden sollten. Der zweite Referent Expeditur Warenkamp betonte insbesondere, daß die Staatsbahn den Vorteil von der Sonntagsruhe haben würde, da die Eisenbahn die Sonntagsruhe nicht im vollen Umfange eingeführt habe.

Die Referenten legten sodann im Einverständnis mit dem Zentralvorstand eine Resolution vor, in der ausgesprochen wird, daß durch eine eingehende Vernehmung des Beirats für Arbeiterstatistik nicht der Beweis erbracht worden sei, daß bei der jetzigen Arbeitszeit Gesundheit oder Leben der Schiffsmannschaft in besonderer Weise gefährdet sei. Durch das öftere Stillliegen, das Laden und Löschen der Schiffe in den Häfen verringere sich die Arbeitszeit um ein Viertel bis ein Drittel, und die Mannschaft habe somit ausreichende Ruhezeit und hinreichende Gelegenheit, ihren körperlichen Bedürfnissen nachzukommen. Aus Rücksicht auf das Innenschiffahrtsgewerbe müsse daher eine allgemeine zwangsweise Sonntagsruhe mit Entschiedenheit bekämpft werden, da sie den Betrieb erschwere, vertereure und die Leistungsfähigkeit der Innenschiffahrt wesentlich herabmindere. Es wird deshalb die Hoffnung ausgesprochen, daß Reichstag und Reichsregierung endgültig darauf verzichten, den Bestimmungen auf gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe bzw. Nachtruhe im Innenschiffahrtsgewerbe weitere Förderung zuteil werden zu lassen.

In der Debatte kam zum Ausdruck, daß berechtigte Klagen über Überlastung der Hafenarbeiter nicht bekannt geworden seien: Das sei eine Heberzeugung der Sozialdemokratie, die dadurch die Arbeiter für ihre politischen Zwecke gewinnen wolle. Trotzdem die Sozialdemokratie 10 000 Agitationsbroschüren unter die Hafenarbeiter geworfen habe, hätten sich nicht zwei Arbeiter gemeldet, die über die zu lange Arbeitszeit Klage führten. Die Forderung höherer Löhne sei unvereinbar mit der Einschränkung der Arbeitszeit. Der Landtagsabgeordnete Dr. Deumer-Düsseldorf wies darauf hin, daß der Schiffahrtverkehr auf dem Rhein ein Saisongeschäft sei und daß der Sonntagsverkehr ein Drittel des gesamten Verkehrs ausmache. Die Einführung der Sonntagsruhe würde den Ruin der Rheinschiffahrt bedeuten. Hierauf wurde die Resolution mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Die staatsrechtlichen Erhebungen des Beirats für Arbeiterstatistik sprechen durchaus gegen die Ausführungen der Referenten. Es ist die alte Leier: sobald ein Schuh der Arbeiter verlangt wird, droht der Ruin der Industrie.

Das Lebensalter der preussischen Volksschullehrer.

Die amtliche preussische Statistik von 1906 zählt 82 216 männliche Lehrkräfte (31 033 in den Städten und 51 183 auf dem Lande). Davon waren 154 (12 in den Städten und 142 auf dem Lande) unter 20, 12 760 (1222 bezw. 11 577) 20-24, 14 355 (6389 bezw. 8066) 25-29, 12 884 (6024 bezw. 6860) 30-34, 9635 (4447 bezw. 5088) 35-39, 11 574 (5251 bezw. 6323) 40-44, 8188 (3245 bezw. 4923) 45-49, 5738 (2433 bezw. 3305) 50-54, 3561 (1525 bezw. 2036) 55-59, 2585 (1066 bezw. 1519) 60-64, 890 (356 bezw. 543) 65-69 und 164 (63 bezw. 101) 70 und mehr Jahre alt. Zweierlei erscheint an diesen Zahlen besonders bemerkenswert: einmal, daß die Zahl der über 50 Jahre alten Lehrer nur 3648, das ist 4 Proz. der Gesamtheit, beträgt, dann aber, daß von den unter 24 Jahren alten, mehr als neun Zehntel auf dem Lande und nicht voll ein Zehntel in den Städten angestellt sind, während von der Gesamtzahl nur fünf Achtel auf dem Lande und drei Achtel in den Städten amtieren.

Gewerkschaftliches.

In den Pranger!

Vor etwa drei Wochen traten die circa 150 Tischler der Möbelfabrik Aschbacher infolge Maßregelung einiger ihrer Kollegen in den Ausstand. Trotz des schmächtlichen Streikgesetzes, das ein Streikpostenstreichen vollständig illusorisch macht und das Koalitionsrecht zur Karikatur herabdrückt, stellten die Tischler doch Posten auf. Die Wirkung blieb nicht aus. Die nach deutschem Muster eingerichtete Polizei steckte Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

ihre Nase in die Sache, und die Folge war, daß es zuweilen zu Streitigkeiten kam, die damit endigten, daß einige Genossen verhaftet und auf dem Polizeibureau verprügelt wurden. Zuletzt wurde von der Polizeidirektion das Streikpostenstreichen gänzlich verboten. Herr Aschbacher, der nun die Willfährigkeit der politischen Organe zugunsten der Unternehmer erfahren, wurde nun wieder etwas unternehmender. Kurzerhand ließ er von Berlin einige „tüchtige Schreiner“ unter strenger Bewachung im Eisenbahnwagen nach Zürich spedieren. Eine Anzahl derselben, die das Schändliche ihres Gebarens auf dem Wege erkannt haben, sind allerdings noch davongegangen. In Basel sprang sogar einer durch das Fenster aus dem Eisenbahnwagen. Von den etwa 100 Mann, die in den zwei Wagenladungen hätten ankommen müssen, trafen nur noch 44 ein. In Zürich angekommen, wurden sie von der Polizei feierlichst empfangen und in die Fabrik geleitet. Ein wahrhaft musterträgliches Bild der „Volksherrschaft“!

Nachträglich stellte sich dann heraus, daß einige von diesen berufsmäßigen Arbeitswilligen von der Staatsanwaltschaft in Deutschland und vom Kriegsgericht wegen Desertierens vom Militärdienst verfolgt werden und ausgeliefert werden müssen. Ein solches Gesindel wurde von der schweizerischen Polizei „beschützt“ und freie Bürger wurden blutig geschlagen.

Ein Zufall hat uns die Liste derjenigen in die Hände gespielt, die in Zürich das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft schänden. Hier folgt sie:

- Rehmann-Solje Ernst, 1881, verh., Coelhen (Anh.).
- Bischoff-Lange Carl, 1883, verh., Berlin.
- Borch Herm., 1884, ledig, Berlin.
- Brudnadowitz Assimir, 1886, ledig, Weihensee (Preußen).
- Dehert Louis, 1884, geschieden, Berlin.
- Dietrich-Dahlmann Hermann, 1873, verh., Berlin.
- Friedrich Oskar, 1890, ledig, Frankenberg (Sachsen).
- Geerds-Nailowid Wilm., 1855, verh., Berlin.
- Gente Albert, 1870, geschieden, Berlin.
- Glaubig Wilm., 1881, verwitwet, Berlin.
- Golz-Alepisq, Artur, 1874, verh., Berlin.
- Gundowsh, Paul, 1888, ledig, Kottbus (Preußen).
- Gurke, Paul, 1890, ledig, Kottbus (Preußen).
- Helmold-Gade, Heinz, 1873, verh., Schöneberg-Berlin.
- Koch Wilm., 1888, ledig, Berlin.
- Koiser Robert, 1887, ledig, Bremerleben (Preußen).
- Kallmann Walter, 1888, ledig, Berlin.
- Knittel Karl, 1880, ledig, Stahfurt (Preußen).
- Kruszka-Szjaniska Wladislaus, 1876, verh., Berlin.
- Kämpfel-Potjaska Adolf, 1861, verh., Berlin.
- Rehmann-Hante Emil, 1872, verh., Berlin.
- Riedel-Erle Richard, 1876, verh., Berlin.
- Linkenwih Johann, 1866, verh., Berlin.
- Luttschle-Riethe Wilhelm, 1851, verh., Berlin.
- Meier Karl, 1878, ledig, Berlin.
- Rodrow-Borowsh Wilm., 1865, verh., Berlin.
- Rosdüh-Strauß Paul, 1859, verh., Lichtenberg (Preußen).
- Neumann-Haujer Alwin, 1876, verh., Berlin.
- Pfeiffer Alfred, 1888, ledig, Charlottenburg.
- Rofag Wilm., 1884, ledig, Berlin.
- Scheu-Ralf Emil, 1888, verh., Berlin.
- Scheu-Arrog Albert, 1873, verh., Rantow (Preußen).
- Scheu, Wilhelm, 1886, ledig, Berlin.
- Scheu Wilm., 1887, ledig, Berlin.
- Schröder-Schwarz Reinhold, 1854, verh., Berlin.
- Schulz-Kuert Hermann, 1881, verh., Berlin.
- Seewert Albert, 1889, ledig, Strelitz.
- Somersfeld Johann, 1883, ledig, Berlin.
- Stöben-Sprung Richard, 1881, verh., Zondorf-Lohse (Preußen).
- Tharun Wilm., 1888, ledig, Fürstenthal (Preußen).
- Wlodargetz Franz, 1881, ledig, Berlin.
- Woitas, Johann, 1892, geschieden, Berlin.
- Wude Erich, 1887, ledig, Berlin.
- Zobel Paul, 1887, ledig, Berlin.

Obgleich die meisten dieser Helden über Berlin nach Zürich gingen, zeigen schon ihre Namen, daß sie aus wirtschaftlich rückständigen Gegenden stammen. Immerhin hat die Liste wohl für die Berliner Tischler besonderes Interesse, da zu erwarten steht, daß die Herrschaften nach vollbrachter Tat nach hier zurückkehren und man es den Tischlern nicht verdenken kann, wenn sie darüber unterrichtet sein wollen, wessen sie sich unter Umständen von solchen „Kollegen“ zu verwahren haben.

Berlin und Umgegend.

Dividende, Lantienem und Arbeitslohn.

Die am Sonnabend abgehaltene Aktionärsversammlung der Großen Berliner Straßenbahn hat dem Vorschlag der Direktion entsprechend beschlossen, daß für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 8 1/2 Proz. gezahlt wird. Der Aufsichtsrat, der aus 14 Mitgliedern besteht, erhält eine Lantienne von 271 200 M., das macht für jeden fast 28 000 M. An die Direktion und an Beamte werden 496 173 M. Lantienne bezahlt. Davon bekommen die 5 Direktoren natürlich den Löwenanteil, während die Beamten, soweit sie überhaupt an der Lantienne beteiligt sind, Beträge erhalten, die man richtiger als Trinkgelder bezeichnen könnte. Berechnet man den Durchschnitt der Gehälter und Löhne, so kommt auf jede im Dienste der Straßenbahn beschäftigte Person ein Jahreseinkommen von 1023 M. Die meisten der Angestellten, und gerade die, welche die anstrengendste Arbeit im Betriebe zu leisten haben, erreichen diesen Durchschnitt nicht, denn in der Gesamtsumme der Gehälter und Löhne sind ja auch die zum Teil recht ansehnlichen Gehälter der höheren Beamten inbegriffen. Tatsache ist, daß immer noch ein Teil der im Dienste der Straßenbahn Beschäftigten mit Tagelöhnen von 3 M. abgepeißt werden, wobei natürlich nur die wirklichen Arbeitstage bezahlt werden.

Daß die Löhne der Fahrer, Schaffner und der sonstigen bei der Straßenbahn beschäftigten Arbeiter aufgebessert werden, davon wollen weder die Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder mit ihren seltenen Lantienem noch die Aktionäre etwas wissen. Wie alljährlich, so erjähnen auch diesmal in der Generalversammlung einige Angestellte des Transportarbeiterverbandes, die auf Grund einiger Aktien, welche der Verband besitzt, zur Teilnahme berechtigt sind. Rathmann vom Transportarbeiterverband vertrat die Interessen der Angestellten. Er richtete an die Direktion die Mahnung, für eine Verkürzung der Arbeitszeit des Fahrpersonals zu sorgen und beantragte, die Löhne des Personals zu erhöhen. Zu diesem Zweck beantragte er, nicht 8 1/2, sondern nur 7 1/2 Proz. Dividende auszugeben und die so erübrigte Summe für die Lohnerhöhung zu verwenden. Oder, falls dieser Antrag nicht angenommen werde, solle die Dividende auf 8 Proz. und die Lantienem der Direktion und des Aufsichtsrats auf die Hälfte herabgesetzt werden und die so ersparten Gelder auf die Löhne des Personals verwendet werden. Die Lantienem dieser Herren würden dann immer noch zehnmal so hoch sein wie das durchschnittliche Einkommen des Personals. Bei Annahme eines dieser Anträge würde immerhin nur eine Lohnerhöhung von jährlich 67 M. oder täglich 18 Pf. für jeden Angestellten herauskommen.

Rathmann predigte laubene Ohren. Man hörte ihn widerwillig an, machte hier und da höhnische Bemerkungen zu seinen Ausführungen und nahm schmunzelnd die Behauptung des Direktors Riede entgegen, welcher sagte, das Personal sei mit den Löhnen zufrieden. Wie nicht anders zu erwarten war, stimmten nur die „Aktionäre“ vom Transportarbeiterverband für die Anträge Rathmanns, während alle übrigen Teilnehmer der Generalversammlung dagegen stimmten und die Vorschläge der Direktion bezüglich der Verteilung des Gewinns annahm.

Nicht besser erging es den Anregungen Rathmanns in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, die für die Schaffner immer noch 10 1/2 Stunden beträgt. — Die Aktionäre bewilligten sich ihre 8 1/2 Proz. Dividende, der Direktion und dem Aufsichtsrat die hohen Lantienem und gingen heim in der Hoffnung, daß ihnen durch die Arbeit der Angestellten der Straßenbahn im nächsten Geschäftsjahre noch höhere Gewinne in die eigenen Taschen fließen möchten.

Deutsches Reich.

Der Abwehrstreik der Kohlenarbeiter in Kiel.

Am Donnerstag sind wieder 50 Streikbrecher angekommen, und zwar unter Führung des bekannten Streikbrecheragenten Müller aus Wandsbek mit dem Schnellzuge aus Hamburg. Die Personennagen, in denen diese nützlichen Elemente verbracht waren, wurden auf dem Personenbahnhof abgepackt und auf das Geleise am Kai geschoben, von wo aus die Arbeitswilligen auf das Streikbrecherdampfer „Birgo“ geschafft wurden. Auf diesem Schiff spottete die Zustände jeder Beschreibung. Wie von Arbeitswilligen, die sich den Streikenden angeschlossen haben, berichtet wird, ist die Waschlage so mangelhaft, daß sich viele der Arbeitswilligen tagelang nicht waschen haben. Ferner fehlt es an dem notwendigen Wasser zum Waschen der Gesichtsteile. Die Bettwäsche ist so schwarz wie die Kohlen, die Klosettverhältnisse lassen alles zu wünschen übrig. Auf den Dampfern, wo die Arbeitswilligen fesseln, ist für sie überhaupt keine Gelegenheit zur Verrichtung der Bedürfnisse, sie tun das einfach zwischen den Kohlen. Wie brauchbar die Arbeitswilligen sind, geht daraus hervor, daß die 33 Mann, die den Dampfer „Albert Jelos“ geleitet haben, nach Berechnung der Ausständigen unter Berücksichtigung der dafür aufgewendeten Zeit 1000 M. Lohn bekommen haben müssen. Die Ausständigen hätten für die 600 Tons Kohlen, die der Dampfer geladen hatte, 420 M. erhalten. Dabei muß dann noch berücksichtigt werden, daß die Arbeitswilligen auch noch verpflegt werden müssen. Als Vermittler von Streikbrechern betätigt sich der österreichische Konsul in Hamburg, der alle österreichischen Staatsangehörigen, die ihn um Unterstützung angehen, an die Streikbrecheragentur Müller in Wandsbek weist. Auch die Kieler Armenverwaltung hat ein Einsehen mit den notleidenden Kohlenimporteuren, sie weist arbeitsfähige Leute, die um Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit einkommen, an die Kohlenhändler, weil die Kohlenarbeiter auf den Kohlenflößen sich dem Streik angeschlossen haben. Die Kohlenhandelsgesellschaft sucht jetzt überall Kohlenarbeiter zum Aufladen der Kohlen auf die Wagen. Die Arbeiter allerorts werden ersucht, den Ladungen nicht zu folgen, selbst wenn sie noch so überbesprechend sind. Der Streik der Kohlenarbeiter dauert nach wie vor fort.

Die Sperre über die Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria ist, wie uns eine Privatdepesche aus Königsberg meldet, aufgehoben, da es zu einer Einigung gekommen ist.

Ausland.

Die Drucker in amerikanischen Zeitungsbetrieben haben in dem nationalen Schiedsgericht, welches in allen Streitigkeiten zwischen den Zeitungsbesitzern und dem Druckerpersonal die maßgebende Entscheidung fällt, einen Sieg errungen, der großen Jubel unter den Druckern hervorgerufen hat. Die Drucker verlangten eine größere Bedienungsmannschaft für die Maschinen und stellten unter Beweis, daß 40 Proz. aller Mitglieder der Union sich schon Verletzungen und sogar Verstümmelungen von Gliedern durch die unerhöhten steigenden Anforderungen bei der Arbeit zugezogen haben. Sie verlangten auch eine entsprechende Lohnerhöhung. Das Schiedsgericht kam nach Untersuchungen, die Monate währten, zu dem Urteil, daß der Lohn um 22 Proz. (das ist um 17,50 M.) pro Woche zu erhöhen sei, daß die Bedienungsmannschaften vermehrt werden müßten und daß der die Klage führenden Partei, den Druckern am „San Francisco Bulletin“, ein Betrag von 14 000 Dollar nachträglich ausbezahlt sei, da die Entscheidung des Schiedsgerichts mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Juli 1908 erfolgte. Das Schiedsgericht bestand aus einem Vertreter der vereinigten Zeitungsbesitzer, aus dem Präsidenten der Drucker-Union und einem von beiden Parteien gewählten Unparteiischen (das ist gewöhnlich irgend ein Bürger, der allgemeines großes Ansehen genießt).

Theater.

Leffingtheater. Griseida. Schauspiel von Werholt Hauptmann. Wie zu erwarten war, hat die alte Fabel, die in einer für unser heutiges Empfinden höchst anstößigen Weise die blinde Unterwürfigkeit der Frau verherrlicht, in Hauptmanns dramatischer Behandlung eine völlige Umprägung erhalten. Seine Griseida ist alles andere als eine schmeichele Dufserin. Wie ihr launenhaft-brutaler Mann — in Hauptmanns Darstellung ein eiserfäustiger Neuraftiker — der Mutter ihr Reuegeborenes nimmt und sie verläßt, bricht nach langer Zurückhaltung, in der gequälten Seele ein kernig-widerbäuertlicher Troh hervor. Nicht ihre Demut, die unter dem Scheine äußerster Enstrenkung fortglimmende Liebe führt die Weiden am Ende wieder zusammen. Die Durchführung ist ungleichmäßig. In den ersten Bildern fehlten manche Züge von frapperanter Eigenart, doch ließ der Eindruck im weiteren Verlaufe nach. Indes, das wundervolle Spiel Eise Lehmanns und Wassermanns, das in dem Schlussszenen des seligen Wiederfindens sich zur höchsten Höhe steigerte, überwand die wiederstrebenden Empfindungen, und entseffelte nach dem letzten Fallen des Vorhanges stürmischen Applaus. Hauptmann mußte wieder und wieder erscheinen. Auf Anlage und Struktur der seltsamen, von mannigfaltig sich kreuzenden Intentionen getragenen Dichtung wird noch ausführlicher eingegangen sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Von einer Lawine verschüttet.

Wilsch, 6. März. (B. T. V.) Auf der Eisenbahnstrecke Wilsch-Rosenbach ist gestern eine Schneelawine niedergegangen und hat zehn Arbeiter verschüttet; einer davon wurde getötet, vier wurden verletzt, die übrigen fünf konnten unverletzt ausgeschauelt werden.

Entbehrungslohn.

Breslau, 6. März. (B. T. V.) In der heutigen Aufsichtsrats-sitzung der Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau und Maschinenbauanstalt wurde beschlossen, der auf den 2. April einzuberufenden Generalversammlung reichliche Abschreibungen und die Verteilung einer Dividende von 22 Proz. vorzuschlagen.

Stockholm, 6. März. Der Schriftsteller Gustaf af Geijerham ist heute gestorben.

Heberschwemmung.

Sofia, 6. März. (B. T. V.) Aus dem Donaugebiete werden große Heberschwemmungen gemeldet. In den Bezirken Lutran und Silistra stehen mehrere Dörfer unter Wasser. Viele Häuser sind beschädigt, einzelne eingestürzt. Den Blättern zufolge sind mehrere Menschen umgekommen.

Reichstag.

221. Sitzung vom Sonnabend, den 6. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsische: Kraetke.

Die zweite Beratung des Postetats wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Abg. Jubel (Soz.):

Die skandalösen Vorgänge in Kiel, die Unterschleife bei der Marine, hätten die Postbehörde veranlassen sollen, ihre Submissionsbedingungen beim Verkauf von Altmaterial zu ändern. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Das Altmaterial der Post wird an zehn bis elf Firmen verkauft, an einen ganz kleinen Kreis von Submittenten in Berlin, von denen manche nicht einmal selbständige Käufer sind, sondern in fremdem Auftrag kaufen. In, es wird sogar behauptet, daß einer dieser Submittenten 150 M. für einen Beamten zahlt! Die Eisenbahnbehörde verfährt nach verständigeren Grundsätzen. Die Postbehörde kann hier nicht als musterhaftes, sondern nur als abschreckendes Beispiel gelten.

Im vorigen Jahre hat mein Parteigenosse Singer schon darauf hingewiesen, daß auf Anregung des Reichstags die Geldbestellung des Sonntags aufgehoben ist; eine Verringerung der Arbeit ist für die Geldbriefträger damit nicht verbunden, weil sie ja Montags dadurch die doppelte Arbeit haben. Aber da jeder Briefträger jeden dritten Sonntag frei hat, werden nunmehr die Geldbriefträger am Sonntag zur Vertretung der anderen Briefträger herangezogen, und zwar ohne Entschädigung! Das hat der Reichstag nicht gewollt. Die Geldbriefträger setzen ihre Hoffnung, daß Wandel geschaffen wird, auf den Reichstag. Aber die Postverwaltung denkt in ihrer Sparjamkeit gar nicht daran, die notwendigen Hilfsbeamten zur Vertretung der Beamten, die einen freien Tag haben, einzustellen.

Die gehobenen Stellen der Unterbeamten sollen nur mit solchen besetzt werden, die eine Prüfung hierfür bestanden haben. Da glauben die Unterbeamten, daß nunmehr die Schikanierungen aufhören würden. Aber nach einer Verfügung vom 27. Januar 1908 gibt die Prüfung kein Anrecht auf Beförderung. Nach wie vor wird also keiner befördert, der nicht vom Vorgesetzten empfohlen wird; die Schikane blüht daher noch wie vor. Bei der Prüfung selbst wird gar nicht darauf Rücksicht genommen, daß die Unterbeamten aus den schlechtesten Schulverhältnissen gekommen sind. Man legt Fragen aus der Zinsrechnung vor, man verlangt, daß sämtliche, auch die kleinsten Rechner genannt werden. Die Fragen über den Scherkerlehr hat man wieder fallen lassen, weil man sich überzeugt hat, daß selbst höhere Postbeamte hierüber nicht Bescheid wissen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Postverwaltung sollte Unterrichtskurse einrichten, um den mangelhaften Schulkenntnissen der Unterbeamten nachzuhelfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Postamt 68 haben manche Beamte sehr viel freie Zeit; Mangel an Beamten ist dort nicht vorhanden. Dort ist der Postassistent Scherer; der hat an alle Unterbeamten die herrliche Literatur verteilt, die ich hier auf den Tisch des Hauses niederlege. Außerdem hält er an verschiedenen Tagen der Woche in verschiedenen Stadtteilen

Predigtabelle

ab und bekommt mehrmals einen halben Vormittag sowie einen halben Nachmittag, um sich auf diese Predigten vorzubereiten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre bekam er vier Wochen Urlaub, um am heiligen Grabe in Jerusalem beten zu können.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das alles würde uns ja nichts angehen, wenn Herr Scherer das in seiner dienstfreien Zeit täte. Aber wie kommt der Postdirektor Wegner dazu, Herrn Scherer hierzu dienstfrei zu lassen? Auch Traktanden verteilt Herr Scherer an die Unterbeamten, die dafür je 5 Pf. bezahlen müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Predigtamtassistenten des Herrn Scherer müssen eingeschränkt werden, oder der Herr mag seinen Platz einem anderen Beamten abtreten, der seine Dienstzeit auch mit der Einbringung des Dienstes ausfüllt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man dienstfreie Vor- und Nachmittage gewähren will, so geschehe es, um die mangelhaften Schulkenntnisse der Unterbeamten zu verbessern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch über

die Vertrauensärzte

Klagen die Unterbeamten, und zwar nicht nur auf dem Postamt 68. Gegen die erkrankten Beamten betragen sich die Vertrauensärzte nicht so, wie es verlangt werden muß. Klage geführt wird besonders über einen Vertrauensarzt

Dr. Jacobi, der schwer erkrankte Leute einfach gesund schreibt! So hat er z. B. zwei auf dem Postamt 68 beschäftigte Beamte gesund geschrieben, die einfach nicht imstande waren, ihre Arbeit zu tun und dies durch ein Zeugnis der königlichen Charité beweisen konnten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueberhaupt kann man dem dortigen Postdirektor Wegner kein Lobermah von Humanität nachsagen. Als ein Beamter sich als nervenkrank meldete, machte er eine spöttische Bemerkung. Der Mann hat Dienst tun müssen, erkrankte dann bedenklich und ist nach zehnwöchentlichem Krankenlager gestorben. (Hört! hört!) Der Postdirektor Wegner besucht auch wohl erkrankte Unterbeamte. Das scheint ein schöner Zug von Humanität, wenn der Herr Direktor seinen Forschungseifer nur nicht sehr weit treibe: Einmal hob er die Bettdecke auf und als er das Bett laß fand, machte er dem betreffenden Kranken den Vorwurf der Verstellung! Ein Unterbeamter des Postamts 68 ist derart schikaniert worden, daß er sich die ungeratete Behandlung zu Herzen nahm, in eine schwere Krankheit verfiel und starb. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am Grabe des Verstorbenen scheint dann dem Postdirektor Wegner das Gewissen geschlagen zu haben; er sagte: „Das war mein bester Beamter“. (Hört! hört!) Als die Oberpostdirektion im Dienst einliefen, hieß es: „Die Oberpostdirektion scheint nicht die nötige Arbeitslust zu haben“. Auf dem Postamt 68 fehlt es völlig an Sitzgelegenheiten für die Unterbeamten, wenn sie ihr Frühstück oder Abendbrot einnehmen wollen. Ferner wird über Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Neujahrsgratifikationen geklagt: eine Klasse, die übrigens auch auf anderen Postämtern erhoben wird. Man schiebt, um die Arbeitszeit der Assistenten zu verkürzen, den Unterbeamten Arbeiten zu, die die Assistenten zu verrichten haben. Im vorigen Jahre fand hier in Berlin eine Konferenz der Oberpostdirektion statt. Die Teilnehmer der Konferenz besuchten u. a. das Postamt 68. In Erwartung dieses Besuches, der sich wegen irgend eines Frühstücks oder Dinners der Herren Oberpostdirektoren um Stunden verschob (Hört! hört! Sehr gut und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), wurde die Abfertigung der Drucksaften und Pakete einfach aufgehoben! Die Sendungen häuften sich unheimlich an, so daß es auch den Besuchern auffiel. Nachher hatten die Unterbeamten natürlich doppelt zu schaffen.

Keine Klagen erlösen auch beim Postamt 11. Auch der dortige Direktor ist stets bei der Hand, alle verdiente Unterbeamte von tadelloser Führung, wenn sie sich krank melden, der Verstellung zu beschuldigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Beim Postamt am Potsdamer Bahnhof ist die Packkammer in wenig erbaulichem Zustande; man hat es bisher nicht für nötig befunden, den Boden mit Linoleum zu belegen. Die Abfertigung der Pakete ist sehr schlecht geregelt, wodurch die Arbeitszeit der Unterbeamten verlängert wird.

Wozu werden nicht alles

die Postkassen

benutzt! Als Prinz August nach seiner Verheiratung in Berlin einzog, wurden 40 Postkassen während eines dienstfreien Nachmittags

gezwungen,

das schöne Lied einzulassen: „Wir winden Dir den Jungfernkranz“. (Stürmische Heiterkeit.) Ueberhaupt ist die Kunst weit verbreitet, die Postkassen an ihren wenigen dienstfreien Tagen irgendwie privatim zu beschäftigen. (Hört! hört!) Auch die Postkassen klagen über die Art der Verteilung der Weihnachtsgratifikationen: es wird ganz nach Gutmütigkeit verfahren, dabei werden junge Leute berücksichtigt, alte Leute, die Frau und Kinder haben, werden übergangen.

Am Sonntagnachmittag traf ich einen Unterbeamten in voller Uniform Dienst tun. Auf meine verwunderte Frage, ob denn am Sonntag Briefe bestellt würden, antwortete er, es handele sich nicht um Briefe, sondern um

Einsparungen zur Kirchenwahl,

die ihm vom Herrn Pastor Arch übergeben seien! (Hört! hört!) Es ist das ein unerhörter Mißbrauch von Beamten zu kirchlichen Zwecken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die oldenburgische Oberpostdirektion hat eine Verfügung erlassen, die Unterbeamten, denen eine Zeitung frei-Exemplare versprochen hatte, damit sie bei der Briefbefreiung die Exemplare fragen, ob sie auf die Zeitung abonniert seien, sollten diese Zustimmung zurückweisen. Man möge sich diese Verfügung auch in Berlin zum Muster nehmen und die Postbeamten nicht mit solchen kirchlichen Diensten behelligen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber

die Postfreiheit der Landesfürsten

ist hier schon wiederholt gesprochen, und trasse Fälle von Mißbrauch

großartiger Feste gefeiert. Nun war Blandards Ruhm gemacht; der König von England ließ ihn sich vorstellen, schenkte ihm 200 Tausend Bar und gemächte ihm ein gleich hohes Lebenslangliches Gehalt. Ende August 1785 machte Blandard die längste Luftreise, die bis dahin gewagt worden war, er fuhr nämlich nicht weniger als 480 Kilometer. Und nun begannen seine Tourneen durch aller Herren Länder, bei denen ihm eine gewaltige Reklame vorausging und große Einnahmequellen sich eröffneten. Bis nach Amerika dehnte er seine Reisen aus, die ihm begeisterte Kundigen und viele Millionen einbrachten. Freilich verminderte er auch seine tiefen Einnahmen wieder, so daß er schließlich arm gestorben ist. Auch Deutschland sollte von dem Ruhm des großen Blandard wieder. Goethe interessierte sich für diesen berühmtesten Aeronauten. In Berlin und auch sonst wurde Blandard mit fürstlichen Ehrungen aufgenommen. Sehr hübsch geschilbert sind der Jubel und die Begrüßung, die er fand, in einem Flugblatt, das seine am 12. November 1787 in Nürnberg unternommene Luftreise ausführlich beschreibt und von Gajus Freitag in den Bildern aus deutscher Vergangenheit veröffentlicht worden ist. Ganz Nürnberg befand sich in einem Nausch, an die hunderttausend Menschen sahen dem „herrlichen Schauspiel“ zu, und zuletzt wurden Blandard die Pferde ausgespannt und bis spät in die Nacht ihm unaufhörlich zugejubelt.

Theater.

Charlottenburger Schillertheater: „Die Koclinger“, Trauerspiel von Ernst von Wildenbruch. Mit den Karolingern errang der jüngst verstorbene und in den Nachrufen der Presse plötzlich wieder hochgeehrte Wildenbruch im Jahre 1881 seinen ersten großen Erfolg. Nach wuchs sein Ruhm, bis dann gegen Ausgang des Jahrzehnts die modern-naturalistische Richtung, die mit der Gründung der freien Bühne endgültig zur Herrschaft zu gelangen schien, ihn aus der Schöpfung der öffentlichen Meinung verdrängte. Er galt den damals Jungen als Typus des zu bekämpfenden, von den Broden einer längst gestorbenen Diktatur sich nähernden Epigonenstums. Der übertriebene Verwunderung stellte sich übertriebene Feindseligkeit gegenüber. Heute, wo nach einer kurzen Wüstenzeit die Hoffnungen auf eine neue Lebensart so viel Enttäuschungen erfahren haben, wo die Dichter, der schwereren ihnen von Naturalismus gestellten Aufgaben müde, auf alle möglichen früheren Stilmomente und Stoffe zurückgreifen, kann Wildenbruch gewiß nicht mehr als speziell repräsentativer Typus in jenem Sinne gelten. Jene edel erhabene Langeweile, die den nach Shakespeareschen und Schillerschen Mustern geformten Schau- und Konversationsstücken der Epigonen anzuhaften pflegte, gehört jedenfalls nicht zu den Requiriten der Wildenbruchschen Dramatik. Seine Stücke vermitteln nicht einen Gedanken und Gesühls nachwirkend anregenden Gehalt, aber er versteht — das zeigte wieder diese Aufführung — in resolutem Zugreifen und mit robusten Mitteln Spannung zu

find vorgebracht worden. Die Freisinnigen haben eine Resolution darüber eingebracht, die uns nicht genügt. Wir hätten gewünscht, daß die Postfreiheit der Landesfürsten überhaupt aufgehoben wird (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), während die freisinnige Resolution sie für die Vorforderungen der Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen bestehen lassen will. Wenn die völlige Beseitigung der landesfürstlichen Postfreiheit nicht zu erlangen ist, so werden wir für diese Resolution wenigstens stimmen. Aber nicht nur mit der landesfürstlichen Postfreiheit wird Mißbrauch getrieben. In der „Deutschen Volkszeitung“ in Hannover wird berichtet, daß auch ein Landrat seine dienstliche Postfreiheit im Dienste einer Partei ausnützt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hätte allen Anlaß, diesen Fall zu untersuchen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ding (Rp.): Ich will dem Redner nicht auf die vielen Gebiete folgen, die er berührt hat. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Gegensatz zu unserem ersten Fraktionsredner zu diesem Etat (Abg. Schmidt-Altenburg) habe ich zu erklären, daß wir der vorgeschlagenen Neuordnung der Telephongebühren nicht zustimmen können. (Lebhafte Hört! hört!) Wir erkennen mit der Regierung und den anderen Parteien die Reformbedürftigkeit des jetzigen Zustandes an, wir müssen aber die Vorlage in der Regierungsfassung als unbillige Benachteiligung der größeren und mittleren Städte bezeichnen. (Sehr richtig! links.) Natürlich gehe ich nicht so weit, die Vorlage als eine agrarische zu bezeichnen oder nach Vorgang des Kollegen Singer eine Attade gegen die angeblich nimmerfaulen Agrarier zu reiten. Wohl aber stimme ich meinem Freunde Arendt bei, der in einem Aufsatz ausgeführt hat, daß nur die großen Gutsbesitzer aus den städtischen Telephonleitungen die vollwirtschaftlich notwendige, aber wenig rentable Ausdehnung des Fernsprechnetzes auf das flache Land ermöglichen. Es wird sich wieder zeigen, daß man Handel und Verkehr nicht ungestraft belasten kann. (Sehr richtig! links.) Indessen halten wir eine Verständigung nicht für ausgeschlossen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Kraetke: Herr Jubel hat zwei Berliner Postdirektoren, namentlich Herrn Wegner vom Postamt 68 sowie mehrere Vertrauensärzte aufs härteste angegriffen. Herr Wegner ist ein tüchtiger, fleißiger, humaner Beamter. Ich protestiere gegen die Ausführungen, ich möchte sagen Beleidigungen, die der Abg. Jubel vorgebracht hat. Er hätte besser getan, die Beschwerden der Reichspostverwaltung mitzuteilen, statt sie hier vorzutragen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.) erklärt sich namens einer Minderheit der Konventionen mit der neuen Telephongebührenordnung nicht einverstanden.

Abg. Kopfs (rs. Rp.): Am Stichworte in Algen-Wingen wurde im Orte Steinbodenheim eine größere Anzahl Depeschen, sämtlich desselben Inhalts, daß das nationalliberale Wahlkomitee Algen auffordert, nicht Herrn Korrell, sondern Herrn Uebel zu wählen, an Telegraphenstationen angeheftet. Die Depesche ist auf amtlichen Formularen vervielfältigt. Wir ist die Auskunft geworden, daß eine amtliche Vervielfältigung für 40 Pf. pro Exemplar stattfinden kann. Aber diese hier gezeichnete Vervielfältigung ist jedenfalls zu mißbilligen, und es wäre mir lieb, wenn der Staatssekretär mir sagen könnte, daß hier ein Versehen vorliegt, für welches die Schuld nicht die Postverwaltung oder einen Postbeamten trifft. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Kraetke: Von Depeschen kann der Empfänger oder der Absender amtliche Abschriften in unbegrenzter Zahl verlangen. Zu weiterer Auskunft bin ich nicht berechtigt, solche kann nur der Absender oder Empfänger des betreffenden Telegramms verlangen.

Abg. Hamecher (Z.): Herr Jubel ist ein Postbeamter in Berlin unangenehm aufgefallen, weil er in seiner dienstfreien Zeit religiöse Übungen veranstaltet. Was der Beamte in seiner freien Zeit tut ist ganz allein seine Sache. Daß ihm Dienstleistungen hierzu gewährt sind, kann ich nicht annehmen. Einverstanden bin ich mit Herrn Jubel, daß eine sachliche Ausbildung der Postunterbeamten sehr zweckmäßig wäre und daß die Postverwaltung sachliche Unterrichtskurse einrichten sollte. Zum Schluß bittet der Redner, daß jedem Beamten von Entlohnungen in die Personalakten Kenntnis gegeben wird. Eine entsprechende Resolution wird vom Zentrum beantragt werden. Selbst bei Disziplinarverfahren hat heute der Beamte kein Recht auf Einsicht in seine Personalakten und geht dadurch des Rechts der Verteidigung verlustig. Die Verberlichkeit des Geheimhaltens der Personalakten hat sich auch in der allerneuesten Zeit bei dem Prozeß des Marinekapitän Berger gezeigt. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Gortzein (rs. Rp.): Der vom Vorredner angeforderten und empfohlenen Resolution werden meine Freunde zustimmen. Auch

erzeugen. Ein stotter Draufgänger, durch keine Ideen-Überfracht, keinen Ehrgeiz philosophischer Vertiefung und keine Stempelbeschwert, bildet den gegebenen Stoff zu einem rhythmisch bewegten und an Kontrasten reichen Fluß der Szenen. Namentlich die erste Hälfte des Dramas bot überraschende Proben eines treffsicher auf die Bühnenwirkung losgehenden Instinkts. Die drei Enkel Karls des Großen, die an dem Hof ihres Vaters, des „frommen“ Ludwig, um die Erbschaft des mächtigen Reiches badern, der greise König, seine ehrgeizige Gemahlin, der läse tapferer Graf von Barcelona haben sich, so sprach die Choralleristik, dennoch einträchtiglich vereinigt. Freilich, und das ist ebenso bezeichnend, jeder Anlaß zu einer intimen Seelenverbindung des jüngsten Kaiserjünglings, den der Graf zum Mittel seiner bedrohlichen Pläne machen will, und der dann schauernd die blutbesetzte Kaiserkrone zurückerst, fehlt, obwohl der zweite Teil des Stückes eine solche verlangt haben würde. Dies Reiner, das für andere Poeten bei einem solchen Stoff das Todendickste gewesen wäre, reizt den auf das geräuschvoll Primitiv eingestellten Sinn nicht.

Aus der mit großer Sorgfalt vorbereiteten und teilweise sehr wohl gelungenen Aufführung verdient in erster Reihe Pächler's kraftvoll geschmeidiger Graf von Barcelona Anerkennung, sodann der König Wirths und Pategg's Hofkapell. Auch die drei Königs-söhne waren gut besetzt. Trefflich ausgeführte Dekorationen gaben den Szenen ein stimmungsvolles Relief.

Notizen.

— Strauß-Akademiker. Richard Strauß, der sensationellste Musiker der „Zeitzeit“ ist unheimlich schnell verlehmt worden. Die verpönte preussische Akademie hat ihn jetzt sogar schon zum Mitgliede gemacht, nachdem sie sich jahrelang gegen ihn gestäubt hatte. Welche Nachtaktoren dabei mitgespielt haben, daß der königliche Generalmusikdirektor akademischfähig wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Ob Wilhelm II. gegen alles Herkommen dabei nicht um seine Meinung gefragt worden, wor weiß das? Behauptet wird es. — Wobhafte Menschen behaupten demweil, daß die Dauer des Ruhmes im umgekehrten Verhältnis zur Schneelligkeit seines Erwerbes steht.

Trotzlich ist aber andererseits der Gedanke, daß jemand ein guter Musiker sein kann, obwohl er in die Akademie aufgenommen wird.

— Wilhelm Busch in der Nationalgalerie. Aus dem Nachlaß von Busch wurden für die Nationalgalerie eine Del-Studie „Der Widerspenstige“ und eine Reihe von Zeichnungen, darunter 45 zu Hans Gudebein erworben.

— Das Ende vom Lied. Angelo Janis Reichstags-schreiber werden nach Vornahme einiger Änderungen durch ihn selbst definitiv in einem anderen Raum des Reichstages untergebracht werden.

Kleines Feuilleton.

Ein Pioneer der Luftschiffahrt. Am 7. März 1809 verunglückte bei einem Ausflug mit seinem Luftballon J. B. Blanchard und kam ums Leben. So hatte ihn doch der Tod ereilt, dem er so viele Male getrotzt, in jenem unsicheren Gebiet der Luft, das er erobert zu haben wähnte, als dessen König und Herrscher er sich in seinen Proklamationen stolz bezeichnete. Blanchard gehörte zu jenen Abenteurern und Spekulanten großen Stils, die sich den jungen Ruhm einer Erfindung rasch zu nütze machen, doch dabei auch zur Ausbreitung der Wissenschaft beitragen. Er war von Beruf Mechaniker gewesen, hatte sich früh mit dem Problem des Luftballons beschäftigt, war aber bei einer mangelhaften wissenschaftlichen Bildung nur auf kariose Ideen verfallen und hatte erst nach der Erfindung Montgolfiers einen Flugapparat konstruiert, mit dem er am 2. März 1784 in Paris einen Versuch unternahm. Einige Proben glückten, er wurde aber dann aus Paris ausgewiesen. Am 18. Juli unternahm er eine neue glückliche wolkende Fahrt, bei der besonders sein Sentapparat, vier Ruderflügel und das Steuerrohr an der Gondel, ausgezeichnet funktionierten haben sollen. Doch nimmt man an, daß dieser Rudermechanismus von ihm nur zur Reklame angebracht war und den Piloten nicht zu lenken vermochte. Desto fähiger und waghalsiger waren seine Versuche, die er in England wieder aufnahm und auf immer weitere Etappen ausdehnte.

Nach mehreren Flügen sagte er den kühnen Entschluß, eine Fahrt mit dem Luftballon über den Kanal von Dover bis Calais zu machen. Ein amerikanischer Gelehrter Dr. Jeffries, der sein begeisterter Verehrer war, begleitete ihn. Am 7. Januar 1785 begann bei günstigem Wetter um 1 Uhr die Fahrt; sie stiegen bei langsamem Vorwärtkommen allmählich empor, ruhigen aber, da der Ballon sich lenkte, bald ihren ganzen Ballast auswerfen und bei immer öfter sich wiederholendem Fallen schließlich alles Entbehrliche nach und nach über Bord werfen. Um 1/2 Uhr hatten sie drei Viertel der Reise hinter sich und erblickten am Horizont die französische Küste. Aber nun schrumpfte die Ballonhülle immer mehr zusammen; die Ruderflügel nützten nichts, sondern Blanchard warf vielmehr ein Stück nach dem anderen von diesem Bewegungsapparat ins Meer. Schließlich warfen die Luftschiffer, um nicht ins Meer zu jürgen auch ihre Oberkleider über Bord, und als schließlich keine andere Rettung mehr möglich schien, lot sich Jeffries als Opfer an; er wollte ins Meer hinabspringen, um den großen Blanchard zu retten. Blanchard aber dachte schon daran, die Gondel loszuscheiden und sich mit Jeffries im Reichwerk des Ballons zu halten, als ein plötzlicher Antrieß sie emportrieb und schneller der Küste zuführte. Genau um 8 Uhr kamen sie auf sches Land und ließen sich im Walde von Guines nieder. In Calais wurden sie beinahe gütlich berecht und mit einer Reihe

In Oesterreich hat jeder Beamte Einsicht in seine Personalakten. Der Herr Staatssekretär hat gestern meinem Freund Straube gesagt, er könne von der Nichtigkeit seiner Beschwerden nicht überzeugt sein. Nachher sagte er, er sei sich dessen nicht bewusst gewesen. Es wäre aber sehr wünschenswert, daß ein Staatssekretär sich dessen bewusst ist, was er sagt. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Aber auch abgesehen davon war die ganze Art der Antwort des Staatssekretärs so wenig sachlich und so persönlich vornehm, (Lebhaftes sehr richtig! bei den Freisinnigen) daß wir als Abgeordnete — abgesehen von jeder Parteistellung — Verwundung haben, dagegen Verwahrung einzulegen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Der Staatssekretär sagte Herrn Straube mit Bezug auf die von ihm vorgebrachten Beschwerden, er verstehe das nicht und sollte sich davon fernhalten. Derartige Belehrungen brauchen wir nicht. (Zustimmung links.) Wir haben hier Beschwerden vorzubringen, die uns glaubhaft mitgeteilt werden. Wir können nicht jede Beschwerde auf ihre Wahrheit untersuchen, aber wir haben hier Kritik zu üben und keineswegs den Mund zu halten. Sonst könnten wir den Etat einfach im ganzen annehmen. (Sehr richtig! links.) Aus den Worten des Staatssekretärs klang für den Reichstag das Prinzip heraus: Zahlen und Schweigen! Vielleicht ist er sich dessen nicht bewußt. (Heiterkeit.) Die Energie, die der Staatssekretär den Abgeordneten gegenüber anwandte, sollte er dem Postdirektor in Kiel gegenüber anwenden, dessen Nachfolge, ob die Beamten gewählt haben, keineswegs harmlos war. Diesem Postdirektor sollte der Staatssekretär sagen: „Was Deines Amtes nicht ist, da laß Deinen Platz!“ (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Kravitz: Schon gestern habe ich erklärt, daß in freier Rede leicht einmal ein Wort gebraucht werden kann, das man nachher bedauert. Ein Angriff ist aber nicht vom Bundesratstätlich aus erfolgt, sondern vom Abg. Straube, welcher sagte, die Reichspostverwaltung hätte willkürlich zusammengegrägtes Material, das falsch wäre, dem Hause in der Denkschrift vorgelegt. Dagegen habe ich protestiert. Weiter sagte Herr Straube, der Chef der Reichspostverwaltung hätte kein Wohlwollen für die Beamten. Und da sage ich noch einmal, daß versteht der Abgeordnete nicht. (Bravo! rechts.)

Abg. Eichhoff (fr. Bg.) bittet, daß bei Verlusten von Postsendungen die in Betracht kommenden Firmen so rasch wie möglich benachrichtigt werden.

Direktor im Reichspostamt Kobelt gibt die Berechtigung dieses Wunsch zu.

Abg. Gotthein (fr. Bg.): Es ist Herrn Straube gar nicht eingefallen zu sagen, daß die Denkschrift willkürlich zusammengestellt sei. Der Herr Staatssekretär hat durch die Wiederholung seiner brüskalen Antwort seine Position nicht verbessert.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Die Fernspreckgebührenordnung wird an die Budgetkommission verwiesen.

Beim Titel „Geheime eggebierende Sekretäre und Kalkulatoren und so weiter“ bittet

Abg. Erzberger (B.), der Staatssekretär möge dafür sorgen, daß die Bureaubeamten nicht durchschnittlich 6, sondern 8 Stunden arbeiten.

Staatssekretär Kravitz: Das geht nicht; es handelt sich bei den Herren um geistige Arbeit, die nicht bloß im Bureau, sondern auch zu Hause geleistet wird.

Der Titel wird bewilligt; debattelos wird eine Reihe weiterer Titel bewilligt.

Beim Titel „Oberpostinspektoren“ beantragt

Abg. Wed-Gelberberg (natl.) die Wiederherstellung der vier von der Kommission gestrichenen Oberpostinspektoren.

Abg. Erzberger (B.) verteidigt den einstimmig gefaßten (Hört! hört!) Kommissionsbeschluss und bedauert, daß gerade der Berichterstatter, Abg. Wed, allerdings in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, die Umwertung des Kommissionsbeschlusses beantragte. (Sehr richtig!) Auf keinen Fall dürfte die Abstimmung bei dem schlecht belehten Hause vorgenommen werden.

Die Abstimmung wird verschoben.

Von den Vorsehern I. Klasse hat die Kommission 7 gestrichen.

Ein konservativ-nationalliberaler Antrag beantragt auch hier Wiederherstellung.

Abg. Erzberger (B.) bekämpft diesen Antrag und bittet, auch hierüber die Abstimmung auszusparen, zumal da er sich event. vorbehalten müsse, namentlich die Abstimmung zu beantragen.

Abg. Wed-Gelberberg (natl.), der erst — als Berichterstatter — den Abstrichantrag der Kommission verteidigt hat, verteidigt nunmehr — als Abgeordneter — den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Emmel (Soz.):

Beim nächsten Titel hat die Budgetkommission die Zahl der Post- und Telegrapheninspektoren und die der Vorsteher von Postämtern II. Klasse vermehrt, weil eben bei diesem Titel hier eine Anzahl von Vorsehern I. Klasse gestrichen wird. Stellen wir hier die Regierungsvorlage her und nehmen beim nächsten Titel den Antrag der Budgetkommission an, so bewilligen wir noch mehr, als die Regierung verlangt; das ist doch sicher nicht die Absicht des Reichstages. Ich bitte, die Beratung über beide Titel zu verbinden.

Abg. Wed (natl.): Die Erhöhung der Beamtenzahl beim nächsten Titel entspricht der Streichung von 12 Vizeinspektoren in diesem Titel, deren Wiederherstellung nicht beantragt ist.

Abg. Erzberger (B.): Der Abgeordnete hat vollkommen recht. Eigentlich ist, daß ein Abgeordneter meiner Partei aus dem Reichspostamt einen Brief erhalten hat, der Abg. Wed werde die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragen, das Zentrum möge dafür stimmen. (Hört! hört!) In der Kommission tritt Herr Wed mit uns für Streichung von Beamten erster Klasse ein, hier für Vermehrung. Das ist doch nicht logisch. (Abg. Lebebour (Soz.): Es ist nationalliberal. Große Heiterkeit.)

Abg. Emmel (Soz.): Nachdem der Abg. Wed seinen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage begründet hatte, hätte der Berichterstatter Wed darauf hinweisen müssen, daß sein Antrag die erwähnte Konsequenz beim nächsten Titel hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wed (natl.): Herr Emmel hätte nur abwarten brauchen, bis wir zum nächsten Titel kamen.

Abg. Lebebour (Soz.):

Herr Wed ist im Unrecht. Der Herr Präsident hatte schon vorher mitgeteilt, daß keine Änderungsanträge mehr vorliegen. Herr Wed hat also offenbar einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit solcher Hast und solchem patriotischen Eifer unternommen, daß er die Konsequenz beim nächsten Titel gar nicht gemerkt hatte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abstimmung über beide Titel wird ausgesetzt.

Eine Reihe weiterer Titel wird debattelos bewilligt. Darauf verlagert sich das Haus auf Montag 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung, dann zweite Beratung des Weingehes.)

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung, Sonnabend, den 6. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“.

Abg. Walfenw (kon.): Zur Beurteilung unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage hat die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ einen Artikel von Calmer wiedergegeben, der von sehr erheblicher Bedeutung ist. Er weist darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht so ungünstig ist wie in England und Amerika und erklärt dies durch Abweichungen entweder in der

wirtschaftlichen Verfassung oder der Methode der privaten Wirtschaftsführung. In Amerika sei die soziale Rücksichtslosigkeit Trampf und veräußere die Besitztümer des wirtschaftlichen Rückschlages, in England aber hätten die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse darin ihren Grund, daß es an einem starken inneren, auf einer dreifachen Landwirtschaft basierenden Markt fehle. (Hört! hört! rechts.) Eine bessere Rechtfertigung unserer Wirtschaftspolitik können wir uns nicht wünschen. (Sehr wahr! rechts.) Die Belastung unserer Arbeitgeber durch die Sozialpolitik nimmt immer mehr zu. Ich erinnere an die geplante Witwen- und Waisenversorgung, an die Reform der Krankenversicherung, durch welche auch die Arbeitgeber ziemlich stark belastet werden sollen. Mit dieser fortgesetzten Belastung der Arbeitgeber muß endlich einmal Halt gemacht werden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Trimborn (B.): Von den düsteren Prophezeiungen über die angeblich schädliche Wirkung unserer Sozialpolitik auf die Industrie ist nichts eingetroffen, im Gegenteil, unsere Industrie ist erblüht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bei Gelegenheit der Arbeitslosenfrage habe ich behauptet, daß unsere wirtschaftliche Depression gemildert worden wäre durch unsere Schutzpolitik. Ich bin deswegen hier und im Reichstag, dort insbesondere auch von Herrn Kämpf, scharf angegriffen worden. Es wurde behauptet, daß der deutsche Export durch die Schutzpolitik wesentlich erschwert worden sei. Wichtig ist, daß die wirtschaftliche Depression auch ihren Ausdruck gefunden hat in den Zahlen der deutschen Ausfuhr. Einzelne Gruppen, wie z. B. Lederwaren, Bücher, Silber, Eisenwaren, weisen aber auch eine Erhöhung der Ausfuhr auf. (Hört! hört! im Zentrum.) Vor allem hätte die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1908 eine Mehrerzeugung von 80% Millionen Mark gegenüber 1907. (Hört! hört! rechts.) Die Gesamtausfuhr hat nur um 1,2% abgenommen. Eine Schädigung ganzer Industrien ist statistisch nicht zu beweisen. Dagegen beweist die Statistik, wie wertvoll unsere Handelsverträge auf Grund des Zolltarifs gerade 1908 für unsere Ausfuhr gewesen sind. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Schröder-Klaffel (natl.): Von der sogenannten Vereinfachung der Versicherungsgebung hat man eine Ersparnis erwartet und hat sogar schon daran gedacht, diese Ersparnisse zur Verabfolgung des Alters für den Weg der Altersrente zu verwenden. Ich glaube, daß diese Berechnungen trügerisch sind. Die Vereinfachung wird eher eine Vertenerung mit sich bringen. (Hört! hört!) Durch die Aufnahme der Witwen- und Waisenversicherung werden die Kosten der Invalidenversicherung durchschnittlich um 1% erhöht werden. Trotzdem halte ich es für notwendig, daß diese Versicherung, die den Schlüsselstein der sozialpolitischen Gesetzgebung bilden soll, durchgeführt wird.

Abg. Gaert (freikons.) klagt ebenfalls über starke Belastung des Mittelstandes und der kleinen Handwerker durch die soziale Gesetzgebung und über Zurücksetzung des Handwerks bei Versicherungen.

Abg. Dr. Grüger (freis. Bp.): Die Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung des inneren Marktes beschränkt niemand, aber unsere Industrie ist auch auf den Export angewiesen. (Sehr richtig! links.) Der ernsthafteste Sozialpolitiker treiben will, sollte nicht immer die Lasten anderen aufbürden wollen. (Zuruf rechts: Der Allgemeinheit!) Diese Allgemeinheit ist doch nichts anderes als die Schultern der breiten Massen, die dann mit neuen Steuern belastet werden müssen. Die Lage des Mittelstandes hat sich nach den Resultaten der neuen Berufszählung gebessert. Zurückgegangen sind nur die einzelnen Berufe, d. h. die Leute, die sich ohne Sachkenntnis und Betriebskapital in das Gewerbe hineingestürzt haben. Von einem Haltmachen in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. (Bravo! links.) Eine solche Forderung kann wohl nur im preußischen Abgeordnetenhaus erhoben werden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Korfants (Pole) führt Beschwerde darüber, daß polnische Handwerker von den Behörden und den Osmatzenvereinen boykottiert werden. Bei den Rechtsauskunftsstellen sollte dafür gesorgt werden, daß die Ankunft auch in polnischer Sprache erteilt werden kann. Das Vertrauen der polnischen Arbeiter zu den Gewerbeinspektoren ist immer mehr im Sinken begriffen, weil diese nicht polnisch verstehen. Redner kritisiert des Weiteren die zu geringen Bestrafungen der Arbeitgeber bei Verstößen gegen die Vorschriften der Arbeiterbeschützungsgebung und tritt für die Hinzuziehung von Arbeitern bei den Gewerbeinspektionen ein. Besonders schlimm sind die Zustände in den Weis- und Zinkhütten; dort wird jeder fünfte Arbeiter krank. (Hört! hört!) Daher ist auch die Hinzuziehung von unabhängigen Ärzten zur Gewerbeinspektion nötig. (Bravo! bei den Polen.)

Hierauf verlagert sich das Haus.

Abg. Walfenw (persönliche Bemerkung) stellt gegenüber dem

Abg. Grüger fest, daß er nicht ein Haltmachen in der Sozialpolitik, sondern in der Belastung der Arbeitgeber gefordert habe.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Wahlprüfungen, Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(Sitzung vom 6. März.)

Beim Titel „Militärärzte“

fragt Erzberger an, woher es komme, daß sich beim Militär ein großer Mangel an Assistenzärzten bemerkbar mache, während der Andrang zu den Krankenhäusern sehr stark sei. Der Kriegsminister weigert sich dafür keine Erklärung, er vermutet aber, daß Drang nach persönlicher Freiheit ein wesentlicher Grund für die jungen Ärzte sei, wenn sie die Privatpraxis dem Dienst beim Militär vorziehen. Auch der Generaloberarzt gab dieser Meinung Ausdruck, glaube aber, daß der Mangel an genügenden Assistenzärzten zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß wir zu den Expeditionen nach China und nach Südwestafrika eine erhebliche Anzahl Ärzte abgegeben haben, die nur zum Teil wieder in den Dienst zurückgekehrt seien. Von einer Seite wird noch darauf hingewiesen, daß dieser Mangel an Ärzten keine Benachteiligung für die erkrankten Mannschaften in sich schließe, weil die Zahl der Militärärzte in Verhältnis zu den Zivilärzten erheblich größer sei und für den Kriegsfall auch größer sein müsse.

Von den 206 Oberweberärzten sollen 15 und von 88 Unterweberärzten 5 wegfallen. Für die Personalvermehrung bei den Wehrkommandos werden verschiedene Stellen neu angefordert, weil die Geschäfte an Umfang zugenommen hätten. Die Kommission lehnte die Forderung mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, Ersparnisse zu machen, ab und trich die hierfür eingesezte Summe von 37 300 M.

Abg. Gotthein beklagt es, daß die Militärbüchsenmacher den privaten Konkurrenz machen. Der Kriegsminister wendet sich dagegen und weist darauf hin, daß, wenn man ihnen die Privatarbeit verbiete, auch eine Erhöhung der Besoldung eintreten müße, was eine neue Belastung des Etats bedeuten würde.

Für das Auswärtige Amt stellt die Militärverwaltung 32 Feldjäger und 3 Oberjäger zur Beförderung von Despatchläufern. Staatssekretär Schön hatte auf Vorschlag erklärt, daß diese Einrichtung allhergebracht, aber nicht unbedingt notwendig sei. Auf Grund dieser Mitteilung beantragte Erzberger diesen Posten. Nach längerer Debatte einigte man sich dahin, daß der Posten mit dem 1. Oktober dieses Jahres erlöschen soll, und Strich in Konsequenz dessen von dem geforderten Betrage von 31 088 M. die Hälfte.

Zu einer längeren Erörterung führte die Frage der Militärmusik.

Erzberger regt an, die Kapellen zu verkleinern, die Trommler gänzlich abzuschaffen. Der Kriegsminister und andere Regierungsdirektoren widersprechen, während der Abg. Liebert sich für Beseitigung der Landboure ausspricht: In der Schlacht seien die Musiker — wie schon im Wandel — geradezu ein

Hindernis! Für die Herabsetzung der Zahl der Musiker sprechen sich auch die Abg. Graf v. Oppersdorff, Gotthein, Kasse, während Semler und Graf Oriola auf die Seite des Kriegsministers treten. Angenommen wird eine Resolution Kopp-Singer, welche die Reichsregierung ersucht, auf eine Einschränkung der privaten Tätigkeit der Militärschüler hinzuwirken, und eine Resolution des Abg. Liebermann v. Sonnberg, welche verlangt, daß der Budgetkommission bis Dienstag ein Gutachten darüber erstattet werden soll, wie stark die Mindestzahl einer Musikkapelle sein müsse. Dienstag: Fortsetzung der Beratung.

Aus der Partei.

Der Entwurf des neuen Organisationsstatuts in den Organisationen. Eine am Freitagabend tagende Parteiverammlung des 4. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Neustadt) erklärte sich mit dem Entwurf des neuen Parteistatuts einverstanden. Genosse Reichel stellte einen Antrag in Aussicht, nach welchem die Reichstagsfraktion als solche nicht auf den Parteitagen vertreten sein soll.

Parteiliteratur.

Zentrum und Arbeiter. Die unter diesem Titel vor Jahren erschienene und seit einiger Zeit im Buchhandel vergriffene Broschüre ist jetzt wieder in neuer Bearbeitung erschienen. Die Haltung des Zentrums bei der Gewerbeordnungsfrage von 1908 ist bei den Textänderungen berücksichtigt. Das Einzelgenus der Broschüre kostet 10 Pf. Zur Massenverbreitung kann die Broschüre ohne Umzuschlag das Tausend zu 10 M. vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, bezogen werden.

Sozialistenfrage in Dresden.

Eine Freitag tagende Parteiverammlung des 4. sächs. Reichstagswahlkreises (Dresden-Neustadt) beschäftigte sich u. a. noch einmal mit der Sozialistenfrage. Genosse Linde stellte den Antrag, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen und den Vorstand zu beauftragen, in der Partei befindlichen Sozialisten den Ausschluß aus der Partei mitzuteilen. Dieser Antrag wurde mit 112 gegen 76 Stimmen angenommen. Genosse Händel bezeichnete den Beschluß als einen Skandal und als eine Abwärtung alter Parteigenossen.

Sozialdemokratische Abgeordnete Rußlands im Gefängnis.

Der sozialdemokratische Dumaabgeordnete Kossorotow, der wegen einer ihm angehängten „Auslieferung gegen die Staatsgewalt“ zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt und von den Mehrheitsparteien aus der Duma ausgeschlossen wurde, teilt der sozialdemokratischen Fraktion mit, welchen entscheidenden Entschreibungen er im Gefängnis ausgeübt ist. Er wurde direkt vom Krankenlager ins Gefängnis transportiert, wo er schlimmer wie die Kriminalgefangenen behandelt wird. Die Verpflegung und die Zelle sind entsetzlich. Bücher und Zeitungen werden ihm völlig entzogen. Selbst die stenographischen Dumaberichte werden ihm ungeduldet aller seiner Vorstellungen vorenthalten. Seine Lage dürfte sich in der nächsten Zeit noch verschlechtern, denn ihm wurde bereits die Ueberführung in ein anderes Gefängnis angekündigt.

Gemeindevahlerfolge der dänischen Sozialdemokraten.

Während die Stadtverordnetenwahlen für Kopenhagen auf den 12. März festgesetzt sind, haben die Stadt- und ländlichen Gemeindevahlergebnisse in der Provinz bereits am 1. März begonnen und bis Mitte dieses Monats müssen alle 72 Stadt- und 1200 Landgemeinden ihre Wahlen vollzogen haben. Es sind die ersten Wahlen nach Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts, Einführung des Proportionalstimmens sowie des Frauen- und Gemeindevahlrechts, die ersten Wahlen nach jener Gemeindevahlrechtsreform, die zwar einen großen Fortschritt in sich sah, andererseits aber auch so gestaltet ist, daß es der Sozialdemokratie möglichst schwer gemacht wird, die absolute Mehrheit in den Gemeinden zu erlangen und sie zum Wohle der Gesamtheit auszunutzen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist dementsprechend auch meist die Wahlparole aller bürgerlichen Parteien, die sich an verschiedenen Orten zusammengeschlossen haben, um unsere Genossen aus der Gemeindevertretung so viel als möglich fernzuhalten. Jedoch zeigen schon die bis jetzt vollzogenen Wahlen, daß das keineswegs gelingt, und daß die Sozialdemokratie nun auch in solchen Orten Wahlerfolge erzielt, wo das bisher nicht möglich war. So sind auf Seeland in dem kleinen Stationsort Haslev, einer festen Burg der Innern Mission, die hier auch den Wählern die Kandidatenliste der verbliebenen Reaktion präsentierte, 147 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, neben 141 radikalen und 483 Missionarstimmen, und unsere Genossen erhielten 2 Mandate, die Radikalen ebenfalls 2, die Missionarliste 7. In Raskow auf Seeland wurden 1207 Stimmen auf die sozialdemokratische Liste und 1321 auf die der Antisozialisten abgegeben, so daß von unseren Genossen 7, von der Reaktion 8 Vertreter gewählt sind. In Stern (Westsjælland), wo die Innere Mission ebenso dominiert wie in Haslev auf Seeland, ist zum erstenmal ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt worden neben 6 Missionaristen und 2 anderen Bürgerlichen. In Allinge auf Bornholm sind, wie vor zwei Jahren, 5 Sozialdemokraten gewählt, die Stimmengahl unserer Partei ist jedoch von 160 auf 298 gestiegen. Weitere Wahlerfolge unserer Genossen werden aus einer Reihe kleiner Vardorte gemeldet, aus rein bürgerlichen Gemeinden. Besonders bemerkenswert ist noch die Wahl in dem großen Dorfe Kærby bei Ringsted auf Seeland, das erste Dorf Dänemarks, das eine sozialdemokratische Gemeinde Mehrheit erhalten hat. Dort wurden auf die rein sozialdemokratische Liste 108 Stimmen abgegeben und vier sozialdemokratische Kandidaten gewählt; auf die Liste der Päpster fielen 90 Stimmen. Drei ihrer Kandidaten sind gewählt, von denen einer organisierter Sozialdemokrat ist, die beiden anderen radikale Linksmänner sind. Eine dritte Liste, die der Bauernhofbesitzer, erhielt nur 24 Stimmen und kam so bei der Mandatverteilung überhaupt nicht in Betracht. Es sind also fünf Sozialdemokraten und zwei Radikale gewählt in Kærby.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Rügen. Schwiebus. Kroffen. Sommerfeld (Ortsverein Berlin). Dienstag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Roppenstr. 47 bei Eichhorn: Wahlerversammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstagswahlkreis Rügen. Ludau. Montag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Bednack, Schützstr. 21: Letzte Sitzung des Vereins und Auflösung des Vereins.

Eingegangene Druckschriften.

Handbuch für Meer und Flotte. 1. Lieferung. Herausgegeben von G. v. Alten. 12 Lieferungen a 2 M. Verlagshaus Bong u. Co., Berlin, W. 57.

Der Privatbeleidigungsprozess Rußland kontra Biermer. 8 M. E. Roth in Gießen.

Bericht des Verbandes der Genossenschaftskrankenkassen Wiens für das Jahr 1907. 90 Seiten. Selbstverlag, Wien VI, Ringstrasse 10.

Lichtstrahlen. Nr. 1. Nach Feierabend. Von R. Schachtel, 10 Heller. J. Brandt u. Co., Wien VI.

März. Calmonatschrift für deutsche Kultur. 120 M. A. Langen, München.

Der Kampf. Heft 6. Sozialdem. Monatschrift Österreichs. 60 Heller. Wien VI. Raubgasse 89.

Die Wäner. Nr. 5. Zeitschrift für biverbiale Interessen von E. Neumann-Jodemann, A. Langen. Gehört monatlich Anal. Berlin W. 18.

Kultur- und Menschenheitsdokumente. Bd. 1. Die ästhetische Kultur des Kapitalismus von J. Gault. Broch. 250 M., geb. 3 M. Freier literarischer Verlag, Berlin-Tempelhof.

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

In dieser Woche, im alten Lichthof:

AUSSTELLUNG MODERNER DAMEN-HÜTE

PARISER,
WIENER
U. EIGENE
MODELLE.

Während der Ausstellung kommen zu besonders billigen Preisen zum Verkauf:

GARNIERTE HÜTE

Glocken-Brettonne mit Sammetband, mod. starkes Geflecht	2.90
Glocken-Toque mit hohem runden Kopf, Sammetband und Posen	5.25
Glockenform modern Geflecht, mit Fransen-Schal	6.75
Glocken-Toque aus starkem glänzenden Geflecht, mit gezogenem Seidenrand	6.75
Rembrandtform Phantasiegeflecht, mit Seide u. Posen od. Blumen	7.50
Rundhut mit gezogenem Seidenkopf und Blütenranke	10.50

Glocken-Toque mit Seide und Blumen oder Sammetband und Laub-Monture	13.75
Capeline mit voller Seidengarnit. und Blumengirlande	14.50
Toque aus starker Strohborte, mit Sammetband und Rosentuff	15.75
Glocken-Toque Handgenäht, mit Sammetband, Rosen und Laubkopf	17 Mk.
Eleganter Borten-Hut mit Blumenkopf und Sammetband	23 Mk.

UNGARN. HÜTE

Rembrandt-u. Glockenformen In Bast, neueste Farben	2.75, 3.25
Rembrandtform starkes Geflecht	1.45, 2.90
Glocken-Toque neueste Farben, in starken Geflechten	2.10

HUTBLUMEN

Rosen mit Laub verbunden	28, 38 Pf.
Grosse Stiltrose mit Laub, neue Farben	65 Pf.
Doppelte Rose mit Laub	65 Pf.
Moosröschen-Piquet 12 teilig	30 Pf.
Primel-Piquet 24 teilig, neue Farben	40 Pf.
Blüten-Piquet weiss und gelb	60 Pf.
Apfelblüten doppeltes Piquet	65 Pf.
Sternblumen-Piquet kleine Blüten	70 Pf.
Tuff aus grossen Veilchen	1.10
Moderne Rosenranke	1.50
Rosenbouquet mit Laub	1.50

SEIDENE BÄNDER

Chinéebänder	ca. 7 1/2 cm	10 1/2 cm	12 1/2 cm br.	Mtr. 45, 65, 85 Pf.
Taffetbänder	ca. 11 1/2 cm	12 cm	15 cm breit	Mtr. 45, 65, 85 Pf.
Merveilleuxbänder				Mtr. 45, 65, 85 Pf.

STRAUSSFEDERN

schwarz, ausserordentlich preiswert.

Köpfe	95 Pf.	1.35,	1.90
Amazonen	1.90,	3.90,	5.75
Halb-Amazonen	2.20,	3.40,	5.25

Ausserordentliches Angebot:

GLACÉ-HANDSCHUHE

Damen-Glacé-Handschuhe	farbig, mit 2 Druckknöpfen	} 85 Pf.
Schwedische Damen-Handschuhe	farbig, mit 3 Knöpfen	
Damen-Waschleder-Handschuhe	mit 3 Knöpfen	1.25 Mk.
Damen-Glacé-Handschuhe	mit Druckknöpfen	1.45 Mk.
Damen-Nappa-Handschuhe	mit Druckknöpfen	1.75 Mk.
Damen-Stepper-Handschuhe	mit Druckknopf	1.90 Mk.
Damen-Ziegenleder-Handschuhe	mit Druckknöpfen	1.85 Mk.
Lange Damen-Glacé-Handschuhe	Form Mousquetaire, farbig und weiss	1.90 Mk.

Farbige Herren-Glacé-Handschuhe	mit Druckverschluss	} 90 Pf.
Schwedische Herren-Handschuhe	grau,	
Herren-Stepper-Handschuhe	farbig, mit Druckverschluss	1.45 Mk.
Herren-Nappa-Handschuhe	farbig, mit Druckverschluss	1.45, 1.90 Mk.

Das Automobilgesetz.

Am Freitag hat die Reichstagskommission zur Vorberatung des Entwurfes eines Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen ihre Beratungen in zweiter Lesung beendet.

Der Gesetzentwurf hat gegenüber der Gestaltung, die die erste Lesung ihm gab, erhebliche Verschlechterungen erfahren.

Der Gesetzentwurf zerfällt in drei Teile, der erste beschäftigt sich mit der Fahrerlaubnis.

Die Einrichtung von Fachschulen ist zwar in Aussicht genommen, jedoch der sozialdemokratische Antrag auf Aufnahme einer obligatorischen Pflicht der Einzelstaaten zur Errichtung solcher Fachschulen abgelehnt. Die Erlaubnis zur Führung eines Kraftfahrzeuges ist zu erteilen, wenn der Nachsuchende seine Befähigung durch eine Prüfung darzulegen hat, über die der Bundesrat einheitliche Vorschriften erläßt.

Werden Tatsachen festgestellt, welche die Annahme rechtfertigen, daß eine Person zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet ist, so kann ihr die Fahrerlaubnis dauernd oder für bestimmte Zeit durch die zuständige Verwaltungsbehörde entzogen werden; nach der Entziehung ist der Führerschein der Behörde abzuliefern.

Die Entziehung der Fahrerlaubnis ist für das ganze Reich wirksam. Gegen die Vergabung und Entziehung der Fahrerlaubnis ist das Verwaltungsstreitverfahren zulässig. Der Bundesrat soll das zur Ausführung dieser Vorschriften erforderliche sowie die Bestimmungen für die Zulassung ausländischer Kraftfahrzeuge veranlassen. Ferner hat er die sonstigen zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit auf den öffentlichen Wegen oder Plätzen erforderlichen Anordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, insbesondere über die Prüfung und Kennzeichnung der Fahrzeuge und über das Verhalten der Fahrer zu treffen.

Ist so ein kleiner Schritt zur Ausbildung tüchtiger Chauffeurs gemacht, so ist leider von allen Parteien der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, die Arbeitszeit und die Ruhezeit der Fahrer so zu regeln, wie es im Interesse der Chauffeurs und der Sicherheit des Verkehrs erforderlich ist. Selbst folgender Antrag der Genossen Stadhagen und Stolle:

„Der Bundesrat hat über die Dauer der zulässigen täglichen Arbeitszeit der Fahrer von Kraftfahrzeugen und über die ihnen zu gewährenden Ruhezeiten im Interesse der Sicherheit des Verkehrs Anordnungen zu treffen.“

Die durch Beschluß des Bundesrats erlassenen Vorschriften sind durch das „Reichsgesetzblatt“ zu veröffentlichen und dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

eventuell an Stelle „hat“ zu setzen „ist ermächtigt“ wurde abgelehnt. Eigenartig war die Begründung dieser Ablehnung: Der Antrag, so führte das Zentrum aus, gehöre in die Gewerbeordnung, auch sei er schwer auszuführen. Dabei haben die bürgerlichen Parteien vor kurzem einen ähnlichen Antrag unserer Genossen, der zu § 120a der Gewerbeordnung gefügt war, abgelehnt, weil Anordnungen zur Sicherheit des Betriebes durch Vergewaltigung der Arbeitszeit nicht in die Gewerbeordnung gehören! Die Erhebungen über die Lage der im Fuhrwerksverkehr beschäftigten Personen haben dargetan, wie dringend erforderlich im Interesse der Arbeiter und des Publikums eine Verringerung der täglichen Arbeitszeit ist. Im Automobilgesetz, das doch in erster Linie der Sicherheit des Publikums dienen soll, lehnt man aber eine Vorschrift ab, die zur Verhütung von Unfällen mehr beitragen würde als die gesamten Vorschriften des neuen Gesetzes. Man will eben alle Schuld auf den Fahrer abwälzen, wiewohl dieser infolge übermäßiger Arbeitszeit körperlich und geistig zur Beobachtung der intensiven Aufmerksamkeit außer Stande ist, die für seine verantwortungsvolle Aufgabe erforderlich ist. — Ganz wie bei den Eisenbahnunfällen, nach denen man nicht die an der Uebermüdung der Fahrer schuldigen Verwaltungen, sondern die übermüdeten Fahrer vor den Kadl schleppt.

Der zweite Teil des Gesetzes hat in dem grundlegenden § 1 eine Besserung gegenüber der Vorlage erfahren. Er lautet jetzt:

„Wird bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeuges ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter des Fahrzeuges verpflichtet, dem Beschädigten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, wenn der Unfall durch ein unabwehrbares Ereignis verursacht wird, das weder auf einem Fehler in der Beschaffenheit des Fahrzeuges noch auf einem Verfehlen seiner Vorrichtungen beruht. Als unabwehrbar gilt ein Ereignis insbesondere dann, wenn es auf das Verhalten des Verletzten oder eines nicht bei dem Betriebe beschäftigten Dritten oder eines Tieres zurückzuführen ist und sowohl der Halter als der Fahrer des Fahrzeuges jede nach den Umständen des Falles gebotene Sorgfalt beobachtet hat.

Wird das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters von einem Anderen in Betrieb gesetzt, so ist dieser an Stelle des Halters zum Ersatze des Schadens verpflichtet.

Als Kraftfahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes gelten Wagen oder Fahrräder, welche durch Maschinenkraft bewegt werden, ohne an Bahnanlage gebunden zu sein.“

Dieser Grundsatze wurde in erster Lesung voll aufrechterhalten mit der einen Ausnahme, daß die Vorschriften dieses Grundgesetzes keine Anwendung finden sollten, wenn zur Zeit des Unfalls der Verletzte oder die Beschädigte Sache durch das Fahrzeug befördert wurde oder der Verletzte beim Betriebe des Fahrzeuges tätig war, außer wenn die Beförderung oder die Bedienung des Fahrzeuges im Dienste oder im Auftrage einer der haftpflichtigen Personen geschah. Alle Versuche, diese Ausnahme zu beseitigen, die die durch ein Automobil beförderten Personen von dem Schadenersatzrecht ausschließt, schlugen fehl. Die Kommission stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, daß durch das Gesetz allein das auf der Straße befindliche Publikum geschützt werden solle und sich in zweiter Lesung sogar die Haftpflicht Personen gegenüber, die im Dienste oder im Auftrage die Beförderung vornehmen, also z. B. die Haftpflicht für Fahrer der Autos von Warenhäusern.

In erster Lesung war es gelungen, zwei weitere erhebliche Ausnahmen, die die Regierung vorschlug, zu Fall zu bringen. Die eine Ausnahme bezieht sich auf den Umfang des Schadens; danach soll unter anderem die Entschädigung, auch wenn mehrere Personen zu entschädigen sind, insgesamt einen Rentenbetrag von 9000 M. nicht überschreiten. In der zweiten Lesung wurde diese Ausnahme von der Kommission leider bewilligt. Eine noch weitergehende Ausnahme stellte der Vorschlag der Regierung dar, nach dem das Gesetz keine Anwendung finden solle auf Fahrzeuge, die auf ebener Bahn eine begrenzte Geschwindigkeit nicht überschreiten können. Auch dieser Ausnahme gegenüber

sand sich die Mehrheit in der zweiten Lesung leider zu einem Kompromiß zusammen. An Stelle des Vorschlages der Regierung ist nunmehr gesetzt: die Haftpflicht solle keine Anwendung finden, wenn der Unfall durch ein Fahrzeug verursacht wurde, das nur zur Beförderung von Lasten dient und auf ebener Bahn eine auf 20 Kilometer begrenzte Geschwindigkeit in der Stunde nicht überschreiten kann.

Eine Zwangsberufsgenossenschaft, die von verschiedenen Seiten dringend verlangt wurde, scheiterte an dem Widerspruch der Regierung, die sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine Zwangsberufsgenossenschaft wendete, sie aber für zurzeit unausführbar hielt. . . .

Der dritte Teil des Gesetzes enthält eine Reihe von Strafvorschriften.

Gegen das so gestaltete Gesetz stimmten unsere Genossen in der Kommission, weil es die zur Verhütung von Unglücksfällen so dringend erforderlichen Schutzvorschriften über Arbeitszeit und über Arbeitsruhe der Fahrer nicht enthält, unannehmbare Durchbrechungen des Prinzips der Haftpflicht aufweist und von der Einführung einer Zwangsberufsgenossenschaft absteht.

Der Bericht der Kommission wird voraussichtlich bereits in 14 Tagen dem Plenum zugehen.

Vierte Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

Gestern beendigte die Generalversammlung für soziale Reform ihre Sitzungen.

Aus dem Jahresbericht des Professore Dr. Franke ist hervorzuheben, daß beschlossen ist, dem großen Komplex von Fragen und Sorgen, die aus den Verhältnissen der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren aufsteigen, näherzutreten. Ein Unterausschuß habe den Plan einer Erhebung hierfür ausgearbeitet. Danach sollen zunächst in unseren „Schriften“ Einzeldarstellungen erscheinen, die in ihrer Gesamtheit ein Bild der Lage der jugendlichen Lohnarbeiter und Angestellten ergeben und zwar vornehmlich nach folgenden Gesichtspunkten: a) Arbeits- und Lebensverhältnisse der Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der geschlechtlichen, politischen und administrativen Bestimmungen sowie ihrer Durchführung, b) Schädigungen von Leben und Gesundheit der Jugendlichen, namentlich im Zusammenhang mit Zeit und Art der beruflichen Beschäftigung, c) Kriminalität und sittliches Verhalten der Jugendlichen, d) Erziehung und Bildung durch staatliche und kommunale Schulen, durch von Vereinen oder Privaten unterhaltene Schulen; Berufsbildung, handwerkliche und allgemeine Bildung; Ausbildung der sittlichen, geistigen und körperlichen Kräfte; e) Erziehung und Bildung außerhalb der Schulen durch Familie, Arbeitgeber, Kirche, Vereine und gemeinnützige Veranstaltungen.

Vor kurzem hat die Mehrheit der Gewerbeordnungs-Novellen-Kommission, darunter Mitglieder der Gesellschaft für soziale Reform, den sozialdemokratischen Antrag niedergestimmt, den jungen Leuten bis zu 18 Jahren den gleichen Schutz zu gewähren, den heute die jungen Leute bis 16 Jahre genießen.

Den Hauptgegenstand der gestrigen (Schluß-) Sitzung bildete das Thema:

Die Pensionsversicherung der Privatangestellten.

1. Die Arbeitsfreudigkeit der Privatangestellten, von der zum guten Teile das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft abhängt, leidet notwendigerweise bei mangelnder Fürsorge für die Fälle der Invalidität, des Alters und des Todes.

2. Die gegenwärtige Pensionsfürsorge für die Privatangestellten ist unzureichend, da die Leistungen der Reichs-Invalidenversicherungen zu gering und den Bedürfnissen der Privatangestellten nicht angepaßt sind und die Pensionsfürsorge auf freiwilligem Wege nur einem kleinen Bruchteil der Angestellten zugute kommt.

3. Eine zureichende allgemeine Pensionsfürsorge für die Privatangestellten ist nur bei staatlichem Eingreifen und Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung für dieselben zu erreichen.

4. Der Ausbau der bestehenden Reichs-Invalidenversicherung erscheint nicht als ein gangbarer Weg zu einer ausreichenden Pensionsfürsorge für die Privatangestellten; vielmehr ist die Schaffung einer besonderen staatlichen Pensionsanstalt für die Privatangestellten anzustreben.

5. Die Belastung durch die Beiträge für eine einigermaßen ausreichende Pensionsfürsorge bedeutet keine Ueberbürdung von Arbeitgeber und Angestellten.

6. Die Einführung einer besonderen Ehefrauen-Versicherung kann als ein gangbarer Weg zur Versorgung der Witwen der Privatangestellten nicht angesehen werden und erscheint außerdem aus mehreren Gründen ungewinnlich.

7. Die Denkschrift des Staatssekretärs vom 11. Juli 1908 betreffend die Pensionsversicherung der Privatangestellten ist hinsichtlich des Reiches der versicherten Personen, der Organisation der Versicherung, der Beiträge und Leistungen als eine geeignete Grundlage für eine einigermaßen ausreichende Pensionsversicherung der Privatangestellten anzusehen. Doch erscheinen folgende Änderungen dringend erwünscht:

a) der Kreis der versicherten Personen soll auch das Hausdienpersonal, das künstlerisch vorgebildete Musikpersonal und das Krankenpflegepersonal der verschiedenen Vereine und Korporationen umfassen;

b) der Begriff der Berufsinvalidität ist mehr im Sinne der Definition des österreichischen Pensionsversicherungsgesetzes zu fassen;

c) die Leistungen der weiblichen Versicherten sind mit Rücksicht darauf, daß sie keinen Vorteil von der Witwenversicherung haben, außer durch die in der Denkschrift vorgeschlagenen Mehrleistungen für sie noch dadurch zu erhöhen, daß die Anfangsrente nach fünfjähriger Wartezeit 15 Proz. des durchschnittlich versicherten Dienst- einkommens ausmacht, und den bisher von ihnen unterworfenen Angehörigen eine Rente gewährt wird;

d) Neben der Gewährung einer Rente für den Fall der dauernden Invalidität soll analog dem § 13 des Reichs-Invalidenversicherungsgesetzes die Gewährung einer Rente für den Fall vorübergehender, 26 Wochen übersteigender Erwerbsunfähigkeit in Aussicht zu nehmen.

e) Die Zulassung von Ersatzinstituten soll nur unter den in der Denkschrift angeführten Bedingungen zulässig sein, jedoch mit der Maßgabe, daß nach Erlaß des Gesetzes sich bildende Privatpensionskassen nicht mehr als Ersatzinstitute zugelassen werden dürfen.

Nachdem in der Diskussion mehrere Redner teils für die Sonderversicherung für die Privatbeamten, teils für den Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung gesprochen hatten, nahm unter allgemeiner Spannung Staatsminister

Graf Posadowski-Wehner

das Wort. Er führte aus: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nur ganz kurz in Anspruch nehmen, und ich möchte voraus bemerken, daß ich hier lediglich als Privatmann rede, der aber viele Stimmungen hinter den Kulissen kennt. Es haben sich infolge unserer industriellen Entwicklung in den letzten beiden Jahren industrielle Konzerne gebildet, die ein Personal beschäftigen, das die Verdienste ganzer Mittelstände erreicht. Der Betrieb ist so kompliziert geworden, daß es Beamte gibt, deren Verantwortlichkeit weit größer ist als die mancher Staatsbeamten. Ich glaube, daß aus diesen Verhältnissen heraus der Wunsch geworden ist, die Pri-

vatbeamten, die wenn sie stellunglos geworden sind, oft dem stärksten Elend ausgesetzt sind, ich sage, die Zukunft dieser unserer Volksgenossen zu sichern. Wir haben gehört, daß die vorliegenden statistischen Unterlagen nicht ein volles Bild von der finanziellen Wirkung der Versicherung geben. Ich bin vollkommen einverstanden damit. Aber ich bin auch der Meinung, daß die Statistik niemals ein vollkommenes Bild der finanziellen Wirkung eines Gesetzes wird geben können. Ein vollkommenes Bild gibt es erst, wenn das Gesetz geschaffen ist, wenn man weiß, welche Ansprüche an die Versicherung zu stellen sind. Die Statistik hat immer getäuscht; man hat sich in Frankreich getäuscht, in England hat man sich in den ersten Jahren bei der Altersversicherung allein um 18 Millionen getäuscht. Wir haben uns auch in Deutschland getäuscht bei unserer Invalidenversicherung, und wenn ich nicht den provinziellen Verbänden mit Reichsleistungen beigeprungen wäre, hätten sich schwierige Situationen ergeben. Wenn man jetzt eine neue Statistik aufmachen wollte, bitte ich Sie, zu bedenken, daß dann dafür zunächst neue Mittel bereitgestellt werden müssen. Es würde Jahr und Tag dauern, bis die Statistik erhoben sein würde und es würde wieder Jahr und Tag dauern, bis diese Erhebungen bearbeitet sind und bis auf Grund dieser Erhebungen ein neues Gesetz geschaffen sein würde. Kommt man jetzt dazu, erst eine neue Statistik einleiten zu wollen, so würde Ihr Wunsch, bis er fristhaftiger werden könnte, auf Jahre hinausgeschoben werden müssen. Meine Herren, es kommt aber noch ein psychologisches Moment hinzu: die sozialpolitische Belastung hat viel mehr geheime Gegner als man glaubt. Glauben Sie mir, daß nicht alle Anträge, und wenn sie noch so schön klingen, immer ernst gemeint sind. Manches wird getan, aus taktischen Gründen und nicht aus fittlich tiefem Gefühl der Pflicht gegenüber den Volksgenossen. Es ist auf seiner Seite so viel Heuchelei, als bei einer gewissen politischen Freundschaft. Nun bedenken Sie auch noch, daß diese Maßnahmen in eine Zeit der schwersten finanzpolitischen Krise fallen. Die Lage des Reiches ist eine außerst schwierige, so daß man außerst vorsichtig sein wird, neue Lasten auf das Reich zu übernehmen.

Zu Hebrigen betrifft auch die nächste Aufgabe des Reiches — und das ist gefehlich festgelegt, die Witwen- und Waisenversicherung. Es sind nun zwei Gedanken entwickelt worden, einmal der Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung und zweitens die Zuschußlosen. Ich halte es objektiv für vollkommen aus geschlossen, daß das Reich bei der Ungleichbehandlung an die beherrschende Alters- und Invalidenversicherung höhere Lasten übernimmt als für die übrigen Versicherten, und ich halte es für ausgeschlossen, daß zugunsten der Privatbeamten irgendwelche Privilegien gewährt werden. Für ausgeschlossen halte ich auch eine allgemeine Berufs-Invalidenversicherung und Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre. Eine allgemeine Einführung der Berufsinvalidität wäre ein Schritt von unübersehbarer Tragweite. Denn bei den Privatbeamten liegen die Verhältnisse anders als bei den Arbeitern. Es würde jeder, der in seinem Beruf nicht mehr beschäftigt ist, hier invalid sein und auf Rente Anspruch zu machen haben. Die Herabsetzung der Altersgrenze würde eine so große Belastung bedeuten, daß ich nicht glaube, daß zugunsten der Privatbeamten Reichsregierung und Reichstag, namentlich im gegenwärtigen Moment der finanziellen Krise zu ihrer Uebernahme bereit sein würden. Wenn eine besondere Versicherung für Privatbeamte geschaffen wird, wird das Reich nicht mehr tun können, als die Uebernahme der Lasten wie bei allen Versicherten, vielleicht noch die Uebernahme der Verwaltungsloskosten. Wenn Sie nun, meine Herren, die Situation übersehen, müssen Sie bedenken, daß Sie gegenüber dem großen Ziel sich nicht verlieren dürfen auf Kleinigkeiten. Es kommt darauf an, so schnell wie möglich ein Ziel durch ein Gesetz innerhalb des Rahmens der politischen und finanziellen Möglichkeiten zu erreichen, und wenn Sie dieses Ziel erreichen wollen, kann ich Ihnen nur empfehlen, den Vorschlägen, denen die Reichsregierung wohlwollend gegenübersteht, zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.) Bedenken Sie, daß es auch von der Zustimmung der Reichsregierung und des Bundesrats abhängt, ob mit dem Reichstag ein Kompromiß zustande kommen soll, und wenn auch viele sozialpolitisch wohlwollende Stimmen im Reichstag vorhanden sind, so handelt es sich doch dann darum, daß der Bundesrat diesen Beschlüssen seine Zustimmung erteilt. Was Sie erreichen wollen, ist abgeben von allen Einzelheiten in der letzten Wurzel eine Finanzfrage: Was können Ihre Leute bieten und was ist das Reich bereit zu tragen? Weitere finanzielle Lasten werden Sie vom Reich nicht erreichen können als die, welche im Rahmen der bestehenden Invalidenversicherung liegen. Nach dieser unabwehrlichen Sachlage müssen Sie sich in Ihren Wünschen beschränken. Meine Herren, ich kann nur das eine noch sagen: das große Alters- und Invalidenversicherungsgesetz steht heute ganz anders aus als damals, als Fürst Bismarck es geschaffen hatte. Es sind im Laufe der Jahrzehnte fundamentale Änderungen vorgenommen worden. Die Privatbeamtenversicherung ist ein ganz neuer Schritt, den die verbündeten Regierungen nur zögernd betreten haben. Das Gesetz wird manche Enttäuschungen bringen, aber auch manche neuen Gesichtspunkte. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß so wie das große Alters- und Invalidenversicherungsgesetz sich wesentlich zugunsten der Arbeiter geändert hat, auch das neue Gesetz sich günstiger für die Lage der Privatbeamten gestalten wird. Meine Herren, ich bitte Sie, alle kleinen Gesichtspunkte beiseite zu lassen und in den Grenzen der Möglichkeit den Vorschlägen zuzustimmen. (Wiederholter langanhaltender Beifall.)

Die weitere Diskussion bot nichts Bemerkenswertes. Es scheinen die Privatbeamten im Gegensatz zu dem Referenten immer mehr zu der zutreffenden Ansicht zu gelangen, daß eine Sonderversicherung der Privatbeamten an Stelle eines Ausbaues der bestehenden Versicherung für sie und für die gesamte Arbeiterklasse ein durchaus verfehlter Schritt sein würde.

12. Generalversammlung des Verbandes der Maler.

Köln, den 5. März 1909.

Der ganze Donnerstag und der Vormittag des Freitags wurde in geschlossener Sitzung mit den Beratungen über den Punkt

Tarifverträge

ausgefüllt. Das Referat hatte Többer, das Sekretariat Sobotta-Hamburg. Das Ergebnis bildet folgende Resolution, die in namentlicher Abstimmung gegen wenige Stimmen angenommen wird:

Die zwölfte Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüscher und Weißbinder Deutschlands ersucht wie bisher den Abschluß von Tarifverträgen als ein aus den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sich notwendig ergebendes Mittel zum Zweck der Verbesserung und Sicherstellung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, sowie eine Anerkennung, Stärkung und Befestigung des Verbandes.

Diese grundsätzliche Stellung der Generalversammlung zu den Tarifverträgen bedarf einer Änderung auch dann nicht, wenn sich die örtlichen Tarifverträge zu einem einheitlichen Tarifverträge über größere Landesteile und Bezirke oder später auf das ganze Reich ausdehnen.

Tarifverträge können nur dann von dauerndem Bestande sein, wenn die Vertragskontrahenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den vereinbarten Tarifvertrag unter allen Umständen einhalten. Diese Voraussetzung ist bei unserem Verbands gegeben, während ein Teil der Arbeitgeber es in den letzten Jahren noch sehr daran hat fehlen lassen.

Die Generalversammlung billigt die Haltung des Vorstandes auf dem Gebiete des Tarifwesens, sowie die vorgenommenen Ab-

Änderung der Mitglieder wegen Verlängerung der Tarife bis 31. Dezember 1909 und erklärt den Beschluß als bindend für alle beteiligten Filialen.

Der Vorstand wird hierdurch ermächtigt, bei den zukünftigen Verhandlungen, die bereits im Juli d. J. (laut Normaltarif) beginnen sollen, dahin zu wirken, daß möglichst alle Fragen, die das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, einer generellen Regelung unterworfen werden. Im besonderen ist auch die Festlegung allgemeiner gültiger Bestimmungen für obligatorisch zu benutzender paritätischer Arbeitsnachweise zu erstreben. Die Generalversammlung erwartet jedoch, daß bei den zentral geführten Verhandlungen alle besonders gearteten örtlichen Bestimmungen der bisherigen Verträge Berücksichtigung finden.

Den örtlichen Bestimmungen sollen vorbehalten sein: 1. Die Höhe der Stundenlöhne. 2. Arbeitszeit mit Festsetzung der Pausen. 3. Vergütung für Landarbeit und Wegebauer. 4. Der Lohnzahlungstag nebst Feiertags- und Samstagszuschlag.

Die Filialen und Zahlstellenverwaltungen der Lohngebiete eines Bezirks haben sich über die zu stellenden Forderungen zu verständigen, sie auszuarbeiten und als Vorschläge den Mitgliederversammlungen zur Beratung und der Abstimmung zu unterbreiten.

Die von der Mehrheit der Mitglieder anerkannten Forderungen sind von den Filialen der Bezirksleitung rechtzeitig einzusenden. Der Vorstand hat dann diese dem Hauptvorstande der deutschen Arbeitgeberverbände im Malergewerbe einzureichen und sie bei den Verhandlungen als die von den Mitgliedern gegebene Grundlage zu betrachten.

Zu den im Sommer dieses Jahres beginnenden Verhandlungen über die Neugestaltung der Tarifverträge ist die Verhandlungskommission wie folgt festgesetzt worden: Aus drei Vertretern des Hauptvorstandes, dem Obmann des Ausschusses, den sieben Bezirksleitern und fünfzehn in den Bezirken zu wählenden Kollegen. Die Verteilung auf die einzelnen Bezirke hat prozentual der im Bezirk organisierten Kollegen zu erfolgen.

Zu den Verhandlungen in den einzelnen Orten oder kleineren Lohngebieten können die Mitglieder der Ueberwachungskommission oder besonders gewählte Lohnkommissionen bestimmt werden.

Für Verhandlungen über Fragen, die größere Lohngebiete, Bezirke oder Landesstellen betreffen, sind die Bezirksleitungen berechtigt.

Bei allen Verhandlungen steht dem Vorstande sowie den Bezirksleitern das Recht zu, an den Beratungen mit teilzunehmen.

Die endgültigen Resultate der Tarifverhandlungen sind den Mitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten, sei es, daß in den Filialen und Zahlstellen durch Mitgliederversammlungen oder Vertrauensmännerversammlungen die Beschlußfassung herbeigeführt wird, oder sei es, daß die Bezirksleitungen unter Zustimmung der Filialverwaltungen des Bezirks die Resultate einer Bezirkskonferenz unterbreiten, um die Abstimmung durch die Delegierten vorzunehmen.

In allen Fällen der Abstimmung entscheidet die einfache Majorität der beteiligten Mitglieder. Hat sich nur die Hälfte der eingetragenen Mitglieder an der Abstimmung beteiligt und liegen sonstige Umstände vor, so haben Vorstand und Ausschuss das Recht, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, der die endgültige Entscheidung zusteht.

Als nächster Punkt steht zur Verhandlung:

Der Kampf gegen die Gefahren der Bleivergiftung.

Das Referat hierzu hat Guscholz, Rentant der Ortskrankenkasse der Maler in Berlin, übernommen. Er wendet sich zunächst gegen die Behauptungen aus Unternehmerkreisen, daß die Gefahren der Bleivergiftung maßlos übertrieben seien. Dann schildert er, wie durch die Eigenart des Malerhandwerkes die Durchführung der Bundesratsvorschriften zur Bekämpfung der Actinologie (Bleivergiftung) unmöglich gemacht wird. Besonders die kleinen Betriebe gefährden den Arbeiter und erschweren die hygienischen Maßnahmen. Weder würden auch die jungen Arbeiter und die Lehrlinge zu den schädlichsten Arbeiten herangezogen. Die Bekämpfung der Bleivergiftung wird erschwert durch die große Fluktuation unter den Malern, besonders der ungelerten Arbeiter während der Saisonarbeit; ungünstig wirken auch die Temperaturverhältnisse und das Affordwesen. Die durch die niedrigen Arbeitslöhne verursachte schlechte Lebenshaltung schwächt die Widerstandskraft der Arbeiter. Man muß zu den Schlussfolgerungen kommen, daß die überlange Arbeitszeit, materielle Sorgen, die Affordarbeit, die Fluktuation, das Submissionswesen, die Schmutzkonkurrenz der Unternehmer untereinander, der Hygienisierung des Malerberufs große Schwierigkeiten bereiten. Von besonderer Wichtigkeit bei der Bleiaufnahme in den Körper ist die Art der Arbeit, hauptsächlich die Heimarbeit und die Fußarbeit. Allen Anstreicherarbeiten außerhalb der Werkstätte ist gemeinsam, daß man bei ihnen keine oder ungenügende Vorrichtungen entgegen den gebräuchlichen Arbeitsordnungen findet. Aus diesem Grunde ist die persönliche Reinlichkeit nicht durchführbar. Nicht einmal in den Werkstätten des Reichs sind die Bundesratsvorschriften durchgeführt. Außerordentlich gefährlich ist das Abschleifen der trockenen Farben und die dadurch hervorgerufene Staubeentwicklung in den Arbeitsräumen.

Das einzig vollkommene Mittel zur Verhütung der Bleivergiftung, darin sind alle Fachmänner einig, ist der Ersatz des Bleiweißes durch ungiftige Farbstoffe, was heute schon durchführbar ist. Man muß annehmen, daß die Behauptungen des Reichstagsabgeordneten Ruggan, daß die Maler allein an der Bleierkrankung schuld seien, weil sie sich nicht rein genug halten, wider besseres Wissen aufgestellt sind. Die Statistiken über die Bleivergiftungen, auch die der Gewerbeinspektoren, sind äußerst mangelhaft. Die Berliner Ortskrankenkasse der Maler wird noch in diesem Monat eine Broschüre herausgeben, worin umfangreiches Zahlenmaterial enthalten ist. Zum Schlusse weist der Redner auf die durch das Blei hervorgerufenen Nervenerkrankungen. Der Chirurg der Provinzialirrenanstalt Brandenburg, Dr. Schmitzer, hat als feststehend bezeichnet, daß das Blei auf die Nervenerkrankungen einen schädlichen Einfluß ausübt. Ohne grundlegende Umwälzung in der Technik des Malergewerbes ist an eine Besserung der schlechten Verhältnisse nicht zu denken.

In der Diskussion weist Kloß-Berlin darauf hin, daß die Terpentin-Erhaltstoffe einen ähnlichen unheilvollen Einfluß auf die Gesundheit ausüben. Von Hamburger Delegierten wird berichtet, wie unhygienische Zustände bei den Anstreicherarbeiten in den Schiffsräumen seien.

Der Referent unterbreitet der Generalversammlung folgende Resolution:

„Zur Bekämpfung der verheerenden Wirkungen, die sich aus der gewerblichen Verwendung der giftigen Bleifarben ergeben, wurden vom Bundesrat auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung Vorschriften für die Betriebe der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder erlassen, in der Annahme, daß sie geeignet seien, die Bleivergiftung zu verhüten oder doch mindestens erheblich einzuschränken. Die vom Verbands der Maler, Anstreicher usw. in über 160 Orten des Deutschen Reiches vorgenommene Erhebungen über die Durchführung der Bundesratsvorschriften zeigen aufs deutlichste, daß weder von einer Durchführung noch von einer Einhaltung der Vorschriften im allgemeinen die Rede sein kann, da ein erheblicher Teil der Unternehmer sich nicht um die Vorschriften oder Einhaltung derselben kümmert. Gehilfen, die sich um die Durchführung der Bundesratsbestimmungen bemühen, wurden entlassen und auf diese Weise die notwendige Kontrolle und Mitwirkung der Gehilfen verhindert. Unter diesen Verhältnissen ist von einem Zurückweichen der Vergiftungsfälle keine Rede, wie es z. B. unwiderleglich durch die Statistik der Ortskrankenkasse der Maler in Berlin erwiesen ist. Nach wie vor ist das Malergewerbe von dem verbreitetsten und gefährlichsten Gewerbegift, dem Blei, den größten Gefahren ausgesetzt.“

Indem die 12. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Anstreicher, Lackierer, Läufer und Weißbinder ihre Forderung auf ein geschlechtes Verbot aller bleihaltigen Farben erneuert, weil dieser Beruf der aller-

gefährlichste ist und weil bei diesem Beruf infolge der Unfähigkeit der Arbeitsplätze und der vielen Kleinbetriebe eine entsprechende Ueberwachung durch die Gewerbeinspektion unmöglich, daher auch alle Schutzvorschriften absolut wirkungslos sind, fordert sie als Uebergang bis zu einem vollständigen Bleiweißverbot mindestens ein unbedingtes Verbot der Verwendung von Bleifarben für Innenanstrich und die Deklarationspflicht, wie sie auch die Verordnung des österreichischen Staates von 1908 vorsieht.

Die Generalversammlung erklärt sich auch mit den zu dem Thema „Der Kampf gegen die Gefahren der Bleivergiftung“ aufgestellten Leitsätzen einverstanden, und fordert mindestens, daß die Berufskrankheiten, vor allem die gewerbliche Bleivergiftung, den Betriebsunfällen gleichgestellt sind.

Vor allem weisen aber die Delegierten die vom Abgeordneten Ruggan im Reichstage aufgestellte Behauptung: „Daß alle Verfügungen, Gesetze und Verordnungen nichts helfen können, wenn nicht die Arbeiter selbst sie besser halten als bisher“, als vollständig unwahr zurück, da sie nicht nur der totalen Unkenntnis über die eigenartigen Verhältnisse im Malergewerbe entspringt, sondern auch längst durch wissenschaftliche Autoritäten und Sozialhygieniker, wie zum Beispiel von Prof. Dr. Sternberg, Prof. Dr. Lewin, Prof. Dr. Frank, Dr. Teletz, Dr. Loh, Dr. Leo Verkauf, Dr. Ph. Wehl usw., widerlegt worden ist.

Leitsätze.

1. Gewerbliche Bleivergiftung und Betriebsunfall sind Folgen der Berufstätigkeit und daher auch in der Versicherungs-gesetzgebung einheitlich zu behandeln.

2. Die Berufskrankheiten sind den Betriebsunfällen gleichzustellen und in erster Reihe die Unfallversicherung auf die berufskranken Arbeiter unseres Gewerbes auszuweiten.

3. Es muß das Bestreben von Wissenschaft und Praxis sein, die gesundheitliche Schädigung aller in den Malerbetrieben beschäftigten Arbeiter bei der Betriebsstätigkeit einzuschränken. Zur Erreichung dieser Aufgabe ist namentlich das Verbot der Verwendung giftiger Substanzen (vor allem Bleiweißverbot) und gefährlicher Arbeitsprozesse notwendig. In zweiter Linie kommt in Betracht die Verfürzung der Arbeitszeit und die Beratung von Ärzten und Arbeitervertretern zur Gewerbeaufsicht.

4. Zur unablässigen Kontrolle für die Vorschriften, die auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung vom Bundesrat erlassen sind, ist die Zuziehung der Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu fordern. Die Vorschriften werden erst dann ihre Wirkung voll entfalten, wenn man die Arbeitervertreter zur Mitwirkung heranzieht.

Die Resolution und die Leitsätze werden einstimmig angenommen.

Nachdem die Befehrsverfasser über die ihr überwiesenen Beschlüsse Bericht erstattet hat, werden die Verhandlungen am Sonnabend früh vertagt.

Witterungsübersicht vom 6. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wetter	Temper. u. g. Temp. u. g.	Stationen	Barometer hamb. mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. u. g. Temp. u. g.
Schwemde	757,5	SE	1 Dunst	-5	Davranba	767,0		4 Schnee	-6
Hamburg	756,5	SE	2 heiter	-5	Bielefeld	767,5		2 bedeckt	-1
Berlin	758,5	SE	1 bedeckt	-5	Seilly	730,0	NO	5 bedeckt	6
Frankf. a. M.	757,5	SE	4 wolkig	-2	Aberdeen	751,0	SE	1 Nebel	-4
München	762,5	SE	2 wolkenl.	-10	Paris	751,0	SE	3 bedeckt	-1
Wien	759,5	SE	3 halb bd.	-9					

Wetterprognose für Sonntag, den 7. März 1909.

Zunächst ziemlich heiter, nachts Frost, am Tage Lauwetter, bei schwacher westlichen Winden; später neue Lüftung und geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wenn Sie Cigaretten unter Garantie für Preiswürdigkeit kaufen wollen, dann verlangen Sie nur **JOSETTI VERA** CIGARETTEN. Unsere Firma bürgt Ihnen im weitesten Maße für erstklassige Qualität. Josetti Vera m. a. o. M. 10 Stück 30 Pfg.

Möbel erhalten Brautleute und Vermieter, welche über größere Barmittel nicht verfügen, zu den günstigsten Bedingungen. Preis an jedem Stück deutlich vermerkt, daher Uebervorteilung ausgeschlossen. **Möbel-Kaufhaus M. Goldstaub** Zossener Straße 38 parterre und erste Etage (Ecke Gneisenastraße). **Kein Abzahlungsgeschäft.** Sonntags geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Einsegnungs-Anzüge Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Meltons u. s. w. **Nur eigene Erzeugnisse!** 36.- 33.- 30.- 28.- 10 50 26.- 24.- 22.- 20.- 18.- 16.- 14.- 12.- Mark

Prüfungs-Anzüge Moderne gemusterte Webarten. Tausende Exemplare neuester Geschmacksrichtungen **Nur eigene Erzeugnisse!** 36.- 33.- 30.- 28.- 10 Mk. 26.- 24.- 22.- 20.- 18.- 16.- 14.- 12.-

Zur Einsegnung Wäsche, Hüte, Handschuhe Cravatten, Hosenträger usw. zu besonders niedrigen Preisen

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reichende Beigaben gratis umsonst **Vorzüglichste Maßarbeit, sehr preiswert!**

Baer Sohn Spezial-Haus größten Maßstabes Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurterstr. 20 Der Haupt-Katalog Nr. 35 u. der Livree-Katalog Nr. 36 auf Wunsch kostenlos u. portofrei.

Protest-Versammlung

gegen die Millionenzuwendungen an die Staatskirche Feenpalast (Palast-Theater), Wolfgangstraße nächsten Sonntag, den 14. März 1909, mittags 12¹/₂ Uhr.

Redner:

Adolf Stern, ehem. evang. Geistlicher in Heidelberg, Adolf Hoffmann, Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Tages-Ordnung:

Das heutige Staatschristentum vor dem Richterstuhl Jesu von Nazareth.

Eine Predigt für Christen und Nichtchristen.

Die Herren Geistlichen der Staatskirche sind besonders eingeladen.

Massenbesuch erwartet

Der Einberufer Adolf Hoffmann, Berlin, Blumenstraße 14.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Montag, den 8. März, abends 8¹/₂ Uhr,
in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung und Wahl der Delegierten.
2. Ausschlussanträge und Verschiedenes.

216/8*

Der Vorstand.

Jugend-Versammlung.

Sonntag, den 7. März, nachmittags 2¹/₂ Uhr:

Große Versammlung

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain (früher Sips),
Am Friedrichshain 16-22.

Vortrag über: „Welterschöpfung und Darwinismus“. Referent: Emanuel Wurm.
Nach dem Vortrage freie Aussprache.

Zu dieser Versammlung sind alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen herzlich eingeladen.
Der Jugendausschuß.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer Direktorstr. 1.

Lichtenberg.

Dienstag, den 9. März, abends 8¹/₂ Uhr:

Öffentliche Versammlung

für Männer und Frauen

im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee, Ecke Gärtelstraße.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Eduard David:
Die wirtschaftliche Krise und wie bekämpfen wir sie?
Diskussion.

Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin I.

Bureau: Engelufer 14/15 II, Zimmer 33.
Arbeitsnachweis: Alte Leipziger Straße 1.

Telefon: Amt IV, 2082 und 4747.
Telefon: Amt I, 2632.

Achtung! Mitglieder aller Branchen. Achtung!

Montag, 8. März, abends 8¹/₂ Uhr, bei Keller, Köpenicker Str. 96/97 (großer Saal):

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. a) Neuwahl der Ortsverwaltung und Revisoren; b) Wahl von zwei Vertretern zur Bezirksleitung von Groß-Berlin; c) Wahl eines Revisors sowie eines Beisetzers zum Hauptvorstand. 4. Anträge. 5. Geschäftliches.

Bei der äußerst wichtigen Tages-Ordnung erachten wir einen zahlreichen Besuch für selbstverständlich. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang der Versammlung vorzulegen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstand ist, hat keinen Zutritt.
Die Ortsverwaltung I. A.: Fritz Wappler.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Michaelstraße 1, part. Filiale Berlin I. Tel.: W. IV, 9807.

Achtung! Herrenmaßschneider! Achtung!

Am Montag, den 8. März, abends 8¹/₂ Uhr, findet in den neuen „Arminhaken“, Kommandantenstr. 58, eine

Öffentliche Versammlung

statt. Tages-Ordnung: 162/6

Die gegenwärtige Situation in der Herrenmaßbranche und welche Aufgaben erwachsen den Herrenmaßschneidern hieraus? Referent: Kollege Kunze.

Angeichts der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen Die Kommission.

Steinarbeiter!

Berlin I.

Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr:

Anberord. Mitgliederversammlung

in der „Lebensquelle“, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die mit den Unternehmern stattgefundenen Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu denselben. 2. Gewerkschaftliches. 171/9*

Jeder Kollege ist verpflichtet, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Möbel- u. Waren-Kredithaus

Alexanderplatz-Passage, Alexanderstr. 39-40
Vollst. kompl. Wohnungs-Einrichtungen, Konfektion
Wäsche-Ausstattungen Kleiner Anzahlung. Bequeme Abzahlung.

Raucht

Réunion-Cigaretten

Genau nach Galvost

HARMONIE - 2 PF. VINETA N°33 9 PF.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 14. März 1909, vormittags 11 Uhr,
im Saale der Brauerei Friedrichshain:

Übungs-Stunde.

Gesüßt werden: 1. Zum 1. Mal. 2. Bruderlied. 3. Wir glauben an der Freiheit Sieg. 4. Wie wenig ist's im Monat Mai.

Im Nebensaal pünktlich 10 Uhr vormittags: Ausschuß-Sitzung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten. Der Vorstand.

NB. Es ist Pflicht aller Sangesbrüder der geladenen Vereine, zu der am Montag, den 8. März, stattfindenden Sitzung pünktlich zu erscheinen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1230. Charitestrade 2. Col III. Amt 3, 1957

Bauanschläger!

Dienstag, den 9. März, abends 8¹/₂ Uhr:

Allgemeine Versammlung

der Bauanschläger Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion. Kollegen! Nachdem nun Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden haben, ist es notwendig, daß ein jeder von Ihnen unterrichtet ist, was die Arbeitgeber beabsichtigen. Da es sich um die Interessen eines jeden Kollegen handelt, so ist es Pflicht des einzelnen, für einen guten Besuch der Versammlung zu sorgen. In dieser Versammlung darf kein Bauanschläger fehlen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 112/19

Dienstag, den 9. März 1909, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in Reinickendorf beschäftigten Metallarbeiter

bei Sandau, Reinickendorf-Ost, Reibbstr. 124.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Krieken: „Die Ursachen der wirtschaftlichen Krise“. 2. Wahl eines Gewerkschafts-Unterkommissionsmitgliedes. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen der Betriebe Reinickendorfs werden ersucht, in dieser Versammlung so zahlreich wie möglich zu erscheinen.

Metallarbeiter-Notizkalender

Stück 60 Pf. sind im Bureau zu haben. 112/20

Die Ortsverwaltung.

Andreas-Festsäle.

Dir.: H. Borgmann. Andreasstr. 21. Teleph.: 13386.

Allen Freunden und Bekannten sowie Gewerkschaften und Vereinen zur Kenntnisnahme, daß ich das Lokal von Fritz Walter übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Gäste stets zu ihrer Zufriedenheit zu bedienen und bitte ich um geneigten Zuspruch.

Große Theaterbühne steht den Vereinen zur Verfügung. — Noch frei: Karfreitag, 2. Osterfeierabend sowie einige Sonnabende und Sonntage. Hochachtungsvoll

H. Borgmann.



Jandorf's Kinder-Woche



Spittelmarkt Belle Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Kinderschürzen

Kinderschürzen Reformhänger aus gemust. Stoffen	ca. 45	50	55	60	65	70	75 cm
	75	85	95	1.05	1.20	1.35	1.50
Kinderschürzen aus gemusterten Stoffen mit Achselstreifen	ca. 45	50	55	60 cm			
	85	95	1.05	1.15			
Kinderschürzen Reformhänger a. schwarzem Panama	ca. 50	55	60	65	70	75 cm	
	85	95	1.05	1.20	1.35	1.50	
Kinderschürzen aus weissen Batistm. Stck.	ca. 45	50	55	60 cm			
	65	75	85	95 Pf.			
Knabenschürzen hell oder dunkel, hübsch besetzt	ca. 45	50	55 cm				
	85	95	1.05				

Kinder-Wäsche

Mädchen-Hemden Achselchluss u. Trimming, 10 Größen	60 bis	1.35
Achselchluss mit Languetten, 10 Größen	75 bis	1.65
Mädchen-Beinkleider mit Stickerel, offene Form, 9 Größen	70 bis	1.35
Mit Stickerel, geschlossene Form, 9 Größen	85 bis	1.65
Knaben-Hemden 10 Größen	45 bis	1.45
Mädchen- u. Knaben-Nachthemden in hervorragender Auswahl		

Kinderkorsette

Kinderkorsett grau oder weiss	1.25, 1.65
Kinder-Reform-Korsett grau oder weiss Dreil	2.45
Kinder-Leibchen weiss	
Grösse	1 2 3 4 5
	45 60 75 90 1.05

Kinder-Kragen und -Mützen

Matelotkragen mit seidnem Lavallier	55 Pf.
Serviteur mit Kragen	33 Pf.
Stehkragen mit Untertuch	13, 25 Pf.
Manschetten	Paar 30 Pf.
Sporthemden in neuen Dessins	1.75, 2.25
Matrosenmützen für Mädchen oder Knaben	38, 75, 95 Pf.
Jockey-Mützen für Mädchen oder Knaben	45, 75 Pf.
Prinz Heinrich-Mützen	48, 70, 95 Pf.
Baby-Käppchen viele Farben	28, 45 Pf.
Hosen-Träger	28, 45, 65 Pf.
Matrosen-Strohüte für Mädchen und Knaben, weiss	65, 95 Pf.
Matrosen-Strohüte blau-weiss	75, 95 Pf.
Matrosen-Strohüte weiss mit Einfassung	2.90
Matelot-Strohüte für Knaben	45, 75 Pf.
Regenschirme für Mädchen od. Knaben	1.25
Einssegnungshüte in grosser Auswahl	1.60, 1.95

Kinder-Handarbeiten

3 Stück Kinderlätzchen vorgez.	65 Pf.
3 Stück Kinderlätzchen fertig	95 Pf.
Russenkittel mit Blende garniert vorgezeichnet	95 Pf.
Russenkittel fertig, handgestickt	1.85
Spielschürzen mit Kragen u. Krawatte, vorgezeichnet	95 Pf.
Spielschürzen mit Borten garniert, handgestickt	1.75
Kindertäschchen zum Umhängen, hübsch garniert	35 Pf.
Handarbeitskorb f. die Schule	48, 75 Pf.

Kinder-Stiefel

Baby-Schnürstiefel aus Stoff	65, aus Leder 95 Pf.
Schnür-Stiefel aus Leder mit fester Sohle	18-22 1.35
Schnür-Stiefel aus braun. Ziegenleder mit fester Sohle	18-22 1.90
Schnür-Stiefel aus Rostleder	25-30 2.75 27-30 3.25 31-35 3.75
Schnür-Stiefel aus Box-Calf	25-30 4.00 27-30 4.75 31-35 5.50
Schnür-Stiefel aus braun. Chevreaux	5.25, 6.00, 6.75



Kinder-Konfektion

Mädchen

Kinder-Kleid „Margot“ aus Barchent, in verschied. Dessins, Hängerrasson mit 2 Volants, Passe u. Lackgürtel, ca. 50-65 cm lang	95 Pf.
Kinder-Kleid „Anita“ aus karliert. Stoffen, ganz auf Futter, moderne Passon, mit Knöpfen und Samtband reich garniert, Lackgürtel, halbfrei oder hochgeschlossen, ca. 45-70 cm lang	3.95
Knaben-Blusen-Anzug	3.75
Kinder-Kleid „Alisa“ aus reinwollenem Musselin, mit farbiger Bordüre, Blusenfassung, ganz auf Futter, ca. 50-65 70-85 90-100 cm	5.25, 6.90, 8.95
Matrosen-Kleid „Victoria Louise“ aus reinwollenem Cheviot, Faltenrock, ganz auf Futter, Kragen mit Soutache garniert und Krawatte	5.95, 7.75, 9.75
Falten-Kittel „Adalbert“ aus reinwollenem Cheviot, braun oder marine, ganz auf Futter mit Matrosenkragen u. Lackgürtel, ca. 45-55 cm lang	5.25
Kinderkleid „Rothkäppchen“ aus reinwollenem Cheviot, weiss oder marine, Hängerrasson, ganz auf Futter mit farbiger Borte garniert und Schärpe	5.75
Russenkittel mit farbigen Borten besetzt	98, 1.45, 2.25



Knaben

Knaben-Tennis-Blusen aus weiss-blaugestreiften Stoffen	für 3 bis 8 Jahre 95 Pf.
Knaben Leibchen-Hosen aus blauem Cheviot, oder grau gemusterten Stoffen	für 3-8 Jahre 95 Pf.
Knaben-Stoff-Blusen aus blauem Cheviot, hoch geschlossen, Kragen mit weissem Soutache besetzt	für 3-2 Jahre 1.25
Knaben Wasch-Anzüge Blusen-Fasson aus weissen, modelarbigem od blauweiss gestreiften Stoffen, für 3 bis 8 Jahre	1.95
Knaben Schul-Anzüge Blusen- od. Sport-Fasson, aus blauem Cheviot, oder gemusterten Stoffen	für 3-9 Jahre 3.75
Kieler Knaben-Paletots aus gutem la blauem Cheviot, ganz gefüttert mit Abzeichen und Aermelstickerel	für 3-8 Jahre 4.65
Knaben Schul-Hosen für 7-8 9-10 11-12 13-14 Jahre	1.65 1.80 1.95 2.10

Weisswaren

Kinder-Kragen mit passenden Aermelaufschlügen, in vielen Mustern	48, 75, 95, 1.45
Kinder-Schärpen mit Franzen, verschiedene Farben	45, 85, 1.25, aus reinseidenem Tafelband mit Quasten 1.95
Kinder-Häubchen Schattenform, Strohkopf, mit seidener Garnitur, sehr elegant ausgeführt	2.90
Haarbänder in vielen Farben, ca. 1 Meter lang	5, 8, 10, 15 Pf.
Haarschleifen aus breitem, reinseidenem Tafelband, in vielen Farben	40 Pf.
Ein grosser Posten reinseidener Lavalliers in schottischen Mustern	35 Pf.
Sehr grosse Sortiment Kinder-Kragen in den verschiedensten Ausführungen	48, 75, 95 Pf.
Kinder-Badelaken weiss oder bunt, prima Kruselstoff	95, 1.45, 1.95

Kinder-Trikotagen

Kinderstrümpfe 1/1 gestrickt, englisch lang, schwarz oder lederfarbig	Grösse 1, 2, 3, 4... 28, Grösse 5, 6, 7, 8 38 Pf.
Kindersöckchen hell od. dunkelfarbig geringelt	Grösse 1, 2, 3... 28, Grösse 4, 5, 6... 38 Pf.
Kinder-Trikots ca. 55 65 75 85 cm makofarbig	65 90 1.15 1.40
Knaben-Sport-Hemden ca. 60 70 80 cm mit Steh-Umlegekragen	1.45 1.85 2.25
Sport- und Turnergürtel für Knaben	35, 45 Pf.

Kinder-Taschentücher

Taschentücher mit bunt. Rand 1/2 Dtz.	65 Pf.
Taschentücher weiss mit buntem Rand im hübschen Karton	1/2 Dtz. 75 Pf.
Taschentücher weiss Linon mit Buchstaben	1/2 Dtz. 85 Pf.
Taschentücher mit Bildern bedruckt	5, 10 Pf.

Schulmappen für Mädchen

Glanz-Ledertuch, schwarz mit Lederhenkel, Arm- und Rückenmappe	1.45, 2.45
Leder-Imitation, braun mit Futter, Arm- und Rückenmappe	2.90
Leder, schwarz, Arm- und Rückenmappe	4.00
Rindleder ohne Pappeneinlage, Arm- und Rückenmappe	5.75, 6.85

Schultornister für Knaben

Glanz-Ledertuch, schwarz mit schwarzer Ledertuchklappe	95 Pf.
Ledertuch, schwarz mit imitierter Seehundklappe	1.35, 1.85
Lederimitation, braun mit Klappe	2.90
Leder mit Lederklappe	4.00
Rindleder mit Rindlederklappe ohne Pappeneinlage	5.75, 6.85
Frühstückstasche aus Wachtuch	48 Pf.
Frühstückstasche aus Rindleder	95, 1.25

Schulartikeln

Schulhefte 20 Blatt stark	Dtzd. 70 Pf.
Schuldiarien 120 Blatt stark	38 Pf.
Schulbleistifte gute Qual., Dtzd.	25, 45 Pf.
Schulfedern imit. Perry	12 Dtzd. 45 Pf.
Schul-Etui Ersatz für Federkasten	45 Pf.
1 Schachtel verschied. Federn ca. 100 Stück Inhalt	25 Pf.
Postkartenalbum für 300 Karten, mit reich. Deckelpräg.	48 Pf.

Musselin „Reine Wolle“, für Kinderkleidchen, in neuen hübschen Mustern, Wert bis Meter 90 Pf. durchweg Meter **60 Pf.**



Kleiderstoffe in aparten Karos od. Streifen-Mustern besonders für Kinder-Kleidchen geeignet, Wert bis Meter 1.75 durchweg Meter **95 Pf.**

Verschiedene Kinder-Artikel

Kindertassen mit Untertassen glatt	6, dekoriert 12 Pf.
Kinderbecher Porzellan, dekoriert	9 Pf.
Kinder-Ess-Service dekoriert 4 teilig	98, 1.35
Kinder-Waschgarnituren 3 teilig	98 Pf.
Kinder-Kaffeeservice weiss, bestehend aus: Kännchen, 2 Tassen, Zuckerschälchen, Sahnesüßgüßchen	38 Pf.
Kinder-Kaffeeservice mit hübschem Dekor	1.90

Matrosen-Strohhut für Knaben u. Mädchen **75, 95 Pf.**

Spielwaren

Schäfchen mit Rollglocke	48, 95 Pf.
Laufreifen	48, 95 Pf.
Schiffe aus Holz	10, 25, 48 Pf.
Blechspiele im Karton	48, 95 Pf.
Blech-Sandsiebe	48, 95 Pf.
Hasengespanne	48, 95 Pf.
Netzballsiele mit Ball	48, 95 Pf.
Holzkegel	48, 95 Pf.
Trudelfreifen	10, 22, 33 Pf.
Wagen mit Hühnchen	48 Pf.
Holzzeimer gefüllt mit Sandformen mit Holzbrandmalerei	48, 95 Pf.
Gartengeräte imitiert Holzbrandmalerei	48, 95 Pf.

ca. 2000 Bände Jugendschriften für Knaben u. Mädchen **15, 25 Pf.**

Mehr Bergarbeiterchutz!

Wie berechtigt die Forderungen der Bergarbeiter nach mehr Bergarbeiterschutz sind, wurde wieder einmal dargestellt durch die Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg gegen den Betriebsführer Otto Jbille, der angeklagt war, das Bergwerkunglück auf Grube „Städel“ bei Böpke (Regierungsbezirk Magdeburg) verschuldet zu haben.

Das Unglück, bei dem acht Bergleute ums Leben kamen, ereignete sich am 23. März v. J. Die Bergleute waren damit beschäftigt, einen neuen Stollen anzulegen, durch den eine Verbindung des in Betrieb befindlichen Schachtes mit einem stillgelegten Schacht herbeigeführt werden sollte. Als sie bis auf etwa 10 Meter dem alten Bau nahegekommen waren, erfolgte plötzlich ein heftiger Durchbruch von Wasser, das aus dem alten Schachte kam. Der Durchbruch war so stark, daß acht Bergleute sich nicht zu retten vermochten und ertranken. Ihre Leichen sind bis auf eine noch heute nicht geborgen.

Dem Angeklagten Jbille wurde nun vorgeworfen, durch Fahrlässigkeit das Unglück verschuldet zu haben. Erfahrungsgemäß seien alle verlassenen Schächte in der Regel unter Wasser. Um das im vorliegenden Falle einwandfrei festzustellen, soll der Angeklagte unterlassen haben, rechtzeitig Vorbohrungen vorzunehmen. Ihm wurde weiter vorgeworfen, in der Anlage eines Fluchtweges säumig gewesen zu sein und nicht für das Vorhandensein von Verstopfungsmaterial gesorgt zu haben.

Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Er sei noch am Vormittag des Unglückstages in der Grube gewesen und nicht habe auf eine Katastrophe hingedeutet. Etwas Wasser sei allerdings immer im Schachte gewesen; die Arbeiter wären gegen die ständige Gefahr, in der sie dadurch schwebten, daß jederzeit ein wasser- und wassergefüllter alter Stollen angeschlagen werden konnte, schon allzu gleichgültig geworden. Die bergpolizeilich vorgeschriebene Anlage eines Fluchtweges will der Angeklagte nicht vorschriftsmäßig haben ausführen können, weil die Bohrung dieses Weges infolge des harten Gesteins sehr schwierig gewesen sei.

In der Beweisaufnahme kam zur Sprache, daß mehrere Bergarbeiter darauf hingewiesen hätten, daß nicht alles in Ordnung sei. Ein Aufseher hat aber darauf geantwortet: „Die haben mehr Angst als Schmerzen!“ Ein Häuer, der sich bei dem Unglück mit Mühe zu retten gewußt hat, sagte als Zeuge aus, daß zwar Bohlen zum Gebrauche für Schutzvorrichtungen vorhanden gewesen seien, daß sie aber festgenagelt waren. Der Zeuge Markscheider Hofmann ist von der Anlage des neuen Stollens nicht unterrichtet gewesen. Hätte er davon etwas gewußt, so würde er die Arbeiten so lange inhibiert haben, bis eine genaue markscheiderische Aufnahme erfolgt wäre.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung wurde festgestellt, daß der Bergwerksinspektor nur ungefähr alle 14 Tage die Grube besuche und der Betriebsdirektor noch seltener hinkame.

Die Ansichten der Sachverständigen gingen sehr weit auseinander. Während ein Oberbergamt, ein Bergmeister und ein Obermarkscheider den Angeklagten für das Unglück verantwortlich machten, hielten sich mehrere Bergwerksdirektoren auf den entgegengelegten Standpunkt; das Unglück habe nicht vorausgesehen werden können. Die erstgenannten Sachverständigen waren der Meinung, daß die Bergleute, wenigstens zum Teil, hätten gerettet werden können, wenn mit mehr Vorsicht gearbeitet worden wäre. Daran habe es der Angeklagte fehlen lassen; er hätte nur nach markscheiderischen Angaben arbeiten dürfen.

Ein Bergwerksdirektor meinte dagegen, bei dem kolossalen, explosionsartigen Wasserdurchbruch hätte niemand gerettet werden können. Vorsicht der Bergwerksleitung sei allerdings nötig, aber diese Vorsicht habe eine Grenze. Wohin solle man kommen, wenn man alle Tage den Markscheider (der vom Werk bezahlt werden muß) kommen lassen wolle? Die Bergarbeiter würden auch zu leicht gleichgültig gegen die Gefahr. Sie fehlten ihre Ehre darin, einen gefährlichen Ort zu halten, so daß man im vorliegenden Falle sagen könnte, die Leute seien ein Opfer ihrer Pflichttreue geworden.

Der Staatsanwalt hielt den Schuldbeweis für erbracht und beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nur wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung zu 100 M. Geldstrafe. Der fahrlässigen Tötung sei der Angeklagte nicht schuldig, denn es sei anzunehmen, daß sich bei dem plötzlichen Wasserdurchbruch niemand hätte retten können, auch wenn der Fluchtweg vorschriftsmäßig vorhanden gewesen wäre. Die Anordnung des Gesteins sei auch frühzeitig genug vorhergesehen gewesen und Material zum Absperren der Strecke wäre genug vorhanden, wenn auch nicht — sofort brauchbar und am Orte gewesen. Die Uebertretung wurde darin gefunden, daß der Fluchtweg nicht weit genug fortgeführt worden war und der Angeklagte ohne markscheiderische Angaben hatte weiterarbeiten lassen.

Hätten wir reichsgesetzliche Bergarbeiterchutzbestimmungen, hätten die Arbeiter das Recht, aus ihren Reichen Grubenkontrollen zu stellen, so wäre das Unglück in Böpke nicht passiert. Das beweisen die Warnungsworte der Arbeiter. Daß die Arbeiter eine Ehre darin suchen, sich in Gefahr zu begeben, wird wohl außer dem sachverständigen Bergwerksdirektor niemand glauben. Die acht Bergleute sind ein Opfer des Kapitalismus geworden, dem der Profit höher steht, als die Sorge um Arbeiterleben!

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel.

Die Statistik weist für Februar einige bemerkenswerte Verschiebungen nach. Gestiegen ist die Einfuhr von Baumwolle, im Vergleich mit dem Vorjahr von 54 205 Tonnen auf 57 043 Tonnen; der Salpeterminport stieg von 77 849 Tonnen auf 88 512 Tonnen.

Bei der Ausfuhr sind Flachs und Hanf gestiegen. Die Koffeinfuhr, die schon im Januar mit rund 127 000 Doppelzentner einen sehr niedrigen Stand inne hatte, ist im Februar abermals stark zurückgegangen und betrug nur noch 20 907 Tonnen. Andererseits ist die Halbzeugausfuhr von 30 423 Tonnen auf 34 695 Tonnen gestiegen.

Dividenden.

Die Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co., A.-G., in Selb, verteilt für das letzte Jahr 18 Proz., gegen 15 Proz. im Vorjahr.

Die Ludwig Löwe A.-G. bringt bei 2 167 237 M. Gewinn wieder eine Dividende von 16 Proz. in Vorschlag.

10 Proz., gegen 14 1/2 Proz. im Vorjahr, schlägt die Hibernia, Bergwerksgesellschaft, aus.

Der Aufsichtsrat der Bremer Koloaleumfabrik Delmenhorst beschloß in seiner Sitzung der Generalversammlung nach reichlichen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. vorzuschlagen.

Das Baffertwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier in Selskirkchen stellt wieder 10 Proz. in Aussicht.

Die Spiegelglas-Altiengesellschaft legt die Dividende auf 24 Proz. fest.

Die Porzellanfabrik Kripplis bringt 12 Proz. zur Verteilung.

Stahlverband. Der Verband des Düsseldorfener Stahlwerkverbandes betrug im Februar 1909 nach vorläufiger Schätzung: Halbzeug zirka 106 190, Eisenbahnmateriale zirka 165 160, Formeisen zirka 127 787, Gesamtproduktion zirka 399 137 Tonnen.

Maschinenarbeit in der Landwirtschaft.

In der „Elektrotechnischen Zeitschrift“, dem Verbandsorgan der deutschen Elektrotechniker, hat Ingenieur R. Krohne auf Grund sorgfältiger Erfahrungsergebnisse die Bedeutung der elektrischen Betriebsmittel für die Landwirtschaft untersucht. Daß im Laufe der letzten Jahrzehnte die Verwendung der menschlichen und tierischen Arbeitskraft in landwirtschaftlichen Betrieben zurückgegangen ist, die Zahl der Maschinen sich erhöht hat, zeigt folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Jahr, Zugpferde, Oäfen, Dampftrüge von Gütern dreifachmaschin., Arbeiter beschäftigt. Rows for years 1882, 1895, 1905.

Die Zahl der Dampftrüge und Kraftdreschmaschinen hat sich nahezu verdreifacht, obwohl die Dampftrakt auch für die Landwirtschaft nicht als ideales Betriebssystem angesehen werden kann. In der Landwirtschaft muß die Betriebskraft transportabel sein; sie muß bald hier und bald dort gebraucht werden können. So vorteilhaft die transportable Dampfmaschine, die Lokomobile, auch gegenüber dem Handbetrieb arbeitet, so sind der Verbreitung dieses Systems immer bestimmte Grenzen gesteckt worden. Die Dampflokobile ist schwerfällig und verhältnismäßig schwer zu bedienen, bedarf der sorgfältigen Wartung, ganz abgesehen von der Explosionsgefahr und der Feuergefährlichkeit, die mit dem Dampftrieb immer verbunden ist.

Eine neue Ära beginnt für die Landwirtschaft mit der Aussicht, den elektrischen Strom durch die Ausnutzung der Wasserkraft in ungeheuren Mengen zu erzeugen, über das flache Land ein Netz von Fernleitungen zu legen, die elektrische Energie überall zu verkaufen, die dann zum Antrieb der verschiedenen haus- und hofwirtschaftlichen Maschinen seine Anwendung findet.

In welchem Maße eine Arbeitersparnis durch die Anwendung des elektrischen Stromes möglich ist, zeigt folgendes Beispiel: Zum Ausdreschen und verandfertigen Sackes von 1000 Kilogramm Getreide sind erforderlich:

- a) Wenn alle Arbeiten von Hand gemacht werden: 104 Reute-stunden.
b) Wenn keine Dreschmaschine mit Göpel und Reinigungs-maschine angewendet wird, 41,4 Reutestunden.
c) Wenn elektrisch betriebener Dreschlasten mit 20 PS Motor verwendet wird: 26,4 Reutestunden.
d) Wenn elektrisch betriebener Riesendreschlasten mit Fernein-leger, Raff- und Kurzstrohhäuser, Strohpresse und Elevator mit 60 P S Motor betrieben wird: 10,5 Reutestunden.

Der Elektromotor kann folgende Arbeitsmaschinen treiben:

- 1. Maschinen, welche den Rohertrag erhöhen:
a) für die Befestigung: Getreideeinigungsmaschine für Saatgut, Trieure, elektrische Flüge;
b) für die Ernte: Mähmaschinen mit Selbstbinder, Kartoffelerntemaschinen, Rübenheber, Dreschmaschinen, Bewässerungsanlagen.

2. Maschinen, welche die Unkosten vermin-dern: a) Hebevorrichtungen: Entladevorrichtungen in Scheunen, Elevatoren für die Beförderung von Getreide und Stroh auf die Mieten oder in die Scheunen sowie des Genes auf den Boden, Sackaufzüge, Jauchepumpen; b) Transportmittel: Transportriemen und Bänder sowie Gebläse für die Beförderung der Körner, Feld-bahnen, Spille und Winden zum Befördern schwerer Lasten; c) für die Wertverwertung: Strohpresen, Mähmaschinen, Sädel-maschinen für Verkaufsgut.

3. Die Maschinen der Landindustrie. a) Brenneri-maschinen und Maschinen für die Stärkefabrikation. Wasserpumpen für alle Zwecke; b) Molkerei: Milchfahler, Zentrifugen, Butter-fässer, Knetter, Pressen usw.; c) Schneidmählen, Streifmägen und Gattermägen; d) Stelmachereimaschinen, Bandsägen, Bohrmaschinen, Drehbänke, Radmaschinen.

4. Futterberechtigungsmaschinen für die Vieh-zucht. Häckselmaschinen, Rübenscheider, Schrotmählen, Kar-toffel-, Hafer- usw. Quetschen, Wasserpumpen.

So wird auch in der Landwirtschaft die neue Zeit mit den alten Gewohnheiten aufräumen. Der vom Dampfergepöhl gezogene einfache Pflug verschwindet, die Herrschaft tritt an der elektrische Pflug. Die Technik wird in den nächsten Jahrzehnten durch die Ausgestaltung der großen Projekte in der Anwendung der Wasser-kraft für den elektrischen Betrieb, die Landwirtschaft in ihrer Produktionsbedingungen gründlich umgestalten.

Soziales.

Der unfehlbare Magistrat von Senftenberg.

„Im Auslegen seid frisch und munter, legt ihrs nicht aus, so legt ihrs unter.“ Dieser Mahnung bedarf der Magistrat von Senftenberg nicht. Er kann schon. Hatte da ein Tischlergeselle bei der Krankmeldung nicht gemeldet, daß er Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes sei und war vom Vorstand der Klasse in eine Ordnungsstrafe von 3,00 M. genommen, weil er verschwiegen habe, anderweitig gegen Krankheit versichert zu sein. Der Betroffene legte bei der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat in Senftenberg, Ver-wahrung ein und erhielt darauf folgenden Bescheid:

Senftenberg, den 22. Februar 1909.

Auf Ihre Beschwerde gegen den Vorstand der hiesigen Ord-nungskasse vom 15. v. M. um Auszahlung des Ihnen angeblich zustehenden vollen Krankengeldes erhalte Sie hiermit den Be-scheid, daß nach den diesseits angestellten Ermittlungen für uns keine Veranlassung vorliegt, die beklagte Kasse zur Erfüllung des erhobenen Anspruchs zu veranlassen. Es wird von Ihnen selbst zugegeben, daß Sie einer anderen Arbeiterverbandskasse als Mitglied angehören. Soweit wir unterrichtet sind, bilden der-artige Verbände auch gleichzeitig Krankenunterstützungskassen und es bestand hiernach für Sie die Pflicht, von Ihrer Zugehörigkeit der beklagten Krankenkasse rechtzeitig Anzeige zu erstatten. Da Sie solches nun unterlassen haben, ist der Kassenvorstand berech-tigt gewesen, über Sie gemäß § 18 des Kassenstatuts eine Ord-nungsstrafe zu verhängen. Diese ist mit 3,00 M. sehr gering bemessen. Die verwirkte Strafe konnte auf das Krankengeld an-gerechnet werden. Diese von uns getroffene Entscheidung ist in Gemäßheit des § 76 des Krankenversicherungsgesetzes endgültig. gez. Der Magistrat.

Der Bescheid beruht auf einem klaren Verstoß gegen das Gesetz und gegen die Verpflichtung jeder Behörde, sich vor Erlass einer Entscheidung zu unterrichten; nicht aber ihre Beschlüsse auf ein „soweit wir unterrichtet sind“ zu stützen. Nach § 26a R.-V.-G. Abs. 2 Ziffer 2a kann Kassenmitgliedern Ordnungsstrafe durch das Statut und die Verpflichtung auferlegt werden, anzugeben, ob sie „gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind“. Die Organisation der Holzarbeiter ist keine Versicherung gegen Krank-heit, sondern eine Vereinigung im Sinne des § 152 der Gewerbe-ordnung. Bis in die höchsten Instanzen hinein, bis zum preußischen Kammergericht ist das Statut des Verbandes in dieser Weise be-urteilt. Warum informiert sich der Magistrat hierüber nicht durch eine Anfrage beim Verband? Dem Magistrat von Senftenberg scheint das Gewissen bei seiner eigenartigen Feststellung etwas ge-schlagen zu haben, er salbiert sich mit „soweit wir unterrichtet sind“, kommt aber trotz dieses Zweifels zu einer endgültigen Ent-scheidung. Dagegen ist nach dem Gesetz nichts zu machen. Freilich ließe sich erwägen, ob nicht gegen den Magistrat eine Schadenerschaf-fung wegen fahrlässiger Pflichtverletzung zu erheben wäre.

Bezeichnend ist es, daß die Reichsregierung plant, trotz der dokumentarischen und durch das Oberverwaltungsgericht fast all-monatlich bezugenen Unkenntnis von Magistratsbeamten auf dem versicherungrechtlichen Gebiet, diese Art Beamten gar zu Kassen-vorsitzenden zu machen. Der Reichsregierung empfehlen wir, eine Sammlung amtlicher Belege über diese Unfähigkeit der Beamten ihrer Vorlage als Material beizulegen.

Billigste Lebensmittel-Woche. Deutscher Waren-Einkaufs-Verein Berlin 47, G. m. b. H. Advertisement listing various food items and prices for a week-long sale.

Für den Haushalt. Kathreiners Malzkaffee. Advertisement for coffee, highlighting its health benefits and taste.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freie Volksschule.
Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr: 10. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Rabagas.
Nachmittags 8 Uhr: im Sternfeld-Theater (Nummern der Karten 501-1000): Der Probekind.
Montag, den 8. März, abends 8 Uhr: 14. III. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Der Diamant und Der gedrohte Ring.
Neue Freie Volksschule. Am Sonntag, 7. März, nachmittags 2 1/2 Uhr: im Deutschen Theater: Reizender; in den Kommerzien: Frühling's Erwachen; im Neuen Theater: Der Schwarzfischer - Silberfischer; im Neuen Operetten-Theater: Das verunschöne Schloß; im Berliner Theater: Bartel Turator; im Heibel-Theater: Erde; im Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: Schlagende Better; im Schiller-Theater O: Ein Volksfeind; im Schiller-Theater Charlottenburg: Julius César.

Lessing-Theater.
Sonntag 3 Uhr: Die versunkene Glocke. Abends 8 Uhr: Grisolda.
Montag 8 Uhr: Der König.

Ibsen-Zyklus.
Abonnement auf 10 Vorstellungen. Kart. 55 resp. 50 und 40 Kart. 2. Rang-Karten 30 resp. 20 Kart. Der Verkauf ist eröffnet.

Heibel-Theater
Königsgraber Str. 57/58. Kart. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Neues Theater.
Sinfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von uns Leut'
Nachm. 3 Uhr: Bartel Turator.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 20, a. d. Luisenstr.
3 Uhr: Das verunschöne Schloß.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens.
Der tapfere Soldat.
Abends 8 Uhr:
Heute nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Ein Walztraum.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Abends 8 Uhr:
„Kümmere dich um Amelie.“
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 7. März, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitssnacht.

Luisen-Theater.
Nachmittags 3 Uhr:
Das Mädchen auf dem Weg.
Abends 8 Uhr:
Bis früh um fünf.
Montag: Der Störenfried und Die Dienstboten.
Dienstag: Bis früh um fünf.
Mittwoch: Das Mädchen auf dem Weg.
Donnerstag: Die goldene Lebenslüge.
Freitag: Dorf und Stadt.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Seine kleine Freundin.
Abends 8 Uhr:
Im Klubsessel.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, den 7. März, nachm. 3 Uhr:
Sum 1. Male:
Schlingende Wetter.
Abends 8 Uhr:
Kean.
Montag: Kean.
Dienstag: Schlagende Better.

Rixdorfer Theater
Bergrstraße 147.
Sonntag, den 7. März 1909:
Gastspiel des Herrn Hans Schröder vom Hoftheater in Wiesbaden:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Gastspiel-Theater.
3. Köpenickerstr. 65. 8.
Zum 524. Male:
Sherlock Holmes

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 49/50.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Montag 8 Uhr:
Zum 1. Male: Auf den Trümmern Messinas.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Str. No. 14
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seeottern, Reptilien etc. 46/18

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin! die Amazonen-Königin mit ihrer wilden Leibgarde
Das blaue Weib,
das Opfer unarmherz. Tötung.
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Heute 2 Vorstellungen.
Nachm. 3-7: Kleine Preise.
Abends 8-11 Uhr.
Tacianu.
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelzone.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - fadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schults.
Massary - Perry
Holden - Bender
Glamplero - Kettner
Pflanz - Thielcher.

WINTERGARTEN
Heute 2 Vorstellungen
Sonntag: Anfang 3 1/2 Uhr: kleine Preise.
Anfang 3 Uhr: gewöhnl. Preise.

Robert Steidl
Linne de Vries
George Bonhair-Truppe,
barische Spiele,
sowie
die hervorragenden Kunstkräfte des neuen Programms!

Apollo Theater
Nachm. 3 1/2 Uhr! Kleine Preise!
Dramatisches Vorlesung.
Onkel Casimir.
Dazu: Die phänomenalen Marx-Attraktionen.
Abends 8 Uhr: Elite-Vorstellung.
Der junge Papa.
10 Uhr: 10 Uhr:
Alice Norton.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 122
Abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Somitagspreise.
Nachm. 3 Uhr halbe Preise: Das Warenhaus-Fräulein.
Montag: Wohltäter der Menschheit.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum 118. Male:
Der Kompagnieball
Anfang wochentl. 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Sollmannstr. 72.
Günstlich neues Programm mit Franz Sobanski
Lilly Hella, Ernst Gros, Dr. Köster, Oda Lischow, Bernhard Marx, Lola Götz, The Johnstons, Gailly, britischer Reuten-Vogel-Vitt. Siegel siegelt alles.
Schwank mit Gesang von D. Richter.

Schiller-Theater.
O. (Schiller-Theater.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeind.
Schauspiel in 5 Akten von G. Hofen.
Deutsch von E. Lange.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Schwank in 3 Akten v. Hans Gaud.
Montag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Julius César.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespears.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Trauerspiel in 5 Akten von Ernst v. Bibendorff.
Montag, abends 8 Uhr:
Komtesse Guckerl.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.

Wäsche-, Krawattenbranche
Mitgliedschaft Berlin III
des Schneider- und Wäschearbeiter-Verbandes
Deutschlands.
Sonnabend, den 13. März 1909
berathen wir ein
Rosen-Fest bei den Mugdanesen
in den neu decorierten Räumen der
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee.
Auf dem Festplatz: Humoristische Veranstaltungen aller Art, großes Ringelreihen, Rutschbahn, Rodelbahn, multitalisches Mit-Bräu.
Von 9 Uhr an: **Großer Ball.** Doppelmusikstücken, Guldungoreigen, ausgeführt von jedem Kolonnen usw.
Wir bitten recht zahlreich und möglichst in Sommerkleidung, orientalischen Trachten oder fremdländischen Kostümen erscheinen zu wollen.
Anfang des Festes 8 1/2 Uhr. Eintrittskarten 50 Pf. Einladungen sind zu haben in allen Rathstellen des Verbandes von Berlin.
Die Ordnerverwaltung Berlin III.
NB. An Pflästerinnen, Stärkerinnen, Näherinnen vermittelt der Verbandssachwalter, Neue Königstr. 6, unentgeltlich Arbeit, Meldungen dort erwünscht.

Berliner Volks-Chor
Dirigent Dr. E. Zander.
Montag, 22. März, abends 8 1/2 Uhr u.
Dienstag, 23. März, abends 8 1/2 Uhr:
im Konzertsaal der
Brauerei Friedrichshain
Händel: „Acis und Galatea“.
Bach: „Der zufriedengestellte Aeolus“.

Mitwirkende: Frau Hedwig Marck (Sopran), Frä. Hertha Dehmow (Alt), Willi Schmidt (Tenor), Kgl. Hofopernsänger Friedrich Ptaschko (Baß), Professor Dr. Seiffert (Cembalo), Walter Fischer (Orgel), das Neue Tonkünstler-Orchester, der Berliner Volks-Chor.
Vorverk. 70 Pf. inkl. Garderobe. Kasseneröffn. 7 Uhr. Abendkasse 1 M.
Billets und Texte sind zu haben bei: E. Beyer, Veteranenstr. 11; Bielowitz, Gräfenstr. 35; Bobsien, Kommandantenstr. 62; Brinkmeyer, Alexandrinenstr. 25; Böttger, Zossener Str. 30; Skalitzer Str. 107; Fischer, Veteranenstr. 6; Heinrich, Wrangelstr. 107; Rixdorf, Münchener Str. 19; Honze, Petersburger Str. 34; Horsch, Engelufer 15; Hanse, Neue Königstr. 86; Ihm, Wrangelstr. 55; Niemeyer, Weberstr. 19; Reichardt, Am Friedrichshain 34; Roloff, Wörther Str. 31; Röhle, Moritzplatz; Schulz, Admiralstr. 40a; Neidhardt, Görlitzer Str. 54; Schroll, Landwehrstr. 3 u. Zornsdorfer Str. 59; Seimorfeld & Co., Rosenthaler Str. 51; Stahlberg, Großbeerenstr. 27; Vogel, Koppenstraße 82; Lortzingstr. 37; Wehnacht, Grünstr. 21; Kroll, Neue Königstraße 84; Knöpfel, Königsberger Str. 11; Buschow, Greifswalder Straße 9; Tabakarbeiter-Genossenschaft: Koppenick Str. 20a, Theaterstraße 18, Koppenhagen Str. 2, Fehmarstr. 8, Palitzstr. 15, Swinemünder Str. 58, Petersburger Str. 4, Kopernikusstr. 11; Parteidemission, Immanuelkirchstr. 18; Brauerei Friedrichshain und in allen mit Plakaten belegten Handlungen. 28/10*

CASTAN'S FANOPTIKUM
Friedrichstr. 165 (Pechorpalast).
Heute Sonntag! Der dreibeinige Mann.
Humoristische Künstler-Abende.
Neu! Max Don Bischof Neu!
der Anführer der munteren 50 Fremdenlegionäre.

Neue Welt Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
„Das“ Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
Rutschbahn. Orig. Riesen-Decorations. Wasserfall.
3 Kapellen. 30 bayerische Mäd.
In den hinteren Sälen: **Großer Ball.**
Anf. Sonntags 4 Uhr. Veranzüge: Entree Sonntags 30 Pf.
Morgen, Montag: **Hausball**, arrang. von Angestellten:
„Kirchweihfest in Garmisch-Partenkirchen“
Avis! Dienstag, den 9. März 09: Elitetag: **Prämierung der schwersten Bawerwurst.**
3 Barpreise: 20 M., 30 M., 20 M.

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18
Querstraße der Rosenthaler Straße - am Hackeschen Markt
Inhaber: Paul Baatz
empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Veranstaltungen, Festg., u. Amstaben usw. Vorzügl. Musik. Anl. entgegenkommen.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg
Frankfurter Chaussee 5 (früher 180).
Inh.: Gehr. Arnold.
Fornsprecher Friedrichsberg No 8
Jeden Sonntag:

Große Tanz-Reunion.

Volkslieder-Abend
Sonntag, den 7. März 1909, abends 7 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Herr Robert Kothe (Lieder zur Laute) - Margarete Walkotte (Recitationen aus des Knaben Wunderhorn).
Entree 50 Pf. [1183b*] Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Hirsch, Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15.

Zirkus Schumann
Sonntag, 7. März, 2 1/2 Uhr und 7 1/2 Uhr:
2 Große Vorstellungen 2
Nachmittags hat jeder Erwachsene unter 10 Jahren frei, weitere Kinder zahlen halbe Preise.
In beiden Vorstellungen angekündigt:
Golo, der Seeräuber
Paet, Tiberio
Rithlow Fesselakt.
Amerikanische Lynchjustiz!
!!! Nur kurze Gastspiel!!!
Obrenovitch Christitch
Georges Milan
Sohn des Königs Milan von Serbien.

Bliithner-Orchester.
Sonntag, 7. März, 7 1/2 Uhr:
Populäres Konzert.
Dirigent: Ferdinand Nelsner.
Solist: A. v. Pflügel (Gesang)
A. d. Prog.: Massenet: Ouv. z. „Phédra“, Delibes: Suite a. „Coppelia“, Mozart: Arie a. „Figaros Hochzeit“, Verdi: Arie a. „Ernani“.
Karten a. 1.50, 1.-, 0.75 b. Note & Boek, Wertheim usw., Orchesterbureau Lützowstr. 76, Tages- und Abendkasse am Konzerttag. 258/6
Donnerstag, 12. März, 8 Uhr:
XX. Sinfonie-Konzert.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kasseler-Allee 7-9.
Nachmittags **Narziß.**
3 Uhr:
Trauerspiel in 5 Akten v. Graf Vogel.
Abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Trauersp. in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Montag: Uriel Acosta.
In Vorbereitung: **Reizend!**
Schlagweiser.

Folies Caprice
Zum 87. Male:
Ein lediger Chemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Grüfter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2402).
Sonntag, den 7. März 1909:
Bürsenfieber.
Aufst. in 4 Akten v. Dr. A. v. Schreyer.
Kuj. d. Boek 7. Aufführung 6 Uhr.
Konzert 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Montag, den 8. März: Soiree der heutigen Sänger.

Gebäude Herrnfeld-Theater.
Ververk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton und Donna Herrnfeld in den Hauptrollen.

Palast-Theater
Bergstraße 21, 2 Minuten vom Bahnhof Hefe.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Eitelke Stell
Georg Galler
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12
Seine Geliebte.
Schwank in 1 Akt.
Familienfeste, wochentl. halbe Preise, überall gratis zu haben.

XIV. Saison.
Zirkus Busch
Sonntag, den 7. März 1909!
Gr. außerordentl.
2 Gala-Vorstellungen 2
Kadm. 4 und abds. 7 1/2 Uhr.
Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei. Jedes weitere Kind um 10 Jahren halbe Preise. (Walter's volle Preise.)
In beiden Vorstellungen:
Der weltberühmte Original-Konsul Peter
In beiden Vorstellungen:
Die Erics!
In beiden Vorstellungen:
Die Briatores!
Vongleure zu Pferde!
In beiden Vorstellungen:
Die Schwestern Truzzi
Reitkünstlerinnen!
In beiden Vorstellungen:
Vorführen u. Reiten d. beschriebl. Schül., Freiholt- u. Springpferde.
In beiden Vorstellungen:
Sämtl. Wochentl. mit den neuesten Wägen und Späßen.
Nachmittags 4 Uhr:
Barbarossa!
Abends 7 1/2 Uhr:
Auswanderer

Casino-Theater
Königsgraber Str. 87. Täglich 8 Uhr.
Das neue März-Programm!
Moto Boy - Wenzl über Waldfire?
Das urkämische Lied Duett.
Neu! Walzernacht. Neu!
Bu Bland.
Sonntag 4 Uhr: Winter Gräberl.

Walhalla-Variete-Theater
Wienbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Heute 2 Vorstellungen.
Nachmittags 3 1/2 Uhr, A. Stelle.
Jeder Besucher 1 Kind frei.
Abds abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Das vollständige Programm.
Im Tunnel: Jap. Blumendust. Reglementstag. Theaterbel. dab. fr. Eintr.

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Ohl. Baumstr. 18.
Wochentagspreise! Entree 30 Pf.
Der Vampyr von London.
Schauspiel in 3 Akten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Sonntag: Neues Programm.
Elite-Soiree Tanzkränch.
Hoffmanns nordd. Sängers
Der Jubiläumstag.
Schwank in 1 Akt.
Alle Liebe reißt nicht.
Schwank in 1 Akt.
Beg. Sonnt. 5. wochentl. 8.11.
Morgen Sonntag:
Hoffmanns nordd. Sängers
Tanz.

Dienstag: Theaterabend: Die goldene Wa.
Mittwoch: Besuch der Gaud-angehörigen. Freitag, 12. März: Extra-Theater-Abend.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanwält.
Schwank in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Operette
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annenstr. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei günstigem freiem Entree, auch Sonntags. Sonnabend und Sonntag nach der Zeit: **Ge. Freitanz-Kinematograph.**

Brunnen-Theater
 Badstraße 58. Direktion: Will Voigt.
 Sonntag, 7. März, nachm. 8 Uhr:
Die zwei Waisen.
 Schauspiel in 7 Bild. v. Scherndberg.
 Abends 7 Uhr:
Ein gemachter Mann.
 Volksstück mit Gesang in 5 Akten
 von G. Jacobsohn.
 Nach der Vorstellung: **Ball.**

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
 Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstläufe.
Germania-Prachtsäle.
 Carl Richter.
 Schauffstr. 110. Schauffstr. 110.

Jeden Sonntag:
Paul Manthey's lustige Sängers
 (ehem. D. Steibls
 Hamb. Sängers)

Jeden Mittwoch:
Paul Manthey's lustige Sängers
 und **Frei-Tanz.**
 Vorzugskarten gelten.

Anton Boekers Ball-Salon.
 Jede noch Connabends und Sonntags
 alle zu vergeben, auch ein
 Beschluszimmer in der Höhe frei.
Anton Boekers, Weberstr. 17.
 T-R.: VII, Nr. 13414. 1412

Schultheiss-Bier

verdankt sein Renommee
 seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit.

Millionenfach erprobt und bewährt



ist die Selbst-
 bereitung von **Kognak, Rum, allen Liköre** etc.
 unter Verwendung der rühmlichst
 weltbekannten, prämierten
Noa's Original-Extrakte.
 Preis p. Fl. 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. etc.
 Nach beigegebener, einschlägiger Vorschrift bereitet, ergeben dieselben circa
 2½ Liter vollkommen echte und wahrhaft reine Getränke von köstlichem
 Aroma und exquisitem Wohlgeschmack, allseitig als mustergültig an-
 erkannt. Die so bereiteten Liköre usw. sind den feinsten und teuersten
 Qualitäten der Welt in jeder Hinsicht vollkommen gleich, nur bis um
 das Zehnfache billiger.

Prüfen und urteilen Sie selbst!
 Lassen Sie sich nichts anderes als ebenso gut oder gar besser antun.
 Es gibt nichts Besseres! — Wertvolles 192seitig illustriert. Rezeptbuch,
 12. Auflage, „Die Destillation im Haushalte“, sämtl. Rezepte gratis.
Max Noa, Nieder-Schönhausen, Treskowstr. 5.
 Berlin, Elsassstr. 5, drittes Haus vom Rosenthaler Tor.

Café Meyer
 Dresdenstr. 123/129.
 Kaffee 10u. 15, Bier, deliz. bunt. 10 Pf.
 ca. 60 Zeitungen; 2 Billards Stb. 40 Pf.
 Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Markgrafen-Säle
 Markgrafendamm 34. Amt VII 4277
 und Hermann Scholtz.
 Jeden **Gr. Ball.**
 Sonntags: 10-12 und 3-5 Uhr,
 Sonntags nur Vorm.
 Prospekt gratis!
Berlin N 24
 Friedrichstr. 105/6

Alhambra
 Wallner-Theaterstraße 15.
 Jeden **Großer Ball**
 Sonntag: 5 Uhr.
 Großes Orchester. Anfang Sonntags
 5 Uhr. **A. Zambiat.**

Beinkranke
 Dr. **Strahl's**
 Ambulatorium
 G. m. b. H.
 Operationslose Behand-
 lung ohne Berufsberatung
 Sprechzeit: 10-12 und
 3-5 Uhr,
 Sonntags nur Vorm.
 Prospekt gratis!
Berlin N 24
 Friedrichstr. 105/6

„Zum Sporthaus“, Biegenhals bei Zenthen.
 Dampfer- und Bahnstation.
 Telefon: Amt Königs-Butterhausen 175; Post Wiedenfelde.
 Empfehle mein herrlich am Crossinsee und Hochwald gelegenes Lokal
 den weiten Vereinen, Genossenschaften, Familien und Gesellschaften zu
 Fahrpartien und Dampferausflügen.
 Zwei große Säle, Kegelbahnen, Kaffeekeüche, Volksbelustigungen.
 Desgleichen empfehle mein Restaurant mit Destillation und Gast-
 geschäft in Berlin S. 53, Fontane-Prinzenstr. 18. Ude Wäckerstraße
 Tel.: Amt IV, 173 **„Zum Leuchtturm“** Tel.: Amt IV, 173
 Vereinszimmer und Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
 Anmeldungen für Partien nach Biegenhals nehme auch hier entgegen.
 Adressbuch M. Marschal.

Möbel
 ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer-
 und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück
 einzeln zu den billigsten Preisen in guter
 gelegener Arbeit empfiehlt
Wilh. Lambrecht,
 Berlin S.W., Simeonstr. 10,
 Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste an der Willen Jakobstraße.

Am 6. März erkrankte sonst nach
 schweren Leiden mein lieber Mann
 und guter Vater, der frühere
 Restaurateur, jetzige Kaugummi-
 Händler
August Billerbeck
 im 48. Lebensjahre.
 Um 10 Uhr wurde er
Elise Billerbeck u. Sohn.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vor
 der Leichenhalle in Lichtenberg,
 Krugstraße, aus statt. 12/166

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, unseres unvergess-
 lichen Vaters und Großvaters
Ferdinand Jezorski
 sagen wir allen Freunden, Verwandten
 und Bekannten sowie dem Deutschen
 Holzarbeiter-Verein, Jährlinge
 Bergwerke, den Kollegen der Firma
 Kautzberg, dem Bahnbreite des viersten
 Kreises SO., dem Sparverein „Jahres-
 heiter“ sowie den Kolonisten „Süper
 Grund“ unseren innigsten Dank.
Wwe. Jezorski nebst
Kindern.

Dankagung.
 Für die überaus herzliche Teil-
 nahme anlässlich des Hinscheidens
 meines lieben Mannes sage ich hier-
 mit allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten herzlichsten Dank,
 insbesondere dem Reichstagsabgeord-
 neten Herrn Eichhorn für seine trost-
 reichenden Worte, sowohl den Kranz-
 spendern des sozialdemokratischen Wahl-
 kreises für den zweiten Berliner
 Reichstagswahlkreis, dem Vorstande
 des Transportarbeiter-Vereins,
 Besamung II, dem Herrn Seif
 sowie dem Vorstand der Brauerei
 Seif, der Brauerei Ullrich, der
 Brauerei Carlsberg, der Brauerei
 Sülzenhof, der Sektion der Ober-
 führer, dem Kollektivverein Treff, den
 Sparvereinen alle Freunde und
 Verwandten und meinen Freunden und
 Verwandten.
Emma Kundmüller
 nebst Kindern.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes und guten Vaters
Richard Müller
 sage ich hiermit den Genossen des
 6. Wahlkreises, desgleichen dem Ver-
 band der hausgewerblichen Hilfsarbeiter,
 dem Reichsklub „Kornland“, dem
 Sparverein „Danziger Linden“ und
 sonst allen Beteiligten meinen herz-
 lichsten Dank.
Witwe Elisabeth Müller nebst Tochter.

Dankagung.
 Für die Beweise der Liebe und
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, meines Kindes gutem
 Vater, des Trebers
Georg Knorr
 sage ich hiermit allen Bekannten und
 Kollegen herzlichsten Dank.
Jana Elisabeth Knorr.

**Orts-Krankenkasse
 der Möbelpolierer.**
General-Versammlung
 Sonntag, den 14. März 1909,
 nachmittags 3 Uhr, Blumenstr. 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, 2. Jahres-
 bericht, 3. Bericht der Revisoren,
 4. Budgetgenehmigung, 5. Ergänzung-
 wahl des Vorstandes, 6. Antrag
 betreffend Abänderung der §§ 10,
 12, 13, 14, 20, 29, 37 des Sta-
 tuts, 7. Verschiedenes.
 Berlin, den 7. März 1909.
 271/5 **Der Vorstand.**

Steppdecken
 Kauf man nur am besten u.
 billigsten direkt in d. Fabrik
Bernhard Strohmendel,
 Berlin S. 14, 72 Wallstraße 72
 Preisverzeichnisse: Joachimsthalstr. 25/26
 alle Steppdecken werden aufgearbeitet.
 Jh. Preisverzeichnisse gratis.

Die besten Glückwünsche
 unseren langjährigen Genossen
 und Fraktionskollegen
Albert Wolfram u. Frau
 zu der am Montag, 8. März,
 stattfindenden 25-jähr. Wieder-
 feier ihres Hochzeitstages!
 Die sozialdem. Stadtverordn.-
 Fraktion Schönberg b. Berlin.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
 Silesauer Viertel.
 Bezirk Nr. 226. Teil II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Arbeiter
Gustav Schmidt
 Barckhäuserstr. 46
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 7. März, nachmittags
 3 Uhr, vor der Leichenhalle des
 Andreas-Kirchhofes in Lichtenberg
 aus statt.
 Um rege Beteiligung erucht
 216/9 **Der Vorstand.**

**Verband der Lithographen,
 Steinbrucker u. verw. Berufe.**
 Mitgliedschaft Berlin — Lithogr.
 Am 4. März 1909 verstarb unser
 Mitglied, der Lithograph
Hans Rzepkowski
 an der Lungenschwindsucht im
 Alter von 21 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Sonntag,
 7. März, nachm. 4 Uhr, am dem
 Hedwig-Kirchhof in Reinick-
 endorf statt. 282/11
 Die Verwaltung der Filiale III.

**Verband der Maler,
 Lackierer, Anstreicher usw.**
 Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Dietrich Stöwer
 (Lichtenberg) am 5. März 1909
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet Montag,
 den 8. März, nachmittags 12½ Uhr,
 vom Trauerhause Hypodienstr. 1
 aus statt.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Karl Witke
 (Lackierer) am 5. März cr. ver-
 storben ist.
 Die Beerdigung findet Montag,
 den 8. März, nachmittags 3 Uhr,
 vom Trauerhause Oberberger
 Straße 51/52 aus statt.
 128/8 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
 Am Donnerstag, den 4. d. M.,
 verstarb an Herzschlag mein lieber
 Kompagnon
Emil Franke.
 Ich werde sein Andenken stets
 in Ehren halten. 418/2
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 8. d. M., vom
 Trauerhause, Waldner Straße 7,
 aus statt. **A. Nützel.**

Dankagung.
 Für die vielen Beweise der Teil-
 nahme und die zahlreichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung von
Paul Mürsch
 sagen wir allen Erlebten unseren
 herzlichsten Dank. 141/2
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Fernspr. I No. 1750 **H. Strahlendorffs** Fernspr. I No. 1750
Handels-Akademie
Muster-Kontor.
 Berlin SW., Beuthstraße 11, 1., 2., 3. Etage, am Spittelmarkt.
 Größtes und ältestes Institut Berlins. Gegr. 1830.

Jeder, der sich für den kaufm. Beruf ausbilden will, verlange
 ausführliche, reich illustrierte Lehrpläne
 mit Angabe der Einteilung, freien, Jaager und Unterrichts-
 stoffverteilung der einzelnen Kurse. Der Unterricht in meiner
 Anstalt wird von 28 Jahren, praktisch-erfahrenen Kaufleuten,
 akademisch gebildeten und staatlich geprüft. Lehrern,
 und 11 Lehrerinnen erteilt. Es stehen 25 Klassenzimmer
 und 50 erstklassige Schreibmaschinen zur Verfügung.

Beginn der neuen Kurse am 5. April
1. Handelskurse für Herren.
 Jahres-, Halbjahrs-, Dreimonats-, höhere Handelskurse.
Lehrplan für die Halbjahrskurse

A. Unterstufe (Höher-Kurse)		B. Oberstufe.	
Lehrfächer	Stunden- zahl f. d. Halbjahr	Lehrfächer	Stunden- zahl f. d. Halbjahr
Deutsch	100	Englisch	40
Kaufm. Rechnen	50	Handelskorrespon- denz	40
Schönschreiben	40	Kaufm. Rechnen	40
Geographie	40	Handelslehre und Wechselkunde	40
Handelskorrespon- denz, Handelslehre und Wechselkunde	50	Einl. Buchführung	40
Stenographie	40	Doppel-amerikan.	40
Maschinenschreiben	40	Buchführung	40
Englisch od. franco- sische Grammatik	40	Schönschreiben	40
		Stenographie	100
		Maschinenschreiben	40
Sa.	600	Sa.	540

Der Elementarkursus ist für
 junge Leute eingerichtet, die aus
 der Volksschule oder einer
 niederen Klasse einer höheren
 Schule abgegangen sind und in
 der Zeit zwischen ihrer Konfir-
 mation und dem Eintritt in ein
 Geschäft das in der Schule
 erlernte zu vertiefen und als Lehr-
 linge in ein kaufmännisches
 Geschäft einzutreten wollen. Wer mit
 Erfolg die Unterstufe durchge-
 macht hat, kann in die Ober-
 stufe eintreten.

C. Höhere Handelskurse
 für Herren, die entweder aus einer oberen Klasse einer höheren
 Schule abgegangen sind oder bereits praktische tätige waren und
 über eine gute Vorbildung verfügen. Die Teilnehmer werden zu
 tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen und Korrespondenten aus-
 gebildet. Der Besuch ist besonders solchen Herren zu empfehlen,
 die im Besitze des einjährigen Zeugnisses sind und sich dem
 kaufmännischen Beruf widmen wollen.

Lehrfächer	Stand- für das I. Vierteljahr	Lehrfächer	Stand- für das II. Vierteljahr
Kaufm. Rechnen	40	Volkswirtschafts- lehre (Vorträge)	20
Handelskorrespon- denz	20	Rechnungslehre (Vorträge)	20
Handelsbetriebslehre und Wechselkunde	20	Bürgerkunde (Vorträge)	20
Sten. Dopp. amerik.	20	Handelsgeographie u. Warenkunde	20
Buchführung	40	Höher. kaufm. Rechnen	40
Schönschreiben	40	Kontoristik	40
Stenographie	40	Bank- u. Börsenkunde	20
Maschinenschreiben	40		

Dozenten: Harm, Dr. ph. Kratz, Dr. jur. Walsch, Dr. jur. Hoerschgen,
 Syndikus Kieckhoff.
 Wahllehrer: Engl. Franz. Grammatik od. Korresp. u. Conversation.

2. Handelskurse für Damen
Jahres-, Halbjahrs- u. Dreimonatskurse
 zur gründlichen theoretischen u. praktischen Ausbildung als:
 Buchhalterin, Geschäfts- Stenographin, Bureau-Beamtin,
 Handelslehrerin, Korrespondentin, Kassiererin, vom 9-10 oder
 2 Uhr. Mit den Halbjahrs- und Jahreskursen ist ein praktisches
 Lehrbuch verbunden.

Es wird FRÜHLING Damen - kaufen Sie daher jetzt,
 bevor das Beste vergriffen ist!
 Teilweise schon für die Hälfte des Wertes werden verkauft
Originalmodelle 1909, hochlegante neueste Frühjahrsmoden in
Kostümen, Mänteln, Jacketts, Standmänteln, Röcken, Kimonos, Capes,
Reisennestern, Kopien in jeder Größe, auch für die künftige Saison vorräthig
 Jetzt nur noch einzeln an Private zu Engrospreisen!
 bisher bis M. 20.— jetzt nur M. 10.—
 bis M. 28.— jetzt nur M. 14.—
 bis M. 40.— jetzt nur M. 20.—
 bis M. 65.— jetzt nur M. 32.50
 bis M. 100.— jetzt nur M. 50.—
Uebergangsmäntel, Wert bis M. 30.—, jetzt zu M. 7½.
Sie kaufen nirgends vorteilhafter, meine Damen!
 Die Vorräte der Herbst- und Winter-Saison, bestehend in
Astrachan- und Plüsch-Mänteln und Jacketts, Phantasierepaletots
Abend- und Theater-Mänteln, Pelz-Konfektion
 darunter entzückende Piecen in außerordentlich guter Ausführung gebe ich jetzt
 zu jedem annehmbaren Preise — sportbillig — ab!
 An jeden Käufer in den Vormittagsstunden schon bei Einkauf von M. 20: ein elegantes Reisescape.
 Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.
Spezial-Konfektionshaus Westmann, Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a
 und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115
 Genauer Beachtung meiner Firma und Hausnummer dringend erwünscht!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Montag, Dienstag
Mittwoch

Aussergewöhnliches Angebot

Soweit Vorrat
reicht

Wäsche-Ausstattungen

ca. 3000 Dtz. Küchen - Handtücher | ca. 3500 Dtz. Stuben - Handtücher
Dutzend 3³⁵ 4²⁵ 4⁷⁵ 5⁵⁰ 6⁷⁵ | Dutzend 4⁷⁵ 5⁵⁰ 6⁵⁰ 7⁷⁵ 8²⁵ 10²⁵

Wäschestoffe

Maccotuch	aus Edelbaumwolle für feine Leibwäsche Meier	50, 60 Pf.
Renforcé	ca. 82 cm breit Meter	33, 40, 50 Pf.
Louisianatuch	f. Leib- u. Bettwäsche ca. 80 cm breit, Mtr.	38, 45 Pf.
Louisianatuch	f. Leib- u. Bettwäsche ca. 130 cm breit, Mtr.	65, 80 Pf.
Bettsatin	bewährte Qualitäten, 80 cm breit	48, 55 Pf.
Bettsatin	bewährte Qualitäten, 130 cm breit	75, 90 Pf.
Bettdamast	mod. Muster, Pa. Qualit., 80 cm breit,	50, 75 Pf.
Bettdamast	moderne Muster, prima Qualität, 130 cm breit, Mtr.	80 Pf. 1 ¹⁵
Bett-Inletts	echt, türk. rot, 82 cm breit, Mtr.	85 Pf. 1 ⁰⁵ 1 ²⁵
Bett-Inletts	glatt und gestreift, 130 cm breit,	1 ⁴⁰ 1 ⁷⁵ 2 ⁰⁰

Damen-Hemden mit handgestickter
Madeira - Passo u. eingearbeit. Langnette **1⁸⁵**

Damen-Nachthemden 2⁹⁰ 3²⁵
mit Stickerel oder halsfreiem Ausschnitt

Damenwäsche

Damenhemden	Achsel- schluss mit à jour - Arbeit und Langnette ...	durchweg 1⁶⁵
Beinkleider	mit breit. Stickerel- Volant	1
Nachtjacken	mit Stickerel garniert	1
Damenhemden	Achsel- und Fasson- schnitt, mit la Stickerelgarnierungen	durchweg 1⁹⁵
Beinkleider	mit Stickerel-Ein- und Ansatz	1
Nachtjacken	m. eingearbeiteter Lan- guette oder Stickerel- Volant	1
Damenhemden	mit eleganten Stickerelen	durchweg 2⁴⁵
Elegante Beinkleider	mit breitem Stickerel-Volant	2⁴⁵
Nachtjacken	In eleganter Aus- führung	2⁴⁵

Ein **Untertaillen** 90, 1²⁵ 1⁴⁵ 1⁷⁵
Posten a. breit. Sticker. u. Spitzen

Taschentücher

Prima Linontücher	erprobte Qualität Dtz.	1 ⁰⁰
Reinl. Taschentücher Dtz.	3 ²⁵ 4 ⁵⁰
Reinl. Hohlsaumtücher	mit handgestickt. Buchstab. 1/2 Dtz.	2 ⁷⁵
Enorm billige Madeira-Tücher		
Reinleinen handgestickt	60, 75 Pf.	1 ⁰⁰ 1 ²⁵
3 Garnituren		
Renforcé mit Stickerel garniert zusammen		3 ⁵⁰
Prima Renforcé mit breiter Stickerel und Bändchen-Garnierung		5 ²⁵
Feinster Renforcé mit prima Stickerel u. Bändchen-Garnierung		6 ⁷⁵

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei - Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler
Tor u. Invalidenstr. Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergewerkschaft Berlins.
Empfiehlt sich allen **Arbeitern, Parteigenossen**
und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in
Sommer-Paletots, Ulster, Radfahreranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen
sowie

Einsegnungs-Anzüge.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten
der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,**
des **Charlottenburger Konsum-Vereins,** sowie des
Arbeiter-Radfahrerbundes.

Für **10** Pfg.
100 mal

strahlend
blanke
Stiefel
macht das
Schuhputzmittel

Urbin

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf.
überall erhältlich.
Fabrik: **Urban & Lemm,**
Charlottenburg.

S. KALISKI

Metallbettstellen

für Erwachsene und Kinder.

Singer A 75⁰⁰
Pflaß, Neumann, Adler,
Nah- u. Stickunter-
richt gratis.

Kleiststrasse 21 | Frankfurter Str. 115
Brunnenstr. 123 | Oranienstrasse 2a
Chausseestr. 60 | Bellealliancestr. 102,
Brunnenstr. 99 | Brunsenstrasse 18
Spandau, Havelstr. 20.

Brennabor-
u. and. Fabr.
Sportwagen.

Teilzahlung gestattet; bei größeren Raten Cassapreise.

Räumungs-Verkauf

zu herabgesetzten Preisen



Berliner
Eisenmöbel-
Fabrik
Carl Seiffert
Grosse Frankfurter-
Str. N^o 135
-Kein Laden!-
Verkauf Quergebäude Treppe

Möbel

Ich biete soliden Leuten
Gelegenheit, sich reelle Möbel

auch auf Teilzahlung

ohne Uebervorteilung anzuschaffen, da nur
eine minimale Zinsvergütung zum Kassa-
preis hinzugerechnet wird.

Siegmund Misch

Dresdenerstr. 16 (Hochbahn
Geltb. Tor)

Rauchen Sie
Phänomen
Zigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Am Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Seinen Austritt aus der Partei erklärt

hat der frühere Genosse B. Kubil, Schöneberg, Ebersstr. 10. Um diesen Austritt recht wirkungsvoll zu gestalten, hält Kubil es für nötig, einen dreispaltigen Artikel zu veröffentlichen, der unter der Überschrift: „Gewalt vor Recht?“ in der anarchosozialistischen „Einigkeit“ erscheint und als Separatdruck verschickt wird.

„Angeleitet durch den Haß von Unehelichkeit, Vergewaltigung und Mordtötung, die ich anlässlich der Affäre Niederbarnim seitens der Parteiführer und des „Vorwärts“ kennen gelernt habe, fällt es mir heute bezüglich meines Austritts aus der Partei, in der Wahrheit und Recht genau so gebietet werden wie im reaktionären Klassenstaat, zu erklären. Die Entwicklung und die unter Führung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands immer offener werdende Schwärzung der Partei nach rechts drängt mich die Überzeugung auf, daß die Betätigung wirklich sozialistischer Bestimmung unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei! Deshalb ziehe ich hiermit die Konsequenzen.“

Es hat etwas lange gedauert bis Kubil seinen Austritt aus der Partei erklärte. Eingeweihten ist bekannt, daß Kubil schon lange nicht mehr innerlich zu und gehörte. Er blieb aber und ließ sich erst nach vor gar nicht langer Zeit in das Schiedsgericht wählen, welches gegen Rüber und Landesgenossen eingesetzt war, um seinen Quotenfreund zu retten. Bedenken gegen seine Person als Sozialdemokrat wies er als unbegründet entschieden zurück. Jetzt, da weitere Kreise in der Partei immer deutlicher die Drahtzieher hinter den Kulissen erkennen, die in der Panlower Angelegenheit am Werke sind, hält auch Kubil den Zeitpunkt gekommen, die Maske fallen zu lassen. Daß er als Grund seines Austritts die Panlower Affäre und die ihm angeblich zuteil gewordene Behandlung bezeichnet, ist ein Trick, durch den er heute kaum einen Parteigenossen täuschen wird.

Wie unehelich Kubil zu Werke geht, dafür nur ein Beispiel. Als Grund seiner Gesinnungsänderung gibt er u. a. die Mundtotmachung an, die er durch den „Vorwärts“ erlitten habe. Wie liegt es mit dieser Mundtotmachung Kubils durch den „Vorwärts“? A. schickte uns als Mitglied des Schiedsgerichts in der Panlower Sache eine Erklärung, in welcher das Schiedsgerichtsurteil interpretiert wurde. Diese Erklärung, die noch mit dem Namen Urban, einem anderen Schiedsrichter, unterzeichnet war, und uns „im Interesse der Parteigenossen Groß-Berlins“ zugeht, haben wir nicht aufnehmen können, weil die Interpretation eines Schiedsgerichtsurteils nicht Sache einiger Schiedsrichter sein kann und andererseits die Veröffentlichung einer solchen Erklärung die Erklärungen anderer Schiedsrichter nach sich ziehen würde. Das ist doch so klar und logisch, daß es jeder verständige Mensch begreifen sollte, zumal wenn man bedenkt, daß obendrein gegen das Urteil Berufung schwebte. Aber bei Kubil ist das Mundtotmachung. Zur Charakterisierung des Wertes der Kubilschen Erklärung mag das genügen. Die Parteigenossen aber mögen daraus erfahren, wessen sie sich von manchen Seiten zu versehen haben. Falschen Freunden weinen wir keine Träne nach.

Zur Lokalliste. Der Hülferuß „Heimatslänge“, der Berlin NO., Hausburgstr. 12 tagt, bittet um mitzuteilen, daß er mit dem Hülferuß gleichen Namens, der am 20. März in Regel in einem gesperrten Lokal ein Vergnügen abhält, nicht identisch ist.

2. Wahlkreis. Heute Sonntag findet bei Rabe, Pichlerstraße 29, ein gewöhnliches Beisammensein mit Tanz statt. Um 6 Uhr Vortrag der Genossin Frau Zieg. Um recht zahlreiche Beteiligung ersuchen Die Abteilungsleiter.

Zohannisthal. Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr findet bei Albert Sobin, Koonstr. 2, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter von der Gemeindevertreterkonferenz. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

Britz-Buckow. Morgen, Montagabend präzis 1/9 Uhr, findet bei Weniger, Werderstr. 28, der zweite Vortragsabend des Zylus über „Unser Programm“ statt. Nachdem Fragebeantwortung. Der Vorstand.

Nowawes. Mittwoch, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins im Schmidtschen Lokal, Wilhelmstraße 41-43, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Besprechung über die stattgefundene Gemeindevahl. 3. Wahl der Lokalkommission und der Wahllokalen. 4. Wahl von Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 5. Kaffeeklatsch. Gäste haben Zutritt; auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Klatsch und Tratsch.

„Wie sind Sie eigentlich zu der schweren Beleidigung gekommen? Woher haben Sie den Mut dazu genommen?“ fragte streng der Schöffengerichtsvorsitzende. Die Angeklagte, ein sogenanntes spätes Mädchen, das in Ermangelung eigenen Liebeszaubers in den Herzen der Mitschwestern herumtochert, senkt beschämt den Blick und bleibt die Antwort schuldig. Jemandem hat sie aufgeschwatzt, daß Fräulein Soundso einen unmoralischen Lebenswandel führe, und nun das Gericht in hundertfacher Vergrößerung eifrig weiterportiert. Sie kannte die Klägerin kaum. Doch es ist ihrer Natur zur zweiten Gewohnheit geworden, die Nase in fremde Angelegenheiten zu stecken. Merkwürdig — daß solche Menschen immer nur Schlichtes wittern und Böses verbreiten, selten Gutes. Formlich eine Krankheit ist es, eine Seuche, die Mitwelt zu begeistern und mit Schmutz zu bewerfen. „Sie dürfen doch gewiß noch stolz sein auf Ihre eigene Frauenehre,“ fährt mit scharfer Betonung jedes einzelnen Wortes der Vorsitzende fort. „Wenn nun jemand an dieser Ihrer Ehre zweifelte und Sie selbst ungerecht bloßstellte, was würden Sie da wohl tun?“ Die Angeklagte hebt mit energischem Rud den Kopf, als empfinde sie schon die Möglichkeit solchen schlimmen Verdachts wie einen Beischämung. Dann zuckt sie schuldbehaftet zusammen und — schweigt. Die Klägerin versichert treuherzig,

wie sie noch jedem in die Augen sehen könne. Ihr liege nichts an einer harten Bestrafung der Klatschbabe, sie wolle nur vor Gericht festgestellt haben, daß ihre Ehre unantastbar rein sei. Goldene Unschuld! Gläubig nickt der Vorsitzende nach drei Minuten ist die Beratung des Gerichtshofes zu Ende. . . . Hundert Mark Geldstrafe! Nur ihrer bisherigen Unbescholtenheit und der warmen Fürsprache der Beleidigten hat die Angeklagte das milde Urteil zu danken. „Aber nehmen Sie Ihre lose Junge in acht. Das nächste Mal . . .!“ Den Nachsatz, daß das Gefängnis droht, verschluckt der Richter.

Ein anderes Bild, noch weit häßlicher. Frau N., die nicht Witwe ist und doch allein lebt, kümmerte sich um niemanden im Hause. Still holte sie ihre Arbeit vom Konfektionsfräulein, still lieferte sie die Arbeit ab, sagte jedem freundlich „Guten Tag“ und hielt sich lächelnd von jeder überflüssigen Zwiegespräche zurück. So 'ne Stolge, so 'ne Hochnästige! Das reizte die Neugier der lieben Nachbarn, bald auch ihre Standsucht, ihr Klatschbedürfnis. Bei dem ironischen Titel „gnädige Frau“, aus sicherer Entfernung hohnvoll nachgerufen, bleibt es nicht. Es beginnt das gemeine, gefährliche Spiel der anonymen Briefe. Da wimmelt von Unflätigkeiten und als Frau N., erhaben über solche Dünge, noch immer den Fehdehandschuh nicht aufnimmt, fliegen die Briefe in die Wohnungen der Nachbarn. Jetzt wisperts im ganzen Hause: „die N. hat eine böse Vergangenheit. Sie sah schon im Rittchen. Soll ja drei uneheliche Töchter in Pflege haben. Na, der Feld, was der koft! . . . wird wohl nich' loscher sein!“ Und als Frau N. zufällig mal mitten in der Nacht, von einer Familienfeier, nach Hause kommt, heißt's wie im Lauffeuer: „Sie geht auf die Leine!“ In ihrer Not und Herzensangst übergibt die gequälte Frau endlich die anonymen Briefe der Staatsanwaltschaft. Die ermittelt in der Urheberin eine ältliche Dame, die im selben Hause von ihren Renten lebt. Ob wohl die Arbeitsfreudigkeit der anderen ihren Ärger gestachelte hatte? Oder war es nur der Ausfluß ihrer eigenen Nichtstuererei und Genußsucht, jenes nicht auszurottenden Gefühls, das hämische Freude hat an der Kränkung der Mitmenschen? Die Ermittlung fiel nicht allzu schwer. Die wohlhabende Rentnerin war wegen desselben „Spaßes“ schon mehrmals vorbestraft, immer mit Geld, das sie aus dem großen Kasten nahm. Diesmal kommt sie an den unredlichen Richter. Ihr Weimern und Varmen hilft nichts. Der Staatsanwaltsvertreter beantragt zwar wieder nur Geldstrafe, aber der Gerichtshof geht in richtiger Erkenntnis der Gemeingefährlichkeit des Treibens weit über das Antragsmaß hinaus. . . . ein halbes Jahr Gefängnis! Recht so! Hat's verdient, dieses Schandmaul!

Wieder ein neues Gesicht zeigt die dritte, für gewisse Zustände von heute ebenfalls typische Verhandlung. Damit das Ewigweibliche nicht alle Schuld auf den Pelz bekommt, sind zur Abwechslung Männer die Kampfahne. Man würde nicht recht tun, sie als männliche Klatschweiber anzusprechen. In der Hitze des politischen Gefechts hat ihnen leidenschaftliche Gesinnung den Blick und die Vernunft getrübt. Man verläßt den Boden ehrlicher Kampfesart Mann gegen Mann, Auge in Auge, und wühlt mit fatterm Behagen, mit brutaler Behäuflichkeit, in privaten Dingen, die keinen Dritten etwas angehen, mit der Sache selbst nicht das geringste zu tun haben und die politische Würde empfindlich bloßstellen. Na, wenn man in die Privatdunkelkammer jedes einzelnen Politikers hineinleuchten möchte — was würde da alles zum Vorschein kommen! „Reine Herren, wollen Sie sich nicht vergleichen?“ Der Richter fühlt's selbst, daß hier nichts Gutes herauskommt, wenn die dumme Sache noch breiter getrieben wird. Beleidigung hin, Verleumdung her . . . man vergleicht sich. Aber in der Öffentlichkeit ist etwas hängen geblieben, nicht zum Nutzen der Partei.

Wie sagte doch eben der Schöffengerichtsvorsitzende? „Woher haben Sie den Mut dazu genommen?“ Nein, ihr tapferen Klopffechter, es ist kein Mut. Es ist grenzenlose Feiheit. Und so hat's der Richter auch gemeint. Tretet eurem Gegner, wer es auch sei, mit offenem Visir entgegen. Aber spickt nicht sein Leben mit aiftigen Pfeilen aus dem Hinterhalt. In unserer bewegten Zeit, die Moräste von Lug und Trug schafft, soll jedem ehrlich denkenden und kämpfenden Menschen nichts köstlicher sein, als die lautere Wahrheit, wie sie der Dichter Bodenstein so treffend zeichnet:

Wer die Wahrheit liebt, der muß schon sein Pferd am Zügel haben, Wer die Wahrheit denkt, der muß schon den Fuß im Hängel haben, Wer die Wahrheit spricht, der muß halt der Arme Hängel haben, Und doch singt Mirza Schaffy: Wer da lügt, muß Prügel haben.

Bakteriologische Untersuchungsanstalten in Groß-Berlin. Ueber bakteriologische Untersuchungsanstalten im Landespolizeibezirk Berlin wird amtlich folgendes berichtet. Seit einigen Jahren bestehen über das ganze Staatsgebiet verteilt eine Reihe von Zentral-Untersuchungsämtern, die im Interesse der Seuchenbekämpfung bakteriologische Untersuchungen vornehmen. Da sich diese Einrichtung bewährt hat, ist auch Groß-Berlin jetzt mit Untersuchungsanstalten versehen worden. Vor kurzem sind derartige Anstalten mit städtischer Mitwirkung von der Stadt Charlottenburg für die Städte Charlottenburg und Wilmersdorf und von Schöneberg für die Städte Schöneberg und Rixdorf errichtet worden. Am 1. Januar hat man dann auch in Berlin drei Untersuchungsanstalten eröffnet. Eine von ihnen ist dem städtischen Untersuchungsamt für hygienische und gewerbliche Zwecke, die zweite dem königlichen Institut für Infektionskrankheiten, die dritte dem königlichen Preussischen Universitätsinstitut angegliedert. Zum bequemem Besuche der Untersuchungsobjekte werden in allen Apotheken besondere Versandgefäße bereit gehalten.

Berliner Klubverein für Obdachlose. Im Monat Februar nächstigen im Männerklub 19 434 Personen, wovon 9006 ledigen, im Frauenklub 4248 Personen, wovon 2028 habeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/50, für Frauen: Kolberger Straße 30.

Gleiche Lernmittel für Groß-Berlin.

Der Staatsauschuß der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hat folgende Resolution beschlossen: „Der Magistrat wird ersucht, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß die Lernmittel in den Gemeindefschulen Groß-Berlins einheitlich gestaltet werden.“

Diese Resolution soll der Vielgestaltigkeit der Lehr- und Lernmittel in den Gemeindefschulen Groß-Berlins, die den Eltern der Gemeindefschule besuchenden Kinder erhebliche Kosten verursacht, besonders bei Umzügen, entgegenwirken. Wir halten es für richtiger, wenn die Lehr- und Lernmittel unentgeltlich geliefert werden, dann wird diese Vielgestaltigkeit der Unterrichtsmittel von selbst aufhören; wenigstens haben dann nicht die Eltern die Kosten für diesen im Interesse einiger Autoren liegenden Zustand zu tragen.

Feuerwehrleute als Umzugsarbeiter.

16 Feuerwehrleute beschäftigte kürzlich die Firma Manheim u. Wolf, hier Brüderstraße, bei ihrem Umzug. Es ist geradezu unverantwortlich von unseren angeblich sozialpolitisch so einsichtigen Großkaufleuten, trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit Feuerwehrleute, die aus dem Säckel der Allgemeinheit bezahlt werden, mit derartigen Arbeiten zu betrauen. Ist den Handelsherren nicht bekannt, daß es in Groß-Berlin 100 000 Arbeitslose gibt, die recht gern, wenn auch nur für kurze Zeit, für entsprechenden Lohn diese schwere Arbeit verrichten?

Für einen Stundenlohn von 1,25 M., wie ihn die Leute der Feuerwehr erhielten, wird sich kein Arbeitsloser weigern, zu arbeiten.

Es ist ganz unverantwortlich, den Steuerzahlern durch Angestellte einer Institution, zu deren Erhaltung sie auch beitragen müssen — Arbeit und Brot wegnemen zu lassen.

In der Generalversammlung der Großen Berliner, die gestern stattfand, stellte ein Aktionär die Anfrage, wie es mit den Einigungsverhandlungen zwischen der Straßenbahn und der Stadt Berlin stehe. Seit länger Zeit kursierten hierüber allerlei unfotografierbare Gerüchte, die unter Umständen auf die Aktienkurse schwanzend wirken könnten. Der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Arnold, führte in der Beantwortung aus, daß offizielle Verhandlungen bisher nicht stattgefunden hätten. Wohl aber wären unverbindliche Besprechungen mit dem Oberbürgermeister gepflogen worden, die niemals abgebrochen und in letzter Zeit etwas lebhafter in Fluß gekommen seien. Wenn bisher greifbare Resultate auch nicht erzielt worden wären, so seien doch die Bedingungen erörtert worden, unter denen sich eine Verständigung mit der Stadt erndglichen lasse. Die Verwaltung der Gesellschaft biete hierzu bereitwillig die Hand, bei voller Wahrung der Interessen der Aktionäre. Eine weitere Anfrage ging dahin, wie sich die Verwaltung zu Schöneberg und Wilmersdorf hinsichtlich der geplanten Schnellbahnen stelle. Ministerialdirektor a. D. Mide entgegnete unter Hinweis auf die Projekte mit Berlin, daß jene Schnellbahnprojekte gewissenhaft daraufhin geprüft werden würden, ob sie etwa den Interessen der Gesellschaft zuwider liefen. Bestimmte Entschlüsse könnten einseitig nicht gefaßt werden. Auch die Frage der „Untertunnelung der Linden“ wurde erörtert. Herr Mide erklärte, daß hierüber einstweilen nichts zu sagen sei. Es stehe jedoch zu erwarten, daß der Oberpräsident in aller nächster Zeit einen Termin in dieser Sache ansetzen werde.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vorort veranlaßt in der nächsten Woche nachsichende hygienische Vorträge. Der Zutritt zu denselben ist für jedermann unentgeltlich. Es sind dieses die letzten, die in diesem Jahre stattfinden.

In Vorpagen-Rummelsburg, in der neuen Schule, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 9. März cr., Herr Dr. Böhm über das Thema: „Wasserheilkunde“.

In Lichtenberg spricht am Donnerstag, den 11. März cr., Herr Dr. Rosaleski in der Gemeindefschule, Kronprinzstr. 10, über das Thema: „Schutz und Pflege des Auges“.

In Panlow in der 2. Gemeindefschule in der Gramowstraße spricht am Donnerstag, den 11. März cr., Herr Dr. Vogner über das Thema: „Gais, Rassen- und Ehrenleben“.

In Rixdorf in der 9./10. Gemeindefschule, Kaiser-Friedrich-Straße 4, am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 12. März cr., Herr Dr. Siefert über das Thema: „Frauentrankeheiten und ihre Verhütung“. Zu diesem Vortrage haben nur Frauen Zutritt.

In Schöneberg in der 10./11. Gemeindefschule, Feuerstraße 61/62 spricht am Dienstag, den 9. März cr., Herr Dr. Wegscheider über das Thema: „Hygiene des Wochenbettes“. Dieser Vortrag ist ebenfalls nur für Frauen bestimmt.

In Wetzlar in der Gemeindefschule, Langhausstraße 120, spricht am Freitag, den 12. März cr., Herr Dr. M. David über das Thema: „Gelenk- und Knochenleiden“.

Beginn der Vorträge pünktlich 8 Uhr abends.

Vereinigung zur Förderung des Fortbildungsschulwesens.

„Der Sturm auf die Pflichtfortbildungsschule“ lautete das Thema, über welches der frühere Leiter der dritten kaufmännischen Schule, Rektor Karl Krähne, in einer außerordentlichen, sehr stark besuchten Sitzung der Berliner Vereinigung zur Förderung des Fortbildungsschulwesens sprach. Der Vortragende wies die Angriffe zurück, die in der letzten Zeit von verschiedener Seite gegen die Pflichtfortbildungsschule und ihre Lehrer gerichtet wurden, und führte dabei folgende Gedanken aus: Da die fortschreitende Entwicklung der Technik es nötig macht, bei der Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk die praktischen Unterweisungen in der Werkstatt nach der theoretischen Seite hin zu ergänzen, ist eine Mittstufe durch die Fortbildungsschule unbedingt erforderlich. Für alle Lehrlinge kommt dabei nur die Pflichtfortbildungsschule in Betracht. Der Unterricht in ihr hat in den Tagstunden stattzufinden. Gegen die Bestrebungen, den Unterricht in die Abendstunden oder auf den Sonntag zu verlegen, ist aus gesundheitlichen und erzieherischen Erwägungen heraus Einspruch zu erheben. Der Beruf steht im Mittelpunkt des Unterrichts in der Pflichtfortbildungsschule. Diese will aber die Berufstheorie nicht ersetzen, sondern es sollen bestimmte Stoffe aus dem Berufsleben genommen werden, um an ihnen die geistigen Fähigkeiten und technischen Fertigkeiten des Lehrlings zu fördern und zu bilden. Neben der beruflichen Ausbildung erstrebt die Pflichtfortbildungsschule noch eine sittliche, eine kaufmännisch-wirtschaftliche und eine staatsbürgerliche Erziehung der Jugend. Der Lehrkörper der Pflichtfortbildungsschule besteht aus Fachleuten und Berufslernern, beide müssen zu dieser unterrichtlichen Tätigkeit herangebildet werden. — An den Vortrag schloß sich eine sehr rege Debatte, zu deren Schluß die Versammlung einstimmig folgende Resolution annahm: „Die außerordentliche Versammlung der Vereinigung zur Förderung des Fortbildungsschulwesens weist die gegen die Pflichtfortbildungsschule gerichteten Angriffe, wie sie insbesondere durch die Herren Rumbel-Dresdau und Professor Geher-Verein-Charlottenburg, sowie durch den Verlag der „Metalltechnik“ vertreten werden, als ungerechtfertigt zurück; sie erwartet, daß die Vorwürfe gegen die an der Fortbildungsschule unterrichtenden Lehrer verschwinden werden und ist der Überzeugung, daß die Fortbildungsschule nur durch gemeinsame friedliche Arbeit von Pädagogen und Praktikern ihre Aufgabe erfüllen kann.“

Der Ankauf des Botanischen Gartens durch die Stadt Berlin ist nun auch infolgedes definitiv, als die Deckschleuse, bei der der Oberpräsident ein Zustimmungsgesetz hat, geregelt ist.

Eltern und Vormünder der zu Ostern die Schule verlassenden Mädchen werden darauf hingewiesen, daß die jungen Mädchen, die Lehr- und Anfangsstufen suchen, sich zunächst bald im Zentralarbeitsnachweis, Müllerstr. 9 melden sollten. Das Bureau ist täglich von 8—1 Uhr geöffnet, während des Monats März wird es Sonntags abends bis 2 Uhr geöffnet bleiben, damit die Schülerinnen Gelegenheit haben, sich nach Schluß im Arbeitsnachweis vorzumerken zu lassen.

Ein europäischer Königssohn in der Zirkusmanege. Der pfiffige Autoführer, der seinen illustren Fahrgast kannte, fuhr ihn verächtlich bei der Lindenstraße 69 statt in der Zimmerstraße vor. Über Obrenowitsch Christoff Georges Milan, der Sohn des verstorbenen Freudenkönigs Milan von Serbien und Präsident von den serbischen Badelthermen, entwickelte trotz seiner unehelichen Geburt so viel monarchisches Gefühl, daß er beim Anblick der Inschrift „Vorwärts“ über dem Portal schmeunzelt macht und sich in der rechten Handbarschaft die Hofblattredakteure mit seinem Besuch beehrte. Seitdem soll bei den Scherleuten die Rückenmuskulatur chronisch geworden sein. Na, wir hätten den Königssohn auch nicht gestraft, und vor Dynamitbomben war er bei uns sicherer als bei seinen Landsleuten. Freund Christoff, ein ansehnlicher junger Mann, hat in seinen zwanzig Jahren schon viel durchgemacht. In Serbien werden königliche Prinzen, selbst uneheliche, zwar auch, wie bei uns, mit dem Leutnantspatent in der Wiege geboren, aber sie sind deshalb meist wegen „allzuviel Geist“ doch nicht imstande, sich ihr Brot zu verdienen. Der Sohn Milans macht eine rühmliche Ausnahme, weil er bald auf der Straße lag und Brot verdienen mußte. Die tapferen Serben haben ihn aus dem Lande gejagt und die „ehrlich verdienten“ sieben Millionen seines Vaters als Nationalvermögen in die eigene Tasche gesteckt. Nach berühmten Mustern kletterten — das konnte oder wollte Prinz Christoff nicht. So wurde er „Kunstschüler“, will den verlorenen Rammon auf dem Zirkuslande wieder haben und läßt sich gegenwärtig bei Schumann anheimeln. Von Berlin geht die Reise nach anderen Weltstädten und besonders nach Amerika, wo man ja volles Verständnis dafür hat, daß der Ruhm des gottbegnadeten Königtums trotz aller selbstlichen Phantasie noch im Schwanden begriffen ist. Draußen hinterm großen Teich wird sich wohl auch die millionenschwere Prinzengrafin finden. Wie es heißt, trägt sie der Präsidenten, dem hier auf Betreiben der serbischen Gesandtschaft vom Polizeipräsidenten die Führung des Prinzenpatents einzuweisen unterzogen worden ist, mit der Hoffnung, der einst doch mal auf den Thron seines lustigen Vaters zu gelangen. Das soll der talentvolle junge Mann lieber bleiben lassen. Hintern warmen Ofen sitzt es sich heutzutage besser und sicherer als auf dreibeinigem Thronstuhl.

Ein Arbeiter-Wanderklub „Berlin“ hat sich seit einiger Zeit konstituiert. Er geht von dem Gedanken aus, daß der Arbeiter das Bedürfnis habe, nach der schweren Arbeit in ständigen und ständigen Hochzeiten den Sonntag in reiner, frischer Luft zu verbringen und sich im Kreise gleichgesinnter Kameraden Erholung zu verschaffen. Viele Berliner Arbeiter haben keine Ahnung von den herrlichen Wäldern, Seen und Bergen der Mark. In Berlin bestehen verschiedene bürgerliche Touristenvereine, denen beizutreten schon aus dem einen Grunde nicht zu raten ist, da diese Vereine nicht fragen, wo sie ihre Pfad halten, der letzte Verein dagegen nur dort Einkehr hält, wo unsere Genossen auch das Lokal zu Versammlungen zur Verfügung sieht, sich also streng nach der Lokalität richtet. Aufgenommen werden nur politische Organisierte. Wer sich für die Sache interessiert, wolle sich Mittwoch, den 17. März, im Lokale von Wählich, Stalger Str. 22, einfinden.

Barikadeprogramme.

Der Wintergarten hat für den Monat März ein glänzendes Programm zusammengestellt. Da ist zunächst Robert Steidl, ein alter Bekannter, mit seinen Schlagern, die viel beachtet und beliebt sind; seine urkomische „Carmen“-Parodie läßt kein Auge trocken. Ueber treffliches Gesangs- und Vortrags-talent verfügen Lilian Hoerlein, eine amerikanische Operettensängerin, und Diane de Vries, eine französische Sängerin. Die Dressurkunst ist vertreten durch Wollons mit ihren dressierten Papageien und Kolobus und Corradinis gemischten Dressurkisten, in welchen Zebra, Elefant, Pferd und Hund die drohligsten Kunststücke vorführen. Ganz ausgezeichnete Leistung Vorberri als Kunstschüler. Das Apollo-Theater bringt eine neue einaktige Operette „Der junge Papa“ von Alexander Engel und August Reibhart, Musik von Edmund Ehler. Der Komplot liegt die Idee zugrunde, daß der Vater durch seine Kraft und Jugendfrische den abgelebten verhäuldeten Sohn bei der Weiblichkeit überall aussticht und dem Sohne die Braut vor der Nase wegwepert. Dank der guten Darstellung schlug die Komödie, in die einige hübsche Couplets und Duette eingestreut sind, gut ein.

Im Passage-Theater sorgen die Vortragskünstlerin Diane Reifner und der Komiker Franz Amon für den Humor, wozu auch Luciano als Damentänzer sein Teil beiträgt. Was die mit so viel Klänge angelegentlich Schändlichen — Eißler Dorrison — an Gesang und Tanz bringen, geht nicht über den Durchschnitt hinaus. Bemerkenswert ist noch die indische Tempelgötze von Bloth von Kaufbach, die im Stil der Kunst arbeitet und die viele Besucher des Zirkus Eusei seinerzeit bei ihrem dortigen Auftreten bereits kennen gelernt haben.

Das Bahalla-Barikada-Theater am Weinbergweg hat im neuen Programm gleichfalls für Abwechslung Sorge getragen. Indische Zauberei, Korbjongler wechseln ab mit Soubretten, spanischer Tänzerin und Jongleuren. Die Arabier Williams stellen sich als gute Gesangs- und Tanzduettisten vor, während die 17 schottischen Hochländer mit ihren militärischen Evolutionen und Kriegsspielen eine Gewandtheit und Kraft zeigen, die am Tag legen, daß der starke Weisfall, der ihnen gesendet wurde, wohlverdient war.

Im Wissenschaftlichen Theater der „Urania“ wird am Montag Herr Dr. Schwahn seine Eindrücke und Erlebnisse von den Trümmerschlüden Messina und Reggio in einem durch zahlreiche farbige Bilder nach eigenen Aufnahmen illustrierten Vortrag: „Auf den Trümmern Messinas“ schildern. Dieser Vortrag wird in dieser Woche dann allabendlich wiederholt. Am Sonntag, den 7. März, findet die letzte Wiederholung des Vortrages: „Von Adagia bis Korfu“ statt und am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, gelangt der Vortrag: „Eine Risikofahrt bis zum zweiten Katarakt“ zu kleinen Preisen zur Darstellung. Im Hörsaal spricht am Dienstag Herr Prof. Dr. Eiselein über: „Insektenstadien im Walde“, am Mittwoch Herr Dr. Berndt über: „Aus der Vergangenheit der Tierwelt“, am Donnerstag Herr Professor Dr. Rathgen über: „Nidel und Kobalt-Mangan-Äthion“, am Freitag Konstruktionsingenieur A. Rechner über: „Die Technik des Schmiedens“. Am Samstag beginnt Herr Dr. Schwahn einen Zyklus von fünf Vorträgen mit farbigen Lichtbildern über Einführung in die Erdkunde mit dem Vortrag: „Vulkanismus der Erde“ im Hörsaal der Urania, Laubenstraße, und am Freitag im großen Hörsaal der Urania-Estermarte in der Invalidenstrasse einen Zyklus von vier Vorträgen über Astronomie mit dem Vortrag: „Die Welt der Himmels- und Nebelwelt“.

Berliner Aquarium. Der Besucher des Berliner Aquariums überieht bei Durchmusterung der Behälter zu oft und leicht in der Bewohnerschaft derselben die Mitglieder einer Tiergemeinschaft, die sich dem Auge nicht durch farbige Farben und absonderliche Formen ausdrängen, sondern ein anscheinend gleichartiges äußeres haben. Und doch herrscht trotz der scheinbaren Einseitigkeit eine so reiche Abwechslung in Bau und Organisation dieser Lebewesen, daß man etwa 300 verschiedene Arten kennt, die Zahl der versteinsten Spezies beträgt sogar mehrere Tausend. Es sind die eine besondere Klasse der Stadtbewohner bildenden Seigeln, deren Name treffend gewählt ist; sie erinnern nicht nur durch ihr Stachelkleid an die bekannten Igel, sondern auch durch ihre runde Form, die dieser beim Zusammenlagern gleichfalls annimmt, an den genannten Bewohner unserer Büden. Wie die im Aquarium in dem Seepferdchenbecken unter-

gebrachten Vertreter erweisen, sind die Angehörigen der einen Gruppe von Kugel- oder Melonenform, die Herzform dagegen länglich-herzförmig. Auch in der Lebensweise unterscheiden sie sich, indem die einen in der Tiefe, andere an der Zellenfläche leben und manche sich auch Wühlhöhlen in das Gestein bohren.

Der Zoologische Garten hat seine Papageienammlung um eine sehr seltene Araform vermehrt, die sich durch besondere Kleinheit auszeichnet. Im Gegensatz zu den häufig sehr bunt und auffallend gefärbten großen Verwandten ist der Blaustirn-Ara fast einfarbig grün bis auf ein wenig auffallendes rotes Abzeichen unter den Flügeln, die blaue Stirn und den weißlichen Oberkopf. Der neue Brasilianer ist neben seinen Gattungsgenossen im neuen Vogelhaus untergebracht. Im Zoologischen Garten kostet an diesem ersten Märzsonntag der Eintritt nur 25 Pf. pro Person.

Jungen gesucht. Personen, welche am Sonntag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr, gesehen haben, wie ein Radfahrer in der Alexanderstraße, dicht am Alexanderplatz, von einem Omnibus angefahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse abzugeben an Otto Weisphal, Berlin SO. 83, Lippiner Straße 19.

Arbeiter-Samariterkolonne. In der 1. Abteilung, Dresdener Straße 45, spricht am Montagabend 9 Uhr die praktische Ärztin Frau Dr. Proß über die Grundzüge der Krankenpflege. Nachfolgend praktische Übungen.

Zur Feier des 21. Stiftungsfestes findet am 20. März in Dräfels Festsaal ein künstlerischer Vortragabend unter Leitung des Gesangsdirigenten D. Eudendorff statt. Mitwirkende sind: Professor Krüger-Lystedt (Kagott), Frau Malinde (Sopran), Frau. Reine (Alt) sowie der Klyphonvirtuose E. Braun.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Entwicklung der Fortbildungsschule ist unter der jetzigen Leitung anscheinend eine gute, sie würde noch besser sein, wenn die bürgerlichen Vertreter mehr dafür opfereten. Bekanntlich ist hierzu immer kein Geld im Stadtsäckel. Die Gewerbe-Deputation stimmte einem Antrage zu, der dahin geht, die Fortbildungsschullehrer sollen praktisch und sachgemäß in dem Metall-, Holz- und sonstigen Gewerben ausgebildet werden. Zu diesem Zwecke hat der Verein für Wirtschaft- und Gewerbe-Ansicht zur Ausbildung der Lehrer veranstaltet; das Handelsministerium hat sich bereit erklärt, namhafte Zuschüsse zu leisten. Die Gemeinden sollen nun, wenn sie sich an der Ausbildung beteiligen, mit kleinen Beiträgen herangezogen werden: im Metall- und Holzgewerbe für einen Kursus pro Lehrer mit 100 M., zu den allgemeinen Kursen pro Lehrer mit 50 M. Die Summe von 400 M. zur Ausbildung von vorläufig sechs Lehrern soll in den Etat eingestellt werden. Von dem Direktor der Fortbildungsschule wurde bei dieser Gelegenheit sehr geklagt, daß die Herren Arbeitgeber sich um die Fortbildungsschule und um den Besuch der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu wenig kümmern, auch die Eltern der jungen Leute könnten mehr für den Schulbesuch tun. Diefem Wunsch schloß sich die Gewerbe-Deputation an.

Charlottenburg.

Beerdigt worden ist nun endlich die am Donnerstag vor acht Tagen verstorbenen 13 Jahre alte Tochter des Arbeiters L. aus der Schillerstraße. Die Witwe am Dienstag berichteten, wurde Herr L., da er aus der Landeskirche ausgeschieden und Mitglied einer anderen Religionsseite ist, von der Trinitatis- und Luisengemeinde abgewiesen, sein Kind auf den Friedhöfen beerdigen zu lassen. Wie nun verlautet, hat der Polizeipräsident von Charlottenburg auf Veranlassung des Regierungspräsidenten von Potsdam den Charlottenburger Magistrat aufgefordert, das Kind im sanitätspolizeilichen Interesse auf Kosten der Stadt zu beerdigen. Ebenso ist eine Verfügung an die Luisengemeinde ergangen, der Leiche des Mädchens eine Stelle zu gewähren. Die Beerdigung der kleinen L., die zehn Tage lang kein Grab finden konnte, fand gestern nachmittags 5 Uhr auf dem Friedhof der Luisengemeinde in Charlottenburg statt. Offenbar hat dieser Fall das Gute, daß der Plan eines Kommunalfriedhofs für Charlottenburg seiner Verwirklichung näher gerückt wird. Die Schaffung eines städtischen Friedhofes konnte bisher durch die ablehnende Haltung des Regierungspräsidenten nicht verwirklicht werden.

Steglitz.

Selbstmord eines Offiziers. Der in der Ullandsstr. 130 wohnhafte Oberleutnant Steger wurde von seinem Vorgesetzten schwer verletzt im Bett liegend gefunden. Ein eiligt herbeigeholter Arzt konnte nur feststellen, daß der Kranke Gift genommen hatte, dessen Wirkung er bald erlag. Eine Kommission des Kriegsgerichts nahm den Leichnam auf.

Ein zweiter besoldeter Schöffe wird von unserer Gemeinde angestellt. Die Ausschreibung der Stelle ist bereits erfolgt. Das Gehalt wurde auf 7000 M., von drei zu drei Jahren um 600 M. steigend, festgesetzt.

Lichtenberg.

Die Schankkonzessionssteuer für den Stadtkreis Lichtenberg wird vom Magistrat beantragt.

Die Stadtverordnetenversammlung wird am Dienstag in ihrer öffentlichen Sitzung, die um 6 Uhr im Rathaus stattfindet, sich mit einer recht bedeutungsvollen Tagesordnung beschäftigen. Neben einer Interpellation unserer Parteigenossen über die baulichen Verhältnisse der beiden Lebensschulen in der Dorfstraße und am Weihensteiner Weg wird die 15 Millionen-Anleihe zur Verhandlung kommen. Da der Magistrat noch immer auf der Steuerfrage sich befindet, wird die Erhöhung der Hundesteuer von 20 auf 30 M. und die Einführung einer Schankkonzessionssteuer zur Verhandlung kommen. Der Magistrat erwartet bei der Annahme der Vorlagen einen Ertrag von 4—5000 bzw. 15—20 000 M.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

Wegen des Todes der Schalterbeamtin Eise Rudatis, die, wie wir mitteilten, am Dienstag früh auf dem Bahnhöfen zwischen den Stationen Sadowa und Karlshorst aufgefunden wurde, ist das gesamte Personal des Bahnhofs Karlshorst vernommen worden, um festzustellen, ob bei dem Einlaufen des in Frage kommenden Vorortzuges eine der Beamtinnen der zweiten Wagenklasse offen gestanden hat. Dies müßte der Fall sein, wenn das junge Mädchen verunglückt wäre. Die Erhebungen hatten aber ein negatives Ergebnis, so daß eine Aufklärung des rätselhaften Vorganges bisher nicht möglich war. Auffälligerweise zeigte die Leiche eine schwere nach ärztlicher Feststellung durch Schlag oder Stoß verursachte Kopfverletzung, durch die die Schädeldecke zertrümmert und das Gehirn freigelegt worden war. Ob sie bei dem Sturz infolge Aufflagens auf eine Schienenkante oder durch Schlag mit einem Stoß entstanden ist, konnte nicht festgestellt werden. Der um 9 1/2 Uhr morgens von Friedrichsfelde abgefahrnen Zug, den die Rudatis bemerkt hatte, ist sehr früh beschleunigt; es erscheint infolgedessen auffällig, daß von den Fahrgästen niemand etwas von dem Vorfall bemerkt hat.

Ein Abendblatt wachte gestern mitzuteilen, daß die R. Selbstmord verübt habe.

Kallberge-Müdersdorf.

Recht sonderbare Zustände herrschen in der Gemeinde Müdersdorf zu herrschen. Wie uns mitgeteilt wird, bleiben die Kinder bei Inhaftierbarkeit der Straßen (A. B. bei dem letzten Schneefall) der Schule fern. Die Gemeindeverwaltung hat noch nicht darauf geachtet, daß die Wege passierbar gemacht werden. Und doch dürfte es der Gemeinde bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit nicht schwer fallen, Arbeitelaste genug zu erhalten, um die Straßen von den Schneemassen zu befreien.

Diese Forderung zu stellen, hat schließlich die Einwohnerschaft auch ein gewisses Recht, werden doch 186 Prozent Kommunalsteuer erhoben.

Aus vorstehendem ist wieder einmal ersichtlich, wie notwendig auch hier die Wahl von Sozialdemokraten in die Gemeindeverwaltung ist.

Eichwalde.

Ueber die Bedeutung der am Dienstag, den 9. März, stattfindenden Gemeindevorwahlen referierte in einer in Wittes Waldschloßchen stattgehabten Volksversammlung Genosse Groger-Rigdorf. Der instruktive Vortrag fand den Beifall der Versammlung. In der Diskussion teilte der Versammlungsleiter Genosse Kimriy mit, daß sämtliche Gemeindevorwahlen geladen seien. Erschienen sei einer, die beiden Schöffen hätten schriftlich ihr Richteramt zu rechtfertigen gesucht. Scharf gingen die Genossen Kolkenthin und Seifert mit der Gemeindeverwaltung ins Gericht, der erstere besonders an der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials. Der antwortende Gemeindevorwähler Herr Ehlers versuchte das Verhalten der Gemeindeverwaltung zu rechtfertigen; es gelang ihm jedoch nicht im entferntesten. Nachdem Genosse Nahle noch unsere Aufgaben in der Gemeinde von unserem prinzipiellen Standpunkt aus beleuchtet hatte, erhielt Genosse Groger das Schlusswort. Er ging hierbei speziell auf die Eichwalder Verhältnisse ein und bewies an mehreren Beispielen in anderen Gemeinden, wie man sehr gut bessere kommunale Zustände schaffen kann. Eine Resolution, die das Verhalten der Gemeindeverwaltung verurteilt, wurde einstimmig angenommen.

Als Kandidaten wurden für die dritte Klasse Genosse Hugo Aliriy und für die zweite Klasse Paul Seifert einstimmig aufgestellt.

Unter Verschiedenem führte Genosse Kimriy noch aus, daß der Gemeindevorstand auf die Eingabe, die Wahlzeit in die Abendstunden zu verlegen, gar nicht reagiert habe. Die Wahlzeit findet wieder von 4—6 Uhr nachmittags statt. Er appelliert an die Versammelten, ihre volle Schuldigkeit zu tun, damit unser Kandidat in der dritten Abteilung Hugo Aliriy als Sieger aus der Wahl hervorgeht. Die Wahl findet statt am Dienstag, den 9. März.

Einzelne Herren aus dem bürgerlichen Lager kreuzen jetzt bei ihrer Agitation unter anderem mit der Behauptung, der „Vorwärts“ habe in der Angelegenheit des ehemaligen Gemeindevorwählers tendenziös berichtet. Als Beweis hierfür führen sie an, Herr Beschoner sei nicht, nachdem er seines Amtes als Amtsvorsteher entlassen wurde, von der Eichwalder Gemeindeverwaltung als Gemeindevorsteher wiedergewählt, sondern schon vorher. — Man sieht, jetzt vor der Wahl gilt es für diese Herren, von ihrem im Entschwinden begriffenen Ansehen zu retten, was noch zu retten ist.

Neuenhagen (Ostbahn).

Der hiesige Pastor Siegel forderte seine Konfirmanden auf, ein Scherlein mit beizutragen zum Bau von Schulen in kleineren Gemeinden der östlichen Provinzen, da die dortigen Schulkinder mitunter stundenweite Wege zur Schule zu machen haben, und diese Gemeinden nicht die Mittel besitzen, selbst Schulhäuser bauen lassen zu können. Eine nette Gesellschaftsordnung!

Weihensee.

Ein haßfarriger Herr! In einer geheimen Sitzung der Gemeindeverwaltung am letzten Freitag, in der über eine Petition an den Reichstag und Landtag betreffend Verlegung des Ortes in eine höhere Serwisklasse verhandelt wurde, fragte Genosse Laubmann an, warum der Vorsteher der Rechtsauskunftsstelle, die von 10—2 Uhr für das Publikum geöffnet ist, selten dort anzutreffen ist. Er führte Fälle an, wonach rechtsuchende Bürger während der Sprechzeit den Vorsteher nicht angetroffen haben und auch keine Auskunft erhalten konnten, wann derselbe zu sprechen sei. Der Vorsteher der Rechtsauskunftsstelle ist der bekannte Herr Dr. Pape. Auf die Aufforderung des Gemeindevorwählers: „Herr Kollege, wollen Sie die Anfrage beantworten?“ kam das schon aus früheren Zeiten bekannte „Nein!“ aus seinem Munde. Selbst die bürgerlichen Herren schüttelten bedenklich den Kopf ob dieser abweisenden Antwort. Die Arbeiterschaft wird wiederum protestieren müssen, damit dieser Mann von dem Posten befreit wird.

Notawies.

Die Gemeindevorwahlen für die 3. Abteilung finden am Montag, den 8. März, und Dienstag, den 9. März, nachmittags von 4 1/2—6 1/2 Uhr, in den „Deutschen Festsaal“ statt, und zwar wählen am Montag diejenigen Personen, deren Namen mit den Buchstaben A—L beginnen, während am Dienstag alle übrigen wählen. Die Wahl geschieht durch Legitimationskarte, welche den Wählern vom Amte zugestellt sind. Diejenigen Wähler, welche keine amtliche Karte erhalten haben, haben für anderweitige Legitimation bei der Wahl Sorge zu tragen. Die Tatsache, daß die Wahl trotz des Protestes der Bürgerlichen im Versammlungslokal des sozialdemokratischen Wahlvereins stattfindet, zeigt, daß dieselben ihren Beschluß, beim Landrat Beschwerde gegen die Bestimmung der „Festsaal“ als Wahllokal zu erheben, nicht ausgeführt haben oder daß diese Beschwerde, die allerdings in ihrer Nützlichkeit kaum noch überboten werden könnte, auf dem Landratsamt in den Papierkorb gewandert ist. Durch die Mandatsniederlegung des Genossen Gemoll sind nunmehr 3 Vertreter zu wählen, und zwar 2 Vertreter auf 6 Jahre und 1 Vertreter auf 4 Jahre. Als Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen Krankenschwestern Paul Fesser, Restaurateur Karl Gruhl und Weber Hermann Hähnchen aufgestellt worden. Am Sonnabend haben plötzlich auch die Gegner Kandidaten aufgestellt. Sie versuchen diesmal, da von einer Wahlagitator in ihrem Lager bisher nichts zu merken war, die Sozialdemokratie zu überrollen. Unsere Genossen müssen daher um so mehr auf dem Posten sein. Es handelt sich für uns aber nicht allein darum, unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen, damit die 3. Abteilung der Gemeindeverwaltung auch ferner nicht nur alleiniger Besitzstand der Sozialdemokratie bleibt, sondern die Wahl muß zugleich als Protest gegen das Dreiklassenwahlrecht ausgeübt werden. Letzteres verfehlt es, daß 667 Wähler der 1. und 2. Abteilung doppelt so viel Wahlrecht besitzen wie 4186 Wähler der 3. Klasse. Die Zahl der für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen soll ein Gradmesser für die Werbekraft unserer Ideo sein; sie soll zeigen, daß Notawies noch wie vor eine Hochburg der Sozialdemokratie ist. Dazu aber ist es nötig, daß jeder aufgeklärte Arbeiter seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut und nicht nur selbst sein Wahlrecht ausübt, sondern auch die Launen und Indifferenzen aufrüttelt und veranlaßt, für die sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme abzugeben.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurden die Stadt für das Beleuchtungsnetz, die Straßenbahn, die Witwen- und Waisenversorgung der Leiter und Lehrer der höheren Lehranstalten, das Elektrizitätswerk, die Entwässerungsanlage, die höhere Mädchenschule festgesetzt. Ein weiterer Punkt betraf die Neuregelung des höheren Mädchenschulwesens, welche sich auf Grund eines Ministerialerlasses, welcher am 1. April d. J. in Kraft tritt, notwendig macht. Dieser Gegenstand nahm fast zwei Stunden in Anspruch, denn wenn es sich darum handelt, den Kindern des Weibens etwas zugute zu tun, ist immer Zeit vorhanden. Die Magistratsvorlage sah nun eine Neueinteilung des Lehrplans der höheren Lehrerschule und des Lehrerinnenseminars vor und verlangte außerdem die Mittel und die Genehmigung zur Errichtung eines Theaters (Frauenshule). Während man auf der einen Seite das Theatrum belämpfte, forderte man andererseits noch eine Studienanstalt. Schließlich gelang es dem Oberbürgermeister, die Annahme der

Rogistralvorlage durchzuführen. Außerdem lag ein Dringlichkeitsantrag vor, welcher die Stadtväter zu einem Protest gegen die in Aussicht genommene Fernsprechnetzordnung auffordert. Der Begründer des Protestes, Herr Stadtvater Friedrich, wies auf die Nachteile hin, welche die neue Gebührenordnung mit sich bringe und gerade für Potsdam unannehmbar sei, da hierdurch eine Reihe Geschäftsteile schwer geschädigt werde, indem für ein Gespräch nach Berlin 20 Pf. gezahlt werden müssen. Er verlangte, daß die Vorzüge nicht zu einer Ertragsgröße herangezogen werden, sondern als zu Berlin gehörig betrachtet werden sollen und ersuchte den Stadtvater, Pauli, im Reichstage dahingehend zu wirken. Letzterer erklärte, in diesem Sinne wirken zu wollen.

Gerichts-Zeitung.

Heiratsvermittler.

Der Inhaber des Heiratsvermittlungsbüros „Fides“, Agent Leopold Schlesinger, war, wie wir feinerzeit mitteilten, am 12. November vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er die geschäftlichen Auktionen dieses Büros für eine betrügerische Ueberbeteiligung bezw. Duplizierung derjenigen Personen ansah, welche Kosten, mit Hilfe des Angellagten ruhig und sicher in den Hafen der Ehe einlaufen zu können. In der Berufungsinanz hatte sich gestern die 5. Strafkammer noch einmal mit dieser Strafsache zu beschäftigen. Sie kam nach stundenlangem Beweisaufnahme zur Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angellagten.

Durchsicherungen in dem Strafgefängnis zu Pöhlensee

lagen einer Anklage wegen Verletzung zugrunde, welche gestern den früheren Hilfsgefängnisaufsicher Paul Hedert vor die vierte Strafkammer des Landgerichts III führte. Der Angellagte war in der Strafanstalt Pöhlensee als Gefängnisaufsicher beschäftigt gewesen. Schon bald nach seinem Dienstantritt kam es dem Gefängnisinspektor Lorenz zu Ohren, daß Hedert Bestechungen zugängig sei und einen unerlaubten Verkehr der Sträflinge mit der Außenwelt vermittelte. Es wurde eine strenge Untersuchung eingeleitet, die jedoch keinerlei Beweise erbrachte. Eine unermüdet vorgenommene Revision der Zellen und der Arbeitsräume ergab jedoch, daß in dem Gefängnis Durchsicherungen in ganz erheblichem Umfange getrieben wurden. Bei den Sträflingen fanden sich ganze Palette Zigaretten, Kautabak sowie ganze Wärfel und sonstige Genussmittel, so daß die Gefangenen sich das Leben in dem „fidelien Gefängnis“ den Umständen entsprechend ganz gemächlich gestalten konnten. Die erneuten Ermittlungen ergaben, daß ein Verkehr zwischen einigen Aufsehern und den Angehörigen der Gefangenen sich in einem Lokal in der Elbasser Straße abspielte. Hier sollen wiederholt Palette für die Gefängnisinsassen in Empfang genommen und weiterbefördert sein. In diesem Lokal hatte sich auch wiederholt der Angellagte aufgehalten, der dort unter dem Namen „Spitzbart“ bekannt war. — Eines Tages erhielt eine Verkäuferin G., deren Bräutigam namens Samecki in der Strafanstalt Pöhlensee eine längere Strafe verbüßte, einen mit „Hedert“ unterzeichneten Brief, in welchem sie aufgefordert wurde, für ihren Bräutigam Geld und Lebensmittel zu schicken. In diesem Briefe, der von dem Angellagten herrührt, wurde auch angedeutet, daß der Aufseher für seine Frau und Kinder gern etwas als Belohnung annehme. Die G. sandte, wie verschiedene von der Postbehörde eingeforderte Paketbegleitadressen mit der Aufsicht des Angellagten ergaben, an Hedert wiederholt Geschenke, u. a. zu dem Osterfest einen großen Osterhasen. Verschiedene andere Momente, die sich bei einer Hausdurchsuchung herausstellten, bestätigten den Verdacht, daß der Angellagte Durchsicherungen in großem Umfange betriebe. Die Folge war die jetzige Anklage. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Das Gericht hielt nur einen Fall für erwiesen und erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Auf die Polizei beleidigt sein?

Der Arbeiter Karl Wlomin hatte sich am Freitag vor dem Spandauer Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Er ist beschuldigt, am 31. Januar in der Seegelsdorferstraße, wozu die Polizei den Demonstrationszug abgeleitet hatte, sich umgedreht und den Polizeibeamten das Wort Anrechte zugerufen zu haben. Dies hat der Kriminalbeamte Wieders, der sich in der Nähe des Angellagten befand, gehört und diesen verhört. Der Angellagte wendet ein, daß sich der Ruf auf Anrechte nicht auf die Polizeibeamten bezogen, sondern auf die Personen, die ihn im Gefängnis wiederholt auf die Gassen getreten hätten. Der Vorsitzende meinte aber, das Wort Anrechte sei ein beliebiger Ausdruck der Sozialdemokraten gegen die Polizei. Dabei hatte der Angellagte ausdrücklich erklärt, er habe den Demonstrationszug gar nicht mitgemacht, sondern sei nur zufällig da hineingeraten. Das Urteil lautet auf 50 Mark Geldstrafe und Substitutionsbefugnis der Beleidigten. Der Amtsanwalt hatte gegen den bisher noch gänzlich unbescholtenen Angellagten drei Wochen Gefängnis beantragt.

Hoffentlich ladet der Angellagte in der Berufungsinanz den Vorsitzenden, damit dieser Gelegenheit erhält, unter Eid zu bekunden, welche Tatsachen ihn zu seiner in der Sitzung geäußerten falschen Ansicht veranlaßt haben.

Landfriedensbruch.

In welcher ungeheuerlichen Art strafrechtlich gegen Arbeiter vorgegangen wird, die von ihrem Recht der Koalition Gebrauch machen, zeigt abermals ein drakonisches Urteil, das am Mittwoch vom Oldenburger Schwurgericht gefällt wurde. Während des Bauarbeiterstreiks im Sommer 1907 in Delmenhorst kam es zwischen ausländischen Streikbrechern und den Streikenden zu gelegentlichen Zusammenstößen. Verschiedene der letzteren wurden im Juli zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen verurteilt und die dagegen eingelegte Revision später vom Reichsgericht verworfen. Gegen einen der Mitangellagten, den Streikleiter Genossen Flach, konstruierte man das Verbrechen des Landfriedensbruchs heraus und verwirklichte die Sache vor das Schwurgericht Oldenburg, welches am Mittwoch darüber verhandelte. Etwa 20 Zeugen waren geladen, die meist bezeugten, daß der Angellagte stets bestrebt war, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Drei Schlichter und ein Unternehmer sagten aus, daß der Angellagte den betreffenden Unternehmer getreten habe, auch solle er gerufen haben: „Kommt alle mit!“ Trotz des Ergebnisses der Beweisaufnahme bejahten die Geschworenen die Schuldfragen: 1. Ist der Angellagte schuldig, an einem Menschenauflauf teilgenommen zu haben? 2. Hat der Angellagte Gewalttätigkeiten begangen? mit mehr als sieben Stimmen. Das Gericht erkannte auf 9 Monate Gefängnis.

Solange die Geschworenen nicht aus allen Teilen der Bevölkerung entnommen werden, sind leider derartige ungerechte Urteile notwendige Folgen der organisierten Klassenjustiz.

Eine „Zusammenrottung“.

Gelegentlich des Boykotts in Oranienburg bei Wittenberg zur Erzielung von Versammlungsorten hatten sich einige Arbeiter durch das provokatorische Auftreten eines reichstrossen Vädgersellen verleiten lassen, eines Abends nach dem Vädgersellen und seinem Anhang mit Steinen zu werfen. Der provokierende Mensch hatte aus einem Revolver einen „Schredschuß“ abgegeben. Darauf soll ein Steinhaufen erfolgt sein. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Landfriedensbruch vor der Strafkammer in Halle, aber nicht gegen den provozierenden Reichstrossen, sondern gegen die Arbeiter Spich und Göddke. Das Resultat der Verhandlung war, daß Göddke wegen der „Zusammenrottung“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, Spich freigesprochen wurde.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau ohne politische Rechte.

Die folgenden Ausführungen entnehmen wir der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“:

Wieder einmal ist im Deutschen Reichstag eine tief verletzende Schmäherde gegen eine deutsche Frauenrechtlerin und damit gegen die ganze organisierte deutsche Frauenbewegung gefallen. Diesmal aber nicht von dem hamburgischen ehemaligen Konsul, jetzigen Senator Schäfer, der seine im Deutschen Reichstag gegen eine Frau vorgebrachten sechs bis acht Unwahrheiten bis heute noch nicht zurückgenommen hat, sondern dieses Mal aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs von Weichmann-Solwig. Der Teilbestand ist folgender:

Bei der Interpellation betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht berührte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Herr Vrech unter anderem den unseren Lesern aus Nr. 9 vorigen Jahrganges bekannten Fall der polizeilichen Einmischung in die von der Schachmeisterin des Verbandes für Frauenstimmrecht einberufenen Versammlung in Langenschaalbach.

In seiner Erwiderung führte der Staatssekretär, auf diese Stelle der Rede des Herrn Vrech bezugnehmend, aus:

„Herr Vrech sprach von einer Frauenversammlung. Es fand in ihr ein Vortrag über das Thema statt: „Warum erstrecken die Frauen das Frauenstimmrecht?“ — unzweifelhaft eine politische Versammlung, an der nach § 17 des Vereinsgesetzes Personen unter 18 Jahren nicht teilzunehmen dürfen. Als die Rednerin auf das Dürrenleben, die Leibesfrucht usw. zu sprechen kam, hat der Polizeibeamte die Kinder entfernen lassen und einige sehr jugendlich aussehende Personen gefragt, ob sie bereits 18 Jahre alt seien. Das war sehr verständlich, meine ich.“ (Bravo! richtig.)

Den Lesern dieser Zeitschrift ist bekannt, daß dieser Vorgang sich damals in ganz anderer Weise abspielte, was Hunderte von Neuen jederzeit beweisen können, daß sich laut Bericht in unserer Nummer vom 1. September die Ueberschriften resp. Rißgriffe des Polizeibeamten vor und zu Anfang des Vortrages unserer Referentin in Langenschaalbach zugetragen haben. Erst zum Schluß ihrer damaligen Ausführungen hat unsere Referentin unter dem Vorwand, daß nun, wo die hochwohlwollende Polizei so fürsorglich gewesen, die Kinder und Jugendlichen entfernen zu lassen, sie auch die Gelegenheit nicht entgehen lassen wolle, ein kurzes Streiflicht auf die Hamburger Vorfälle und die Berliner Dürrenströbe zu werfen, was sie alsdann im Sinne der abolitionistischen Pödektion tat. Daß die Tatkraft. Und dagegen nun diese irreführende und beleidigende Auslegung aus dem Munde eines hohen Staatsbeamten, der unserer Rednerin, einer früheren Lehrerin, statt daß ihr von Langenschaalbach aus ein polizeiliches Einschulungsschreiben zugegangen wäre, vor dem ganzen Reiche den schäblichen Vorwurf macht, vor Halbblütigen und Sündern ein unziemliches Thema berathen zu haben, daß das stitliche Empfinden eines preussischen Subalternpolizisten sich mit Recht dagegen auflehnen und sein Einschreiten im Sinne des Schutzes der gefährdeten Jugend geradezu als lobenswert erscheinen mußte.

Aber es kam noch schöner! In seiner Antwort auf die Rede des Herrn Staatssekretärs machte der Vordränger Herr Müller-Reinigen ganz nebenbei dem Sinne nach die Bemerkung, daß die ihm über diesen Vorgang zugegangenen Mitteilungen zwar wesentlich anders lauteten, als was der Herr Staatssekretär hier über diese Angelegenheit vorgebracht, daß er aber keine Veranlassung habe, weiter darauf einzugehen! So ritterlich springt man im deutschen Reichstag behördlicherseits und vom Vordränger aus mit der Ehre deutscher Frauen um!

Unsere Referentin hat sich daraufhin mit ihrer Beschwerde an die sozialdemokratische Fraktion gewandt, die sich ihr in liebenswürdiger und selbstverständlich ersehnter Weise angenommen hat und der Herr Reichstagsabgeordnete Ledebour war so freundlich in seiner Rede zu dieser Debatte, den Herrn Staatssekretär von der unserer Referentin angehenen Kränkung in Kenntnis zu setzen und diese Kränkung zugleich gebührend zurückzuweisen. Die Erwiderung des Herrn Staatssekretärs auf die Mitteilung des Herrn Ledebour steht noch aus. Wir wollen hoffen, daß er uns darin erklärt, daß er sein tief verletzendes Wort durch einen perfiden entstellenden Bericht veranlaßt gesprochen habe und daß er die von ihm vor dem ganzen Lande unserer Referentin angetane Schmäherde von derselben hohen Stelle aus zurücknimmt.

Und wenn nicht? Nun, dann ist dieser Vorgang wieder ein leuchtendes Merkmal mehr dafür, wie politisch schuldig die deutschen Frauen dastehen und daß die Erbringung des Stimmrechts das einzige Mittel ist, der deutschen Frau die Achtung zu verschaffen, die sie vor der Welt und im eigenen Lande verdient.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Hausangestellte! Sonntag, den 7. März er.: Öffentliche Versammlung mit Tanz, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminius-Festhallen“, (Roabit) Bremerstr. 72/73. Vortrag, Redakteur Paul John: „Der Dichter Walbert von Chamisso“.

Lesenabende.

Teget, Dienstag, den 9. März, 8 1/2 Uhr, Bei Galtz, Brunnowstraße 23.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Aida. Montag: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Sinfoniekonzert der 1. Kapelle. Mittwoch: Ossi fan tutto. Donnerstag: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Freitag: Juppigen in Klitt. Verliebt. Sonnabend: Die Weistertinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Madame Butterfly. Montag: Die Kaiserin. (Anfang 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die verurteilte Wode. Montag: Ich von Verklungen. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Schloffen. Mittwoch: Res. Dol. Donnerstag: Die verurteilte Wode. Freitag: Kolberg. Sonnabend: Die Adelskammerin. Sonntag: Res. Dol. Montag: Die verurteilte Wode.

Neues Königl. Operntheater. Sonntag abends 7 1/2 Uhr: Die drei Alten Jungen.

Deutsches Theater. Sonntag bis Mittwoch: Revolution in Krakau. Donnerstag: Reda. Freitag: Revolution in Krakau. Sonnabend: Ein Sommernachtsstraum. Sonntag und Montag: Revolution in Krakau.

Deutsches Theater. (Kammerstücke). Sonntag: Der Graf von Gleichen. Montag: Der Graf von Gleichen. Dienstag: Der Graf von Gleichen. Mittwoch und Donnerstag: Der Graf von Gleichen. Freitag: Der Graf von Gleichen. Sonnabend: Der Graf von Gleichen. Montag: Der Graf von Gleichen.

Reisinger Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die verurteilte Wode. Abends: Orfelba. Montag: Der König. Dienstag: Orfelba. Mittwoch: Der König. Donnerstag: Orfelba. Freitag: Der Bund der Jugend. Sonnabend: Der König. Sonntag: Orfelba. Montag: Die Stützen der Gesellschaft.

Neues Theater. Sonntag bis Freitag: Die fremde Frau. Sonnabend und Sonntag: Die Laterna. Montag: Die fremde Frau.

Berliner Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Partel Turajer. Abends: Einer von unsrer Leute.

Neues Schauspielhaus. Sonntag: Alt-Heidelberg. Montag: Der Diamant. Der zerbrosene Krug. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Faust. 1. Teil. Mittwoch: Alt-Heidelberg. Donnerstag: Faust. 1. Teil. Freitag: Alt-Heidelberg. Sonnabend: Faust. 1. Teil. Sonntag: Alt-Heidelberg. Montag: Der Diamant. Der zerbrosene Krug. (Anfang 8 Uhr.)

Reines Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Ein Suppenheim. Abends bis Montag: Rora. (Anf. 8 Uhr.)

Reisinger Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeit. Abends: Rora. (Anf. 8 Uhr.)

Komische Oper. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Die Hedermand. Abends: Loyal. Montag: Loyal. Dienstag: Die Hedermand. Mittwoch: Loyal. Donnerstag: Loyal. Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: Loyal. Sonntag: Loyal. Montag: Loyal.

Heddel Theater. Sonntag bis Donnerstag: Revolutionshochzeit. Freitag: Die junge Welt. Sonnabend bis Montag: Revolutionshochzeit.

Trianon-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Ref. Follet — meine Frau. Abends bis Donnerstag: Der Satyr. Freitag bis Sonntag: Liebesgänger. (Anf. 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das verurteilte Schloß. Abends: Die Dollarringel. (Anf. 8 Uhr.)

Kaufmann-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Seine kleine Freundin. Abends: Im Klüßel.

Theater des Westens. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Abends: Der tapfere Soldat. (Anf. 8 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Ein Volkst. Abends: Rechts herum. Montag: Charles Lant. Dienstag: Rechts herum. Mittwoch: Das Erbe. Donnerstag: Rechts herum. Freitag: Das Erbe. Sonnabend: Rechts herum. Sonntag: Das Erbe. Montag: Rechts herum.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Julius Cäsar. Abends: Die Karolinger. Montag: Komische Guedel. Dienstag: Die Karolinger. Mittwoch: Charles Lant. Donnerstag: Die Karolinger. Freitag: Rechts herum. Sonnabend: Die Karolinger. Sonntag: Rechts herum. Montag: Die Karolinger.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Schlagende Wetter. Abends und Montag: Rean. Dienstag bis Donnerstag: Schlagende Wetter. Freitag: Rean. Sonnabend: Dufarinfieber. Sonntag: Der Hatter von Kirchfeld. Montag: Rean.

Thalia-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Wo die Liebe hinfällt. Abends: Wo wohnt sie denn?

Paulsen-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Iverwegen. Abends: Bis früh um fünf. Montag: Scherensied. Dienstag: Bis früh um fünf. Mittwoch: Das Mädchen auf Iverwegen. Donnerstag: Die goldene Lebenslüge. Freitag: Dorf und Stadt. Sonnabend: Kein Leopold. Sonntag: Bis früh um fünf. Montag: Scherensied. Dienstag: Scherensied.

Bürgerliches Schauspielhaus. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Karth. Abends: Die Räuber. (Anf. 8 Uhr.) Montag: Ariel Nicola. Dienstag: Der Schwabentanz. Mittwoch: Hamlet. Donnerstag: Der Solonitoler. Freitag: Schlagschloß. Sonnabend: Geflohen. Sonntag und Montag: Schlagschloß.

Berliner Operetten-Theater SW. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Bek' dem, der lgt. Abends: Das Himmelbett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Gastspiel-Theater. Abends: Sherlock Holmes. (Anf. 8 Uhr.)

Bernhard Rose-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Das Warenhausfräulein. Abends: Die Räuber. Montag: Robitater der Menschheit. Dienstag: Das Warenhausfräulein. Mittwoch: Wohlthätigkeit. Donnerstag: Krieg im Frieden. Freitag: Krieg im Frieden. Samstag: Warenhausfräulein. Sonntag und Montag: Krieg im Frieden.

Holles Caprice. Täglich: Ein lediger Ehemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Kasino-Theater. Sonntag: Nachmittags 4 Uhr: Mutter Gubert. Abends: Ruhland. (Anf. 8 Uhr.)

Gebr. Herrnsfeld-Theater. Abends: Die beiden Hinkelwäns. (Anf. 8 Uhr.)

Metropol-Theater. Abends: Donnerwetter — tabellos. (Anf. 8 Uhr.)

Wintergarten. Sonntagnachmittags 3 1/2 Uhr und abends: Spezialitäten.

Hypos-Theater. Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: Onkel Cassim. Spezialitäten. Abends: Der junge Papa. Spezialitäten. (Anf. 8 Uhr.)

Passage-Theater. Sonntag: nachmittags 3 Uhr und abends: Spezialitäten.

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittags 3 1/2 Uhr und abends: Spezialitäten.

Palast-Theater. Abends: Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Abends: Stettiner Säger.

Gustav Wehrndt-Theater. Abends: Spezialitäten.

Carl Haberlaub-Theater. Sonntagnachmittags 3 Uhr und abends: Spezialitäten.

Urania-Theater. Lindenstraße 48/49. Sonntag: Von Wdwyts bis Korka. Ab Montag: Auf den Trümmern Messina.

Sternwarte, Invalidenstr. 67-68. Donnerstag: Geflohen.

Vermischtes.

Lawinenkatastrophen in Oesterreich.

Die Wiener „Neue freie Presse“ meldet aus Klagenfurt: Der Schneefall nimmt immer mehr den Charakter einer Katastrophe an. Im ganzen Lande stockt der Verkehr. Sehr gefährdet ist der Ort Weiberg am Fuße des Dobratsch, von dem fortwährend Lawinen niedergehen. Bei Kreuzen in Ober-Kärnten ging eine Lawine nieder, welche vier an der Veseitigung der Schneemassen beschäftigte Arbeiter mit sich riß. Drei wurden unter den Schneemassen begraben; der vierte eilte nach dem Orte Kreuzen, um Hilfe zu holen. Als er an die Unglücksstätte wieder zurückkehrte, wurde auch er von einer Lawine erfaßt und in einen Bach geschleudert, wo er nach wenigen Stunden als Leiche gefunden wurde. Die Leichen der übrigen drei Arbeiter konnten erst am nächsten Tage gefunden werden. Hinter der Ortschaft Gurbisch wurden drei Bauernhäuser — ganze Wirtschaftsgebäude — von einer Lawine verschüttet, wobei ein 63jähriger Bauer und ein fünf Jahre alter Knabe mitgerissen wurden. Aus Mähin wird gemeldet, daß zahlreiche Lawinen an der Waagnstraße großen Schaden angerichtet haben. Das Tunnelportal wurde mehrere Meter hoch durch eine Lawine verschüttet. Auch das Spital ist durch eine Lawine beschädigt worden.

Sechzehn Personen ertranken. Aus London wird gemeldet: Beim Bau eines neuen Docks in Wickenhead ertranken durch plötzliches Eindringen von Wasser sechzehn Personen. Drei Personen wurden gerettet, doch sind zwei von ihnen schwer verletzt.

Ein starker Schneesturm herrscht, wie aus Bromberg gemeldet wird, dort seit gestern nacht. Der Verkehr in den Straßen und der Bahnverkehr stockt.

Italienische Ursachen des jüngsten Erdbebens? Die italienische Zeitschrift für öffentliche Arbeiten (Rassegna dei Lavori pubblici) veröffentlicht, daß die Regierungskommission zur Prüfung des Zustandes der Kabel in der Meerenge von Messina festgestellt hat, daß ein Teil der gehobenen Kabel stellenweise verbrannt waren. Diese Beobachtung, deren hohes Interesse auf der Hand liegt, wurde nebst anderen Feststellungen der geologischen Kommission übermittelt, die über die tellurischen Erscheinungen an der Meerenge von Sizilien berichtet. Soll, was den Zustand der Kabel betrifft, die Sizilien mit dem Kontinent verbunden, so wurden alle sieben sehr beschädigt gefunden. konnten aber alle, bis auf eins, repariert werden. Nur das Kabel am östlichen Teile der Meerenge war so tief in dem Meeressgrund versunken, daß es auch mit den stärksten Maschinen nicht möglich war, dasselbe zu heben. Die mittlere Tiefe der Meerenge scheint keine Veränderungen erlitten zu haben; sie beträgt 500 Meter.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttage: Freitag: Zufuhr schwach. Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zufuhr gemäßig, Geschäft still, Preise unverändert.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	5. 3.	4. 3.	5. 3.	4. 3.
Memel, Telt	180	+1	Saalz, Großh.	91 +11
Uregel, Insterburg	—3	—3	Gabel, Spandau	78 +3
Wesche, Thoen	60	—2	Hardenberg	116 +2
Ober, Rathor	178	0	Spree, Spremberg	—
• Krosen	230	0	Beekow	97 +4
• Ranzow	190	+1	Weser, Witten	—7 +2
Barthe, Schrum	58	0	Witten	2 0
• Landsberg	46	—2	Rhein, Burgwillemsau	—
Rabe, Borsdamm	1	—11	• Rahn	75 +1
Eise, Reimberg	—67	—3	• Rahn	65 +3
• Dresden	—192	—4	Redar, Heildrom	41 +1
• Barby	64	0	Rain, Wertheim	—
• Magdeburg	80	0	Rosel, Trier	38 +6

*) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Gestand, *) Schmelzeschmelze.

Fahr-Verbindungen:
 Auto-Omnibusse: 4, 4a und A
 Omnibusse: 2, 5, 10, 14, 18, 20, 44 u. 45
 Stadt- u. Vorortbahn: Bahnhof Friedrich-Strasse, Lohrer und Stettiner Bahnhof

Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112

Oranienburgerstr. 54-55-56-56a

Fahr-Verbindungen:
 Strassenbahnen: 1, 4, 12, 14, 18, 19, 23, 24, 28, 40, 32, 34, 43, 52, 56
 Städt. Strassenbahn: Pankow - Mittel-Strasse

Enorm billige Angebote

Nur für Montag gültig Soweit Vorrat

(Versand-Aufträge werden zu gleichen Preisen ausgeführt.)

ca. 5000 Meter Kleiderstoffe

- Satin Directoire solide Qualitäten, grosse Farbauswahl Meter 1.90 **1.50**
- Marine-Cheviot die grosse Mode für Jackett-Kostüme, 130 cm breit Meter **2.00**
- Crêpe rayé Saison-Neuheit für elegante Kostüme und Röcke, 110 cm breit Meter **1.95**
- Côtelé neuartiges Gewebe in apartesten Modifarben, 110 cm breit Meter **2.45**

ca. 3000 Meter Seidenstoffe

- Reinseid. Foulards für moderne Strassenkleider, solide Ausmusterung . Meter 1.30 1.15 **95 Pf.**
- Louisine rayé moderne Streifen in vornehmen hellen und dunklen Tönen Meter **1.50**
- Taffet-Mousseline pékin schwarz-weiße Bandstreif. f. eleg. Blusen u. Kleider, Meter **1.75**
- Shantung 52 cm breit, in den neuesten Saisonfarben . . . Meter **1.90**

Percal Victoria, Ersatz für englische Faille, grosses Farbensortiment Meter **43 Pf.**

Damenmütze



Velourstoff, neue grosse chicke Form, schwarz-weiße, tabac-weiße-Kariert, mit 2 Nadeln u. 2 Meter langem Chiffon-Schleier **7.25**
 in gleich. Ausführg., ohne Nadel u. ohne Schleier **4.25**
 aus gutem Tuch, mit Schleier und Nadeln **5.90**
 " " " ohne " " " **2.90**

Kinder-Käppi



aus gutem Cheviot, mit Band etc. garniert, in weiss, marine, braun, oliv **1.55**
Kieler-Mädchen- u. Knaben-Mützen
 in neuesten Formen, enorm billig.

Uebergangs-Hut



chicke, modernste Form aus prima Taffet, gute Verarbeitung, m. gross. Seidenrose, Knospe und Laub, vorrätig in schwarz, marine, tabac, blau, auf Bestellung auch in anderen Farben lieferbar **12.90**

Ein Posten Engl. Damen-Paletots

aus vorzüglichen Stoffen in bester Verarbeitung
 Serie I . . **7.75** Serie II . . **10.75** Serie III . . **14.75**

Ein grosser Posten Jupons aus guten gestreiften Stoffen
1.90 2.90 3.25 3.50 3.90

Vorteilhafte Blusen

Hemdform aus baumwollenem Tennisstoff, Vorderteil in Falten zum Durchknöpfen . . **2.60**
 Hemdform aus baumwollenem Tennis-Stoff, Vorderteil in Fältchen, mit Rüschen und Knöpfchen-Garnierung **3.25**
 Hemdform aus gestreiftem Baumwollstoff, mod. Dessins, mit Säumchenvorderteil . . . **3.75**
 Hemdform aus gestreiftem Flanell mit Falten-Vorderteil u. abnehmbarem Kragen, auf Futter **5.75**
Wiener Cloth-Blusen mod. Fassons in vorzügl. Verarb., nur in schwarz **4.90 6.75**

Goldene Klassiker-Bibliothek

Erschienen 1908

Gelegenheitskäufe **Zufälliges Angebot zur Konfirmation** Antiquarische Werke

	In Goldleinen gebunden	Luxus-Ausgabe		In Goldleinen gebunden	Luxus-Ausgabe
Chamisso Werke	1 Band, statt 2.75 M. 1.85	statt 3.50 M. 2.35	Lenaus Werke	2 Bände, statt 5.00 M. 3.35	statt 6.50 M. 4.35
Eichendorffs Werke	2 Bände, statt 5.50 M. 3.70	statt 7.00 M. 4.65	Lessings Werke	3 Bände, statt 7.00 M. 4.65	statt 10.00 M. 6.65
Goethes Werke	6 Bände, statt 14.00 M. 9.35	statt 20.00 M. 13.35	Ludwigs Werke	2 Bände, statt 5.50 M. 3.70	statt 7.00 M. 4.65
Hauffs Werke	3 Bände, statt 7.00 M. 4.65	statt 10.00 M. 6.65	Mörikes Werke	2 Bände, statt 6.00 M. 3.90	statt 8.00 M. 5.40
Hebbels Werke	6 Bände, statt 15.00 M. 9.80	statt 20.00 M. 13.30	Reuters Werke	5 Bände, statt 12.50 M. 8.35	statt 17.50 M. 11.60
Heines Werke	5 Bände, statt 12.50 M. 8.35	statt 17.50 M. 11.60	Schillers Werke	5 Bände, statt 12.50 M. 8.35	statt 17.50 M. 11.60
Kleist's Werke	2 Bände, statt 5.50 M. 3.70	statt 7.00 M. 4.65	Shakespeares Werke	5 Bände, statt 12.50 M. 8.35	statt 17.50 M. 11.60
Körners Werke	1 Band, statt 2.75 M. 1.85	statt 3.50 M. 2.35	Uhlands Werke	2 Bände, statt 5.00 M. 3.35	statt 7.00 M. 4.65

Einmaliges Angebot! Ein gr. Posten Flügelhandtaschen aus besetztem Leder, mod. grosse Form, **2.65 2.90 3.45 3.90 4.35** (16 cm 18 cm 20 cm 22 cm 24 cm lg.)



Königstrasse 46.
Bitte genau auf Hausnummer 46 zu achten, da häufig Verwechslungen vorgekommen.
In 30 m langer Anlage finden Sie Tausende Schmuckgegenstände mit deutlicher Preisnotierung ausgestellt.

Kaufen Sie nur noch fugelose Trauringe Marke B. und C.
Wir haben die technisch vollkommene, mechanische Einrichtung für Fabrikation von fugelosen Trauringen.

Einsegnungs-Schmuck

Belmonte & Co.,

Fabrikation
En gros
Export

Detail-
Verkauf
Leipziger Str. 35,
und Königstr. 46,

Ecke
Charlottenstraße,
Ecke
Hoher Steinweg.



Leipziger Strasse 35
In 5 großen Schaufenstern, in 7 Schaukästen sowie in 14 Fenstern erster Etage finden Sie Tausende Schmuckgegenstände mit deutlicher Preisnotierung ausgestellt. Lagerbesuch ohne Kaufzwang gern gestattet.

Grösstes Lager

in Kollern mit modernen Anhängern, Brillanten, Perlen und Edelsteinen gefasst,

VON 20 Mk. an.

In Gold plattiert VON 7—15 Mark.

Gold-, Glieder - Armbänder,
auch mit Edelsteinen verziert, in allen Preislagen, von M. 25 an.

Kettenarmbänder
in echt Silber von M. 1.50 bis 8.—, auch mit reizenden Anhängern in Gold plattiert, von M. 3.— bis 15.—, in echt Gold von M. 12.— an.

Ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation!

Patent-Anker-Remontoir-Kavalier-Stahl-Uhr

Modell 1009 mit versilbertem Zifferblatt
Mark 12



Eine gleiche Uhr kostet im Silbergehäuse, Bassinorm, 800—1000 Reichstempel . . . M. 20
desgl. mit Sprungdeckel . . . M. 28
in Tula-Silber . . . M. 38
in Gold M. 45

3jährige schriftliche Garantie.

Gold- u. silb. Damen- u. Herren-Uhren
in allen Preislagen und grösster Auswahl.

Wir liefern folgende Gegenstände

in echt Silber, 800/1000 gesetzlich gestempelt:
Taschenmesser . . von M. 1.50 an
Bartbürsten . . . von M. 1.50 an
Zigarettentaschen von M. 10.— an
Streichholzgehäuse von M. 2.70 an
Jupiterhülsen . . von M. 7.50 an
Zahntöcher . . . von M. 0.75 an
Zigarettenspitzen von M. 3.— an
Zigarettenspitzen von M. 4.— an
Fingerhüte . . . von M. 0.75 an

Wir liefern folgende Gegenstände

in echt Gold gesetzlich gestempelt:
Ringe von M. 1.— an
Krawattennadeln von M. 4.— an
Ohrringe von M. 2.50 an
Manschettenknöpfe v. M. 8.— an
Gold-Broschen von M. 4.— an

In der Mitte 1 echter Saphir oder Rubin, an d. Seite je 1 echter Ring, gesetzl. Diamant M. 12. gestempelt.

Inventur

Nach beendeter sind die Preise auf sämtliche Artikel bis zu

33 1/3 %

herabgesetzt:
Teppiche v. M. 4.50, 3, 15.50, 24, 36, 45 usw.
Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 5.00, 7.50, 9.00, 11 usw.
Portieren v. M. 6.00, 6.75, 9.00, 11.50 usw.

sowie Steppdecken, Tisch- u. Stuhldecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.

Nie wiederkehrende Gelegenheit.

Teppichhaus Adler

Königstrasse 20-21, a. d. Jüdenstrasse.

Paul Töbs, Schneidermeister.



Badet nur im Reform-Bad

Inh. C. Heimann, Wiener Str. 65, nahe Hochbahn.

Alle Arten Bäder.

Lieferant sämtl. Krankenkassen

Dersil

Das ideale und vollkommenste selbsttätige Waschmittel

von Silber unerreichter, geradezu wunderbarer Wasch- und Bleichkraft. Wäscht die Wäsche von selbst in einviertel bis einhalbstündigem Kochen, macht sie rein und blendend weiss, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und Soda sind entbehrlich, daher ganz enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld! Garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung. Pakete à 35 und 65 Pfg.

Dixin

Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichtes Seifenpulver. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen, da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die Wäsche wird schneeweiss und erhält den frischen Geruch der Rasenbleiche. Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleich-Soda

In Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einsetzen oder Einweichen der Wäsche, zum Reinigen von schmutzigen Küchengeschirr und Holzgeräten etc.

Oben genannte 3 Artikel in allen einschlägigen Geschäften zu erhalten.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstrasse 11.**

Zur Einfehlung und Jugendweiche Uhren, Ketten, Kolliers, Garnituren modern und in jeder Preislage.
Putzener Strasse 20, Wilhelm Flade, nahe d. Humboldtbrunnen.
Lieferant d. Kon.-Gen. Berl. u. Umg.

Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik
Stallschreiberstrasse 57

am Moritzplatz, Hof-Fabrikgeb.
R. Harnack,
Tischlermeister.
Teilzahlung.

Esst Honig!

Gar. reiner Bienenhonig
br. 10 Pfund-Postdose franko, nach jeder Poststat. Mk. 6.50
5 Pfunddose franko . . 4.—
Versand-Gesellschaft
Magdeburg 90 Postf. 161.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren

100 Stück	2,30	2,35	2,40
3 Pfennig-Cigarren	2,30	2,35	2,40
4	2,50	2,60	3.—
5	3,40	3,60	3,80
6	4,20	4,50	4,80
8	5,40	5,60	5,80
10	6,50	7.—	7,50

Um jeden von der Verlässlichkeit der Fabrikate zu überzeugen, geben Musterlisten von 100 Stück in 10 verschiedenen Sorten von je 10 Stück noch beibehaltenen Wohl zu Diensten.
Karl Streubel, Dresden-N.,
Bettiner Strasse 13/14.
Der neueste illustrierte Preisbuch wird jedem a. Wunsch gratis zugesandt.

Die bestexistierenden

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen
1 Mk.

Speziell für nervöse und ängstliche Personen zu empfehlen.

Zähne 180 M.

300 Mk. Belohnung

demjenigen, der uns nachweist, daß wir höhere Preise als **1.80 Mk.** pro Zahn mit Kautschukplatte fordern.

Plombierungen, Zähne ohne Gaumenplatte.

Warum bezahlen Sie für ein Gebiß anderweit bis 140 Mk. und noch mehr, wenn Sie dasselbe bei uns schon für **50.— Mk.** haben können.

Viel Geldersparnis

haben Sie, wenn Sie bei Bedarf die Reform-Zahn-Praxis aufsuchen, denn bisher zahlten Sie pro Zahn 3 u. 4 Mk. und mehr, also für ein Gebiß von 28 Zähnen 112 M. In unserer Praxis erhalten Sie ein gleiches Gebiß, ebenfalls in 28 Zähnen in tadell. Ausführung, schon für 50,40 Mk. Es wird oft die Hälfte d. Preises als Anzahlung gefordert. **3 prakt. Zahnärzten und Assistenten.** Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.

Reform-Zahn-Praxis C. Rudolph

I. Praxis: N. Eisenstr. 14, I.
II. SW. Friedrichstr. 25, I.
III. S. Oranienstr. 61, II.
IV. NO. Palisadenstr. 100, I.
V. Moabit, Huttonstr. 65 II
VI. Charlottenburg, Wilhelmsdorfer Str. 117, II.

Sprechzeit 9—7, Sonn- u. Festtags 9—1 Uhr.

Wieder-Eröffnung!

Dienstag, den 9. März

beginnt der Verkauf der von der Modewaren-Firma

Louis Gordan

am Oranienplatz Oranienstraße 42 am Oranienplatz

herrührenden Waren zu außergewöhnlich billig taxierten Preisen.



Eine Tasse 5 Pfennig

Überall zu haben!

Die praktische Berlinererin

verwendet nur Bouillon-Würfel „Krone“. Es gibt nichts Besseres! Lassen Sie sich kein anderes Fabrikat aufreden!

Nährmittel-Gesellschaft „Krone“ Michaelis & Co., G. m. b. H., Berlin, SW. 29.

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert! Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

jetzt: Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer von den einfachsten bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 q-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Zurückgesetzte Möbel, auch einzelne Stücke, werden bedeutend billiger ausverkauft.

Zu Engrospreisen

kauft man direkt in einer Herrenkleiderfabrik Paletots und Anzüge wegen vorgerückter Saison und Umzugs. Die Fabrik hat sonst nur engros an bedeutende Herrenkleidergeschäfte Berlin verkauft...

KUNEROL Feinstes Cocospolierfett

Kunerol-General-Depot: Berlin SW. 48, Friedrichstr. 231. Tel. - Amt 6, 3718.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellenanzeige und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (sehr schöne) Gelegenheitsverkauf... Herren-Garderobe nach Ray... Bekannmachung... Große Diwanbetten... Milchgeschäfts-Einrichtungen... Landbett... Herrenbedbett... Damenbetten... Herrenanzüge... Vorjährige elegante Herrenanzüge...

Herren-Garderobe nach Ray... Bekannmachung... Große Diwanbetten... Milchgeschäfts-Einrichtungen... Landbett... Herrenbedbett... Damenbetten... Herrenanzüge... Vorjährige elegante Herrenanzüge...

Verbreiten und Prostitution als soziale Krankeitserscheinungen... Fortuna-Leihhaus... Handlungshaus... Billige Holenwoche... Kleiderwagen... Kleiderwagen... Kleiderwagen...

Wadronen, Petroleumlampen ohne Anzeigung... Sozialreform oder Revolution... Anzüge, Paletots nach Maß... Inkontinenz- und Händler... Hebergardinen... Haarfärbemittel... Zentral... Wohnzimmer-Teppiche... Garten Sportwagen...

Germanplatz 6... Winterpaletots... Zentral... Wohnzimmer-Teppiche... Garten Sportwagen...

Feinstmögliches Handlungshaus... Einzigende Wägen... Kleiderwagen... Kleiderwagen... Kleiderwagen...



Hat jemand Rheumatismus,

Nicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Ischias), Gekrensch, Geschwulst etc. der gebrauchte „Electricum“ (Reiter, Nierenadel, Badewolke), ein einfaches und unschädliches Naturprodukt von harter, durchgreifender Wirkung. „Electricum“ wirkt wie elektrifizierend auf den Körper und nicht wie spirituelle Einreibungen nur momentan und oberflächlich, sondern nachhaltig und gründlich. R. M. L. - und R. M. Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichels Wacholder-Extrakt, R. M. W. 1.50 u. 2.50. Man nehme nur die echten Originalfüllungen und achte scharf auf die Marke „Medico“! Erschließlich in den meisten Drogerien und zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Amt IV. 4751, 4752, 4753.

Metzner BERLIN Kinderwagen Eisen-Bettstellen Kindermöbel Korbbwaren etc. 1000 Mk. Belohnung

